Heft 2 Februar 1993 8,– DM

F 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Brave neue Welt: Auf nach Somalia
- Klose, Staatsdiener
- W. Pohrt: Kommunismus oder Barbarei
- O. Köhler über Michael Wolffsohn
- Henscheid: Jens von Gut und Böse
- Rechtsrock: Pater Dany und die Böhsen Onkelz

in konkret Februar 1993

von Konkret

an konkret

Letzte Ausfahrt Mogadischu von Hermann L. Gremliza

Der Staatsdiener von Christian Schmidt
Vom Stamokapler zum Liquidator des Asylrechts – Versuch, die »überraschenden Wenden« des SPD-Politikers Hans-Ulrich Klose zu begreifen

Freie deutsche Jugend von Oliver Tolmein
Wenn Presse, Verfassungsschutz und Politik die Nazis betrachten, sehen sie nur Jugendliche, denen eine Orientierung fehlt

»Jeder ist uns der Nächste« XIII von Archiv für Sozialpolitik
Dreizehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Deutsche Lager von Gaby Hommel
Es gibt sie wieder. Umzäunt, kontrolliert und bewacht. Eingerichtet zur Absonderung, Selektion und Abschiebung von Menschen, die in der Bundesrepublik unerwünscht sind. Der »Vinckehof« in Castrop-Rauxel ist eines davon

Kommunismus oder Barbarei von Wolfgang Pohrt
»Ob den Linken das nun gefällt oder nicht: Sie waren früher alle Marxisten. Zumindest hat keiner gegen dies Etikett protestiert. Hätte er, würde man ihn kennen, denn er wäre aufgefallen. Heute sind die vielen Marxisten alle verschwunden. Warum wird dieser Umstand nicht als erklärungsbedürftig empfunden?«

Living next door to Alice von Boris Gröndahl
Das deutsche Magazin »von Frauen für Menschen« hat jetzt selbst einen Nebenwiderspruch entdeckt: den Rassismus

They will overcome von Georg Fülberth
Sind die rassistischen Gewalttaten hierzulande Ausdruck eines besonderen Volkscharakters, Effekt staatlicher Provokationen oder Ausfluß der Kapitalbewegungen? Versuch, den Streit zwischen Hermann L. Gremliza und Harald Kuhn (s. KONKRET 12/92) zu klären

Vor 60 Jahren von Reinhard Kühnl
Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Ein Blick auf die Vorgeschichte dieses Ereignisses zeigt Unterschiede und Ähnlichkeiten zu Deutschland 1992

Absturz von Jörg Goldberg
Die strukturellen Probleme der ostdeutschen Ökonomie bedrohen die Konjunktur im Westen

Return to Sender Gleiwitz von Michael Schilling
Jüngster Beitrag zur deutschen Psychopathologie: Wie die Söhne und Enkel sich rächen an einer Welt, die ihre Väter nicht von schlimmsten Verbrechen abgehalten hat

Buch des Monats: American Hero von Karl Anton & Vororth
Neil Sheehan: Die große Lüge, Europa Verlag, Wien 1992, 856 Seiten, 68 Mark

Exempel Namibia von Ralf Schröder

Ökonomisch-militärische Erpressung und politisches Diktat: Drei Jahre nach dem Wahlsieg der Swapo und der Gründung des Staates Namibia wird deutlich, in welchem Ausmaß demokratische Formen im postkolonialen Afrika Mittel externer Klassenherrschaft geblieben sind

Erlaubte Revolutionen von Günther Anders

»Wieder einmal ein Korrumpierungsversuch. 1968« heißt der Untertitel dieses Essays, in dem der österreichische Philosoph Günther Anders die Studentenbewegung und ihre US-amerikanischen Vorbilder kritisiert. 25 Jahre später wissen wir, daß er recht hatte. Günther Anders starb, 90jährig, im Dezember 1992 in Wien. Der Essay, 1968 geschrieben, aber nicht veröffentlicht, erscheint als Erstdruck in KONKRET

Die ganz normale Sonderbehandlung von Eike Geisel

Während hierzulande weiterhin Ausländer malträtiert und totgeschlagen werden, haben die Deutschen mal wieder ihr Interesse an einer Gruppe besonders pflegeleichter Inländer entdeckt: den Juden. Ein Blick auf einige Judensternstunden der deutschen Presse

Der Judenreferent von Otto Köhler

Wenn die Deutschen einen brauchen, der ihnen Schuldgefühle ausredet oder ihnen versichert, daß hinter den Nazis eigentlich Kommunisten stecken, dann nehmen sie gern den Professor Michael Wolffsohn

Trümmerarbeit von Diedrich Diederichsen

Pornographie, Nazi-Rockbands, »Cop-Killer«-Rapper – Aufruf zu, Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalt? Kunst? Rechts? Links? Alles dasselbe? Alles verschieden? – Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Frankfurter Tagung »Spielhölle – Ästhetik und Gewalt«, die vom 26. bis 29. November 1992 in Frankfurt/M. stattfand

Jesus, Jens, Schreiber usf. von Eckhard Henscheid

Ein aktueller Blick aufs akute Gesocks

Pater Dany und die Prollhools von Klaus Walter

Über keine deutsche Band wird soviel geredet wie über die rechtsradikalen Böhsen Onkelz aus Frankfurt. Vorläufiger Höhepunkt des Geisterbahn-Palavers war eine Pressekonferenz, zu der Multikulturdezernent Daniel Cohn-Bendit und sein Freund, der Kabarettist Matthias Beltz Onkelz und Presse geladen hatten. Und das am Tag der Frankfurter Lichterkette!

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Spiel ohne Grauen von Dietmar Dath

Stephen King hat in seinem neuen Roman »Das Spiel« leider seinen besten Trick vergessen

»Wichtig war, etwas zu tun« von Georg Seeßlen

Versuch, zu verstehen, warum das deutsche Fernsehen einen Film über den jüdischen Widerstand gegen den Faschismus nicht senden kann

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/93, S. 4

von Konkret

Wolfgang Kowalsky, IG Metall-Grundsatzreferent und Titelheld eines Beitrags von Boris Gröndahl in KONKRET 1/93, erfreut sich einer größer werdenden Fan-Gemeinde. Sein Buch »Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der Linken« ist in der Presse der Neuen Rechten mit Begeisterung aufgenommen worden. So schreibt das rechtsintellektuelle »Criticon«: »Für diejenigen Konservativen, welche sich immer noch von der Auschwitz-Keule beeindrucken lassen, ist Kowalskys Buch heilsam.« In der rechtsradikalen Zeitschrift »Nation Europa« heißt es unter dem Titel »Intelligentes von links«: »Der Autor analysiert die verschiedenen Strategien der ›Antifa‹-Linken und verwirft sie sämtlich als ›verfehlt, wirkungslos oder sogar kontraproduktiv‹. Dabei geht er mit... (es folgt eine Aufzählung von »lächerlichen«, »mörderischen«, »stalinistischen«, »ewiggestrigen«, »berüchtigten« Personen und Organisationen, die endet bei:) niveaulosen Fanatikern wie Hermann Gremliza, Thomas Ebermann und Georg Fülberth so hart ins Gericht, daß es eine Lust ist ... Solange diese Grüppchen und ›Experten‹ bei der Linken lautstark den Ton angeben, sind die Diskussionsbeiträge von Jaschke, Heitmeyer, Hennig, Glotz und Kowalsky ... nichts als Perlen vor die Säue.«

Die Blätter belassen es nicht beider Empfehlung. Kowalskys Werk, das bei Ullstein (Cheflektor: der NS-Modernisierer Rainer Zitelmann, über den Otto Köhler in KONKRET 4/92 berichtete) erschienen ist, kann bei »Nation Europa«, bei der Rep-nahen Zeitschrift »Europa vorn« und bei der Zeitschrift für den rechtsradikalen Heranwachsenden mit Latinum, »Junge Freiheit«, sogar direkt bestellt werden. Derselben »Jungen Freiheit«, und das ist der vorläufige Höhepunkt dieser wunderbaren Freundschaft, gab Kowalsky im November 1992 ein Interview mit dem Titel: »Die Linke muß ihr Verhältnis zur Nation überdenken.« Bemerkenswert daran ist, daß die Kreise der Neuen Rechten, die Kowalsky loben, eben diejenigen sind, an denen, Kowalsky zufolge, der »veraltete Antifaschismus« der Linken abpralle. Seine ganz neue Strategie, die »Bekämpfung des rechten Extremismus durch Eingemeindung« (Detlev Claussen über Kowalsky), gefällt zumindest denen, die durch sie bekämpft werden sollen, außerordentlich gut.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall hat Franz Steinkühler es abgelehnt, sich von seinem Mitarbeiter zu distanzieren. Daß es dennoch weiterhin Kräfte in der Gewerkschaft gibt, die sich bemühen, Kowalsky wieder loszuwerden, kann man einem Brief entnehmen, den dieser an KONKRET geschrieben hat: »Grüßen möchte ich bei dieser Gelegenheit die ungenannt gebliebenen Zulieferer des Namensgebers für die Attacke auf die Abteilung ›Grundsatzfragen‹ der IG Metall...« Es scheint also Metaller zu geben, denen Kowalsky zutraut, daß sie die KONKRET-Redaktion mit Informationen gegen ihn beliefert haben, welche dann ein »Namensgeber« nur kompilierte. Den »Namensgeber« freut dieser Gruß, mit dem die einzige nicht öffentlich zugängliche Information, die in dem Artikel verarbeitet wurde, bestätigt wird – daß nämlich die IG Metall eine größere Partie von Kowalskys Buch zur Verteilung an ihre Bildungssekretäre aufgekauft habe. Er grüßt an dieser Stelle alle, die Kowalsky als »Zulieferer« verdächtigen könnte und wünscht ihnen mehr Erfolg als bisher.

Zwei Quellenangaben sind nachzutragen: Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, berichtet in einem Interview im »Stern« (Nr. 52/92) von einem Leseerlebnis: »Kürzlich habe ich den schönen Satz gelesen, die Juden wären erst dann völlig unangreifbar, wenn sie als Vorsitzenden des Zentralrats der Juden einen Nichtjuden wählen würden. Wunderbar. Das trifft genau den Punkt.« Der schöne Satz stand in Gremlizas Kolumne »rr (realo realissimo)«, KONKRET 11/92: »... daß der Zentralrat der Juden in Deutschland es am wirkungsvollsten vermiede, dem politischen Gegner Schwachpunkte zu bieten und bestimmte Klischees der Deutschen zu bestätigen, wenn er zum nächsten Vorsitzenden keinen Juden wählte«.

In der »Frankfurter Allgemeinen« berichtete Jan Ross, daß der Ex-DDR-Historiker Olaf Groehler »eine Abrechnung mit dem geringen Engagement des offiziellen Antifaschismus für die jüdischen Opfer der Nazis veröffentlicht« habe. Die »Abrechnung« hieß »Aber sie haben nicht gekämpft« und stand in KONKRET (5/92), genauso wie die Erwiderungen seiner Kollegen Kuczynski, Gossweiler (KONKRET 8/92) und Pätzold (KONKRET 11/92), deren einer, Gossweiler, Groehler, wie Ross schreibt, »als Opportunisten und Kollaborateur einer geistigen Siegerjustiz« angriff.

Olaf Groehler wird in KONKRET 3/93 auf die Entgegnungen seiner ehemaligen Kollegen antworten.

Die KONKRET-Serie über Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland, die seit Heft 12/91 das Frankfurter Archiv für Sozialpolitik erstellt, ist nun als Broschüre erhältlich. Sie erscheint im Gremliza Verlag Anfang Februar unter dem Titel »Jeder ist uns der Nächste« und ist im Buchhandel für 22 Mark, bei der Redaktion gegen Einsendung von 25 Mark (einschließlich Porto; bitte V-Scheck oder Briefmarken beilegen) erhältlich (ISBN 3-929201-04-

6).

Konkret 02/93, S. 6

an konkret

Etliche Nachrufe

KONKRET 1/93: »Die ganze Tragödie« von Gerhard Henschel

KONKRET fällt zum Tod von Petra Kelly und Gert Bastian nichts anderes ein, als sich über sprachliche Ungenauigkeiten und grammatikalische Fehler in den verschiedenen Nachrufen herzumachen (und dabei etliche* in den eigenen Text einzubauen). Wie Sie zu diesem Tod stehen, ist in der Tat Ihre Sache; es gibt keine Pflicht zu trauern. Wenn Sie sich aber schon mit ihm beschäftigen, dann müßte man von einer »linken« Zeitung doch etwas mehr als billige Sprachpolemik erwarten dürfen: nämlich eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Leben der beiden und/oder vielleicht auch mit den nachgerufenen Bewertungen und Rechtfertigungen. KONKRET ergötzte sich statt dessen an spitzfindiger Formalkritik. Mein Vorschlag: Treten Sie doch der Gesellschaft für die Deutsche Sprache bei und beschränken Sie sich künftig auch offiziell auf sprachliche Anmerkungen. Lassen Sie sich nieder als Deutschlehrer der Linken. Motto vielleicht: Rettet dem Dativ!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Vesper, Düsseldorf,

Parlamentarischer Geschäftsführer

der Landtagsfraktion der Grünen

* Laut KONKRET muß ich hier jetzt eigentlich ergänzen: »Fehler und Ungenauigkeiten«, weil der KONKRET-Autor, der nicht weiter als zum nächstgelegenen Substantiv zurückdenken kann, das »etliche« sonst auf das unsinnige »Nachrufe« bezieht. Weil aber mein Deutschlehrer mir schon in der zehnten Klasse unnötige Wortwiederholungen ausgetrieben hat, verzichte ich auf diese Ergänzung – und hoffe, daß Ihre Leser/innen gleichwohl verstehen, was ich meine.

Beschränkung der Zeitschrift auf sprachliche Anmerkungen zu dem, was Parlamentarische Geschäftsführer grüner Landtagsfraktionen und andere Teilalphabeten tagein, tagaus schreiben und also denken? Es sind der KONKRET-Redaktion schon dümmere Empfehlungen gegeben worden. Allein die Erörterung der Frage, warum der grüne geschäftsführende Doktor an der Aufgabe, etliche unsinnige Wörter nicht etliche Male unsinnig zu plazieren, scheitern mußte, müßte zur Entwicklung einer linken Opposition doch Intelligenteres beitragen können, als es das Lebenswerk der beiden Verstorbenen getan hat. – Red.

Zuerst die – aus welchen dummen Gründen auch immer – auf ein paar Bonbons zusammengestrichene Rede Honeckers und dafür dann in voller Länge »Die ganze Tragödie« des Herrn Henschel!, bei der man sich bloß fragt, was ekelhafter ist und was die Menschheit weniger braucht: das Gewäsch der bürgerlichen Schreiber- und Politikerseicherln oder das selbstgefällige Suhlen Eures Autors in demselben. Leichenfledderei beides. Ich glaube, Herr Henschel ist noch ein bißchen mieser. Der hätte im Unterschied zu der Mehrzahl der von ihm Angemachten ohne weiteres das Maul halten können.

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Hackås/Schweden

Vager Begriff

KONKRET 1/93: »Der hilflose Antisemitismus« von Eike Geisel

Ich kann mir nicht vorstellen, daß dem Autor Geisel die heillose Verquickung eines Staates als Zufluchtsort von Juden mit einer waffenstarrenden Bastion, die zugleich die Rolle eines unsinkbaren US-Flugzeugträgers innehat, nicht zu schaffen macht. Den mißverständlichen Satz: »Nur wenn wir uns kritisch mit Israel auseinandersetzen, können wir glaubhaft latentem Antisemitismus entgegentreten«, an dem Geisel sich so »wild entrüstet« stößt, sollte die GEW zweifellos zurückziehen, sind doch beide Verhaltensweisen unabhängig voneinander ein intellektuelles Gebot, und die letztere zweifellos die Hauptaufgabe. Den Inhalt der übrigen Zitate, die Geisel vorführt, habe ich bisher aber für relativ gesicherten Analysebestand der Linken (vager Begriff, zugegeben) gehalten. Die Art und Weise, wie Geisel da mit wichtigtuerischem

Geschwätz und haltlosen Unterstellungen einen »linken Antisemitismus« herausfiltert, macht den Artikel zu einem denunziatorischen Pamphlet.

Horst Stark

Berlin

Armer Herr Geisel, gequält von sprachlicher Verwirrtheit, grammatikalischen Eskapaden und logischen Kapriolen der von ihm lapidar als »links« eingeordneten GEW, läßt sich der Autor zu uns LeserInnen herab, um uns ein für allemal zu verklickern, daß Kritik an der Regierungspolitik Israels a priori als Antisemitismus zu gelten habe. Rechtfertigt doch eine Vernichtungsdrohung »der Araber« die Feindschaft zwischen Israelis und Arabern (gemeint ist hier nicht der Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk?) und mithin das Vorgehen in den besetzten Gebieten.

Trost erhält Herr Geisel allein durch das Wirken mutiger Mitstreiter wie Wolfgang Pohrt, einiger Uno-Soldaten und einiger Polizeibeamten (aus Rostock?), letztere als Mitglieder der »die« AusländerInnen derzeit einzig schützenden organisierten Friedensbewegung.

Dirk Müller

Hamburg

Was im Kapitalismus so alles nicht geht

KONKRET 12/92: »Fußnote zu Kuhn« von Hermann L. Gremliza

Daß die Asylanten in Deutschland eine vergleichbar ruhige Zeit hatten bis zu dem Moment, an dem Politiker der maßgeblichen Parteien ihren Beschluß verkündeten, sie ab sofort für zu viele zu halten, ist Dir doch auch schon aufgefallen. Dann unterstelle doch dem Kuhn nicht, behauptet zu haben, die Subjekte der Angriffe auf Ausländer täten gar nicht wollen, was sie tun, wenn er dasselbe sagt. Mit der Provokation ist es doch so: sie funktioniert nur bei Leuten, welche die zu provozierenden Taten sowie deren zugrundeliegende Gesinnung eh längst für fällig halten und teilen. Umgekehrt könnte keine Staatsmacht der Welt einen überzeugten Antirassisten zum Ausländerpogrom provozieren. Das weiß auch Kuhn. Im Unterschied zu Dir ist ihm bloß klar, daß Ausländerfeindlichkeit eine materielle Grundlage braucht: nämlich die praktisch durchgesetzte Sortierung der Weltbevölkerung in In- und Ausländer. Daraus resultiert das zugehörige Rechtsbewußtsein von Nationalisten; von Leuten, die durch die Tatsache, ganz exklusiv der deutschen Staatsgewalt auf Wohl oder Wehe unterworfen zu sein, ihr persönliches Fortkommen mit dem des deutschen Staates gleichsetzen und von daher entsprechend tätig werden, wenn sie diesbezügliche Versäumnisse wittern.

Ein Zweites: »Daß das Volk seine ungewollten Pogrome mit seiner schlechten sozialen Lage rechtfertigt, darf man ihm nicht übelnehmen«, so meinst Du einen von Kuhns Gedanken korrekt wiederzugeben. Lies es nochmal nach – Kuhn hat gesagt, daß, wenn man etwas gegen Nationalismus einzuwenden hat, man deswegen nicht auch gegen soziale Ansprüche sein muß, es sei denn, man teilt den Befund der Rechten, »daß Ausländer auf Kosten anderer leben und deswegen nur um den Preis materieller Opfer ausgehalten werden können«. Kuhn nimmt den Rechten ihr Gedankengut und dessen Durchsetzung übel, hat aber zunächst weder gegen die Verköstigung von Tamilen noch gegen Zweitwagen nebst Dritturlaub etwas einzuwenden. Du meinst, Kuhn habe Dich doch tatsächlich rassistischer Argumentation bezichtigt. Um darauf zu kommen, ob er damit recht hat oder nicht, solltest Du, anstatt empört zu sein, Dir lieber die Logik rassistischer Argumentationsmuster in Erinnerung rufen: Da werden Willensäußerungen von Menschen auf deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volksgruppe zurückgeführt, also: der Jude rafft, weil er Jude ist, der Tamile scheißt gegen die Wand, weil er Tamile ist etc. Ähnliches läßt sich in Deiner Schreibe schon entdecken: Du willst ja nicht nur behaupten, daß der deutsche Rassenhaß so seine Geschichte hat – so ziemlich alles hat ja seine Geschichte – , sondern, daß er sich aus ihr erklärt; der Deutsche ist eben so wie er ist, weil Deutscher, bzw. in Deiner feineren Variante: er ist so, weil sein Psycho und Sozio so geworden ist – Genese!

Das Fatale daran ist, daß damit zunächst einmal der Willensinhalt eines Nationalisten und Rassisten nicht zur Kritik ansteht. Daß der deutsche Nationalismus zu allerhand fähig ist, folgt nämlich aus der Erklärung seiner Zwecke (Durchsetzung auf dem Weltmarkt und die dadurch nötige Friedenssicherung durch Kriegsdrohung); daß der deutsche Nationalist zu allerhand fähig ist, folgt wiederum aus der Erklärung seiner Zwecke, und nicht aus der schlichten Tatsache, daß die Deutschen auf dem Globus schon mal sauber zugelangt haben.

Gerhard Selig

Nürnberg

Konkret 02/93, S. 8

Hermann L. Gremliza

Letzte Ausfahrt Mogadischu

Eine der schwierigsten Fragen, die das Jahr 1992 an uns stellte, gipfelte in der ketzerischen Erwägung, ob nicht die grausame Knute der Kommissare auch ihr Gutes gehabt haben mochte. Jedenfalls hat der Kollaps des Kommunismus manche dunkle Seite des menschlichen Wesens wieder freigelegt, die besser verschüttet geblieben wäre.
Theo Sommer in der »Zeit«

Das Ende des Kommunismus hat die Menschheit bislang nicht menschlicher, geschweige denn glückseliger gemacht... Fragen über Fragen sind zu beantworten, etwa ob der Kapitalismus die endgültige Wirtschaftsordnung sein kann.
Hausmitteilung im »Spiegel«

Chuzpe und Verzweiflung wachsen auf einem Holz wie die Dummheit und der Stolz, Deutscher zu sein. Schneller und rückstandsärmer noch als ihr Möllemann seine Empfehlung für den Vetter, haben die Dichter der Bürgerpresse die ihre vergessen, mit der sie die Menschheit ein Jahrhundert lang und oft bis aufs Wehe traktiert haben: sich vom Kommunismus befrein, das werde keiner bereun. Da sie`s aber getan hat, lassen sie zur Buße einen Rosenkranz schwierigster Fragen über Fragen kreisen, und weil für die allerschwierigsten Menschheitsfragen das Feuilleton zuständig ist, sucht das der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« seit Monaten – und die Qualität der zwei Dutzend Autoren, die sie bisher gefunden hat, erlaubt zu sagen: wahrhaft verzweifelt – Leute, die unter der Rubrik *What`s left?* den kapitalistischen Endsieg ein bißchen relativieren und den Linken, die sich als Verlierer fühlen, neuen Mut machen sollen, wobei gern Töne die Musik machen dürfen wie dieser, den eine deutsche GTI-Fahrerin anschlägt: »Die Linke ist so unentbehrlich wie je.« Gleichfalls exemplarisch ein Professor aus dem Mittelwesten, der sich selbst seines Einsatzes im Kalten Krieg rühmt und mit allen Linken, so sie sich nur irgendwie zur freien Marktwirtschaft bekennen, stante pede ein Bündnis schließen will – gegen die nationalen und religiösen Fundamentalisten allerorten.

Das alles geschieht, weil die schwierigsten Fragen über Fragen jene Antwort schon vorgeben, die in einem Berliner Gerichtssaal ein Angeklagter ausgesprochen hat, von dem, weil er der einzige der Anwesenden war, der es tat, alle behaupteten, daß er die Welt nicht mehr begreife: »Der Kapitalismus hat sich zu Tode gesiegt.« Die Katastrophen, in die der Siegreiche in kaum drei Jahren die Welt und sich selbst gestürzt hat, sind tatsächlich noch verheerender ausgefallen, als Berufsapokalyptiker sie gemalt hatten: Nie in der bekannten Geschichte wurden zur selben Zeit so viele Kriege geführt, nie waren so viele Menschen so hoffnungslos dem frühen Tod durch Hunger und Seuchen ausgeliefert. Überall hat Aberglaube, haben Buddhismus, Islam, Christentum, Hinduismus und andere Sekten sciento- oder ökologischer Art Anfänge oder Reste von Aufklärung verdrängt. Nirgends auch nur geringste Zeichen der Besserung, im Gegenteil. Kein vernünftiges Konzept für nichts, und sollte eines genannt werden, gäbe es keinen, der es lesen könnte oder hören wollte.

Dafür geht pünktlich auf die historische Sekunde, da die ganze Welt freier Markt geworden ist und kein Kommissar mit grausamer Knute mehr die Rohstoffpreise kontrolliert, die Grundlage des ganzen Geschäfts in die Binsen: das Geschäft. Kaum drei Jahre nach der totalen Öffnung des Ostmarkts gerät die krisenfesteste kapitalistische Wirtschaft in ihre festeste Krise, bucht ihr größter und bislang solidester Konzern, die Daimler-Benz AG, einen Jahresverlust für 1992 von 1 Milliarde Mark.

Auch der Imperialismus, die nach Lenins Ansicht höchste und letzte Stufe des Kapitalismus, sieht sich um den Siegeslohn betrogen. Endlich kann er über den ganzen Trikont frei verfügen – und hat nichts mehr davon: Die Rohstoffe sind geplündert oder durch billigere Chemieprodukte substituiert, die Massen können nicht das Nötigste zum Essen kaufen und schon gar keine Waren aus Detroit oder Düsseldorf, mit dem Kommunismus ist ihre einzige, letzte Hoffnung auf eigene Entwicklung verschwunden; sie wurden zurückgestoßen in Analphabetentum, in Krankheit, in ihre Stämme, die sich, im Kampf ums Überleben, zu Räuberbanden modernisiert haben. Oft sind die Massen so verwahrlost, daß mit ihnen nicht nur kein Staat mehr zu machen ist, sondern auch nicht mal mehr eine Kolonie. Es zeugt nicht nur von arischer Chuzpe, wenn die »Frankfurter Allgemeine« klagt, in Kabul stehe es genau so schlimm wie in Mogadischu, und Afghanistan gehöre jetzt wie Somalia zu jenen Ländern der Dritten Welt, »die sich nicht mehr selber regieren können«, es ist auch Ausdruck der Verzweiflung des wieder einmal zu spät Gekommenen, der seinen Platz an der Sonne immer erst erreicht, wenn sie untergegangen ist.

Honecker hat recht. Jede neue Nachricht nährt den Verdacht, es sei schon längere Zeit allein die kommunistische Herausforderung gewesen, die eine marode, im Weltmaßstab längst und endgültig gescheiterte und nur auf ganzer Kontinente Kosten in einem Dutzend reicher Länder leidlich funktionable Wirtschafts- und Gesellschaftsform zur Mobilisierung ihrer letzten materiellen und ideellen Reserven animiert hat. (Eine davon war der Faschismus.) Mit letzter Kraft haben die kapitalistischen Staaten und Gesellschaften, den Todfeind im Blick, sich zusammengerissen. Jetzt, da er

weg ist, gehen sie in die Knie und geraten in Panik. 40.000 Menschen pro Jahr werden Opfer von Gewaltverbrechen, der Analphabetismus geht auf 30 Prozent zu, Millionen hungern, große Stadtteile können selbst von schwerbewaffneter Polizei kaum noch betreten werden, mächtige Banden kontrollieren Gewerkschaften, Banken, Politiker, den Drogenhandel, die Polizei, das Militär – in Rußland erst morgen, in den USA schon heute. Weil dort die Hoffnung auf Besserung, die zu machen die Politiker angestellt sind, nicht mehr zu machen ist, hat sich die »Operation neue Hoffnung« ein günstigeres Terrain für ihren circensischen Auftritt gesucht, eines, dessen Bescherung billiger kommt als die Betreuung der Obdachlosen in der Bronx, dessen Banden weniger mächtig und schlechter bewaffnet sind als die von Chicago, Washington oder Los Angeles.

Einige Tage nach Landung der bewaffneten UN-Banden in Somalia ging das Gerücht um, unter den ersten GIs seien einige Experten für Erdöl-Exploration gewesen. Schade, daß dementiert wurde – so hätte doch *ein* kleines verständliches, weil geldwertes Interesse der Invasion etwas Vernünftiges gegeben. Auch die Deutschen, deren Ordnungshüter zu Hause, beim Schutz von Ausländerheimen, reichlich zu tun hätten, wollen dringend wieder in das Land, in dem sie – wie in vielen anderen auch und auch ohne blaue Helme – schon einmal waren, ja auf dessen erfreulichem Weg die Sozialdemokraten Schmidt und Wischnewski damals einen Meilenstein gesetzt haben, als sie den somalischen Staatschef mit einer umfangreichen deutschen Waffenlieferung bestachen, damit er das Gewaltmonopol über Somalia für einige Stunden der GSG 9 abtrat (Herbst 77, Stammheim, Mogadischu, Landshut – wer erinnert sich?).

Daß auch die BRD von der Krise des Systems so angekränkelt ist, daß sie zur Verteidigung ihrer Ordnung inzwischen viel mehr private Sicherheitsleute beschäftigt als beamtete Polizisten, zügelt keineswegs den unbändigen Wunsch ihrer Politiker, heute in Somalia, morgen in Bosnien-Herzegowina, übermorgen in Abchasien, Kyrgystan, Sri Lanka, Bagdad, Bombay, Managua die neue Weltordnung zu schaffen mit deutschen Waffen, das heißt: einzufliegen, ein paar Leute zu erschießen, ein paar Leckereien mit überschrittenem Verfallsdatum zu verteilen und zurückzukehren, es ist, im Gegenteil, der natürliche Vater dieses Gedankens. Wenn man hier wie dort nichts retten kann, kommt eine Ausfahrt nach Mogadischu billiger und ist trotzdem bunter, rein fernsehmäßig.

Sie wollen Krieg führen, überall. Die Regierung und ihre Opposition haben die künftigen Kriege auf »Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens« (H. Kohl) getauft. Wer es nicht weiß, ahnt doch, daß diese Kriege zu nichts führen als zu noch mehr Toten und noch größerem Elend. Aber alle wollen dabeisein. Auch bewährteste Friedensdemonstranten sind mit ihrem Pax am Ende. Die grüne Fundamentalpazifistin Claudia Roth empfiehlt, Bomben auf die Serben in Bosnien zu werfen, und Rupert Neudeck, Erfinder der *Boat people*, findet auch sich selber von sich auf ein offenes Wasser gelockt, wo ihn nur die Bundesmarine retten kann: »In Jugoslawien, Kambodscha und Somalia bin ich mit meiner pazifistischen Haltung baden gegangen... Wozu haben wir eine Armee, wenn wir sie nicht einsetzen wollen?«

Wir deutschen Pazifisten. Wozu haben wir Panzer, wenn wir sie nicht rollen lassen wollen? Wozu haben wir Bomben, wenn wir sie nicht schmeißen wollen? Wozu haben wir Atomsprengköpfe, wenn wir sie nicht zünden wollen?

Konkret 02/93, S. 10

Christian Schmidt

Der Staatsdiener

Vom Stamokapler zum Liquidator des Asylrechts – Versuch, die »überraschenden Wenden« des SPD-Politikers Hans-Ulrich Klose zu begreifen

Hans-Ulrich Klose und Thomas Ebermann loteten im Oktober ‘82 auf elf KONKRET-Seiten aus, ob ein»Sozialismus mit Grün« Zukunftschancen habe. Klose, das Linkeste, was die SPD damals zu bieten hatte, sah, was seine eigene Partei angeht, eher schwarz: »Man soll bitte nicht vergessen«, meinte er, »daß der Weg der Sozialdemokratie in die Regierung die Umarmungstaktik von Herbert Wehner war. Damals kursierte das Schlagwort von der SPD als der besten CDU, die wir je hatten. Es gibt ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich eine ähnliche Strategie langfristig wieder durchsetzt.«

Der Mann hat recht behalten. Zehn Jahre später erleben wir tatsächlich eine SPD, die die CDU in nationaler Inbrunst umarmt, mit ihr gemeinsam Flüchtlinge rausschmeißt, die Volksgemeinschaft auf Opferbereitschaft trimmt und die »Normalität« deutscher Militäreinsätze wiederherstellen will. Den letzten Schritt, die große Koalition, hat bisher nur Herbert Wehners Nachfolger als SPD-Fraktionsvorsitzender gefordert: Hans-Ulrich Klose.

»Überraschende Wendemanöver« sind die Spezialität des hanseatischen Politikers. Das war schon bei Beginn seiner Karriere so. 1969 kandidierte er für die Position eines der zwei stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Hamburg – angeblich, um den rechten Heinz Ruhnau zu kippen. Darum unterstützten ihn Jusos und Parteilinke. Doch dann wurden Klose und Ruhnau gewählt, ein anderer ›Linker‹ flog raus. Daß das kein Zufall war, bewiesen die nächsten Jahre. Der Ex-Juso Klose arrangierte sich nicht nur mit der stramm rechten Hamburger SPD; er profilierte sich sogar als deren Scharfmacher: Er war es, der Parteiausschlußverfahren gegen unbotmäßige Jusos vorantrieb und die in Hamburg erdachten Berufsverbote gegen Kommunistinnen und Kommunisten theoretisch fundierte – im selben Jahr, in dem die Bundes-SPD mit Willy Brandt noch »Mehr Demokratie wagen!« verkündete.

Das wurde hanseatisch, also kaufmännisch korrekt, belohnt: Klose kam 1970 in die Bürgerschaft (Landtag), wurde dort 1972 SPD-Fraktionsvorsitzender, 1973 Innensenator und nur ein Jahr später, 36jährig, jüngster Erster Bürgermeister Hamburgs. Als solcher regierte er dann den »Deutschen Herbst« mit, beteiligte sich an der nationalen Jagd auf die RAF und deren »Sympathisanten-Umfeld« und stellte öffentlich Überlegungen an, wie Hamburg mit weniger demokratischen Rechten für Personalräte und Bürgerinitiativen effektiver verwaltet werden könnte. Am Ende galt er selbst der eigenen Partei als derart rechtslastig, daß er 1976 von allen 38 Bundesvorstandskandidaten nur als letzter gewählt wurde.

Die nächste »überraschende Wende« vollzog Klose 1978. Nach der Bürgerschaftswahl, die ihn mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt hatte, trat er plötzlich für die Abschaffung der Berufsverbote ein, gab dem Drängen der SPD-Frauen nach einer »Leitstelle Gleichstellung der Frau« nach, kennzeichnete den Staat als »Reparaturbetrieb des Kapitalismus« und wandte sich gegen die Beteiligung Hamburgs am AKW Brokdorf. Das deckte so ziemlich den damaligen Wunschkatalog der Parteilinken ab und wurde von ihm selbst begründet mit eigenen Erfahrungen im Umgang mit der Staatsmacht, andererseits mit dem gesellschaftlichen Umdenken, das der Aufstieg der grün-alternativen Bewegung signalisiert habe.

Drei Jahre dauerte es, bis das Experiment, in Hamburg Politik gegen die »überwältigende Mehrheit« von Wirtschaftsinteressen, Medienkonzernen und stockkonservativen »kleinen Leute« zu machen, gescheitert war. Der Ausstieg aus Brokdorf, auf den sich alles zugespitzt hatte, war zwar von Partei und Senat beschlossen, aber von den SPDlern im Aufsichtsrat der Hamburgischen Elektrizitätswerke blockiert worden. Da gab Klose auf und trat zurück.

Politisch »überlebte« er danach als »einfacher« Bundestagsabgeordneter in Bonn; bis er 1991, wiederum überraschend, zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewählt wurde. Daß sich zu diesem Zeitpunkt nicht nur der Politiker Klose, sondern die deutschen Verhältnisse grundlegend verändert hatten, muß nicht erzählt werden.

Für Leute, die es miterlebt haben, bereitet es gewisse Schwierigkeiten, in dem Mann, der einst mit Ebermann in KONKRET um ›Rot-Grün‹ stritt, jenen wiederzuerkennen, der heute im Deutschen Fernsehen Schäuble bei der Verkündung des »Asylkompromisses« strahlend auf die Schulter haut – und dafür von Kohl mit einem vielfachen »Herr Klose hat recht...« belohnt wird.

Sind Kloses »überraschende Wenden« nun ein Fall von gnadenlosem Opportunismus in der Politik oder – siehe Schröder, Lafontaine usw. – typisch für den sozialdemokratischen Lebensweg? Ich glaube, beides ist falsch. Denn man kann darüber streiten, ob der parlamentarische Politiker »strukturell opportunistisch« ist – insofern er immer nur die herrschenden Verhältnisse verwaltet oder sich den jeweiligen Wählertrends anpaßt. Aber dafür gibt es bessere Protagonisten, aus allen Parteien. Und für eine »typisch sozialdemokratische« Karriere steht Klose auch nicht: die führt, im Regelfall, von links unten nach rechts oben. Klose aber fuhr Zickzack. Ein Lehrbeispiel ist er trotzdem. Ich glaube, die Geschichte geht so:

Da war einmal ein junger Nachkriegsdeutscher, der wurde Staatsanwalt. Und weil ihm das demokratische Staatswesen generell am Herzen lag, trat er bald darauf ein zweites Mal in den Staatsdienst ein: als Politiker. Das hatte mit sozialen

Überzeugungen zu tun, die er in der SPD am besten verwirklicht sah. Und es hatte mit Karriere zu tun – auch das ließ sich in Hamburg am besten mit der SPD verwirklichen. Aber Klose war und ist kein »Karrierist«. Er machte verdientermaßen Karriere; wohl auch deshalb, weil er die Rolle als »Politiker im demokratischen Rechtsstaat« nicht, wie all die Eichels, Wiss- und Möllemänner, als Verwaltungsjob definierte, sondern verändernd »gestalten« wollte.

So war er tatsächlich Überzeugungstäter, als er 1971 in staatsanwaltlicher Manier gegen »die Straße« vorging, die mit »Rote-Punkt-Aktionen« versucht hatte, die staatliche Verkehrs- und Tarifpolitik »von außen« zu verändern. Und ebenso war er davon überzeugt, daß *sein* demokratischer Staat durch K-Gruppen und DKP beschädigt werden könnte. Deshalb, und nicht aus Opportunismus, exekutierte er dann die Berufsverbote.

Dieses »Tun, was des demokratischen Staates ist« blieb dann auch in seiner linken Wendezeit nach 1978 Leitmotiv. Natürlich war es ganz ungewöhnlich, daß ein Sozialdemokrat Kommunisten nicht mehr ausgrenzen wollte und die Verflechtung von Staat und Kapital offen ansprach. Aber liest man seine »Rechtfertigungen« von damals, so findet sich absolut nichts, was herkömmlichen Vorstellungen von Politik im bürgerlichen Staat widersprochen hätte.

Klose war z.B. entgegen dem Anschein nie prinzipiell gegen AKWs. Nur Brokdorf wollte er nicht – wie er selbst sagte, um Überkapazitäten zu vermeiden. Und seine aufsehenerregende These, die marxistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus sei in ihrem analytischen Teil »nicht ganz verkehrt«, hatte überhaupt nichts mit Antikapitalismus zu tun. Was ihn schlicht als Regierungspolitiker an der Sache störte, erläuterte er für KONKRET so: »Es entscheidet nicht in erster Linie die zuständige demokratisch legitimierte Instanz, sondern es entscheiden die interessierten Unternehmen, wobei erschwerend hinzukommt, daß es Regierungsinstanzen gibt – auch solche mit vorherrschender sozialdemokratischer Beteiligung – die dies auch ausdrücklich so wollen.«

Dagegen rebellierte der Schulbuch-Demokrat. Und in einer Mischung von Empörung und Übermut fragte er beim »Knackpunkt Brokdorf«: Wer regiert eigentlich diese Stadt – die demokratisch Gewählten oder Springer und die Wirtschaft? Eine Provokation war das gewiß. Aber tatsächlich aufschlußreich ist erst seine Auskunft darüber, was er denn wirtschaftspolitisch gemacht hätte, wenn man ihn, den politischen Souverän, hätte gewähren lassen. Einem damals von Gerhard Schröder herausgegebenen Juso-Blättchen verriet er 1979, wie seine Negation von Stamokap ausgesehen hätte: »Ich bin dafür, daß der Staat aktiv in das wirtschaftliche Geschehen eingreift. Wenn er sich engagiert durch die Hingabe von Finanzmitteln, dann meine ich aber, muß er Auflagen formulieren und durch eine geeignete Form von Kontrolle sicherstellen, daß die Auflagen eingehalten werden. Da könnte man denken an: Arbeitsplatzgarantien oder bestimmte Umweltschutzmaßnahmen oder Umstrukturierung.«

Mehr wars im Grunde nicht. Kein bißchen Marx, nur viel gutgläubiger Keynes. Aber das reichte, um klarzumachen, wo selbst da die Grenzen sind. Das Besondere war allein, daß die Sache nicht bloß theoretisch ausgefochten wurde, sondern am konkreten Fall, an der Frage Brokdorf. Klose selbst hat, als er dabei den Wirtschaftsinteressen unterlegen war, die Sache nicht grundsätzlich sehen wollen. Sein Glaube an die staatliche Machbarkeit von Politik blieb ungebrochen. Als ihn, nach seinem Sturz, KONKRET fragte, ob die Herausforderung an die Wirtschaft nicht notwendigerweise so habe enden müssen, sagte er: »Also, wenn ich glauben müßte, daß das eine absolute Notwendigkeit sei, dann würde ich ab sofort aufhören, Politik zu machen. Wenn nur der Vollzug letztlich kapitalorientierter Sachzwänge sozialdemokratische Politik wäre, dann wäre mir in der Tat meine Zeit zu schade für diese Art von Spiel.«

Aber das Spiel ging weiter – mit Klose. Seine Hoffnung konzentrierte sich auf ein Neues, auf den »Fortschrittsblock« (Klose) aus SPD und Grünen, der, gestützt auf Ökologie- und Gewerkschaftsbewegung, den »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« ins Werk setzen sollte. Wäre diese Option in den 80er Jahren akut geworden, wäre Klose sicher einer ihrer Protagonisten gewesen. Aber bekanntlich ist der ökologische Umbau nie über den hessischen Krötentunnel und die Getrenntsammlung von Hausmüll hinausgekommen.

Der Mainstream ging in die andere Richtung. Die staatliche Lenkung der Wirtschaft, die in den 70ern die Gemüter erregt hatte, trat nicht nur wegen der sog. konservativen Wende in den Hintergrund. Es zeigte sich, daß über kapitalistisches Wachstum überhaupt nicht erstrangig im staatlich subventionierten Bereich der Wirtschaft (z.B. Kohle, Stahl, Werften) entschieden wird, sondern in jenen Wachstumsbranchen der Chemie, Elektronik, des Fahrzeugbaus, die zwar auch gern die staatliche Mark mitnehmen, auf staatliche Förderung aber durchaus nicht angewiesen waren, sondern im Prinzip rein marktwirtschaftlich den Aufschwung sicherten.

Auf diesen Sachverhalt hat die staatliche Politik insgesamt reagiert. Nicht nur Reagan, Thatcher und Kohl zogen daraus die Konsequenz eines Abbaus von »Staatswirtschaft«, auch die Sozialisten Mitterrand, Gonzales oder Engholm setzten folglich auf den Siegeszug von Hightech, auf Privatisierung und auf konsumträchtige Selbstverwirklichung. Und die »Toskana-Fraktion« um Lafontaine, Schröder und Klose demonstrierte bis hinein in den privaten Lebensstil, daß jetzt ideologiefreie Liberalität und Weltläufigkeit den postmodernen Staatsmann auszeichnen.

Anderswo ist diese Pose bürgerlicher Politik bis heute dominant. Die bekanntesten Wahlsieger des Jahres 1992, Clinton und Major, repräsentieren sie. Bei uns hat sich nun aber der »Sonderfall« ereignet, daß seit 1989 dem deutschen Staat der

Zugriff auf die östliche Konkursmasse zufiel; zunächst mit dem Anschluß der DDR. Seither heißt »Politik machen in Deutschland« kategorischer denn je, das zu exekutieren, was im »nationalen Interesse« ist; und das hat deutsche Besonderheiten.

Während in Italien oder Großbritannien die Rückständigkeit des Mezzogiorno oder Schottlands als natürlich gewachsen hingenommen wird, ist hier die Herstellung »gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West« nicht nur formelles Staatsziel, sondern noch nationales Anliegen. Während für andere EG-Staaten ohne »traditionelle Ostbeziehungen« die dortigen Fluchtbewegungen vergleichsweise unerheblich sind, ist Deutschland tatsächlich der »Frontstaat«, der aus geographischen wie historischen Gründen westlicher Orientierungspunkt von Ostflüchtlingen ist. Und wenn die Notwendigkeit von »Schutztruppen« anderswo mit Blick auf fernliegende Regionen oder Kontinente erörtert wird, ist die Debatte um »Blauhelm-Einsätze« hierzulande geradezu ein Thema der Innenpolitik – in der Erwartung, daß es morgen nicht nur in Jugoslawien drunter und drüber geht.

Nein, die deutsche Innenpolitik endet nur beim Asylrecht an Oder und Neiße. Ansonsten expandiert sie nach altem Muster. Um das zu erkennen, bedarf es keiner ausgefuchsten Imperialismus-Analysen. Wer den Sonderfall des neu entstandenen Reiches ermessen will, muß nur die »unschuldige« Anteilnahme der Medien an den Zuständen in Osteuropa aufmerksam verfolgen: die Lage der Wolgadeutschen in Kasachstan; auf den Spuren der Banater Schwaben; die Kulturdenkmäler der Baltendeutschen; das historische Miteinander von Tschechen und Sudetendeutschen, von Polen und deutschen Oberschlesiern – und am liebsten jede Woche einen Bericht über die Regermanisierung von Königsberg und Ostpreußen.

Das alles ist jetzt für Volk und Vaterland »Innenpolitik«, und es stachelt den »Gestaltungswillen« deutscher Politiker enorm an. Die Details, um die dabei gestritten wird, sind sachlich zu vernachlässigen. Niemand, der von Staats wegen Politik machen will, darf es sich erlauben, staatsübergreifend Humanität für Flüchtende zu demonstrieren. Darum ging die Konkurrenz aller Parteien nur um die Mechanismen der Abschiebung und deren ideologische Untermalung. Die SPD beispielsweise hat, seitdem die Frage akut ist, immer geradeheraus gefordert, das »Asylproblem« zu »lösen«, was schlicht identisch ist mit Abschottung und Abschiebung. Aber das hat niemanden in Wallung gebracht. Erst als sie sich zur »Technik« der Grundgesetzänderung bekannte und zusätzlich in die schlechte Gesellschaft der CDU/CSU begab, kam linksliberale Empörung auf, und Günter Grass verließ die Partei.

Klose und Engholm aber frönen ihrer hanseatischen Volksweisheit: Wat mutt, dat mutt. Natürlich gehen dabei auch Grundsätze über Bord. Kein Jahr ist es her, daß Klose im »Spiegel« jede Änderung des Artikels 16 unter Hinweis auf das Exil zweier Hamburger Bürgermeister (Brauer und Weichmann) als moralisch unzumutbar ablehnte. Jetzt sagte er demselben Blatt in schnoddriger Manier: »Es gibt nun mal kein Asylrecht à la carte... Ich entschuldige mich nicht, daß ich mich an eine drastisch veränderte Realität anpassen mußte.« Mit Blick auf die SPD-Geschichte hätte er auch hinzufügen können: »Einer muß schließlich den Bluthund spielen!«

Die Staatsräson erfordert es, und gleichzeitig ist es »demokratische Pflicht«. Denn daß hier Volkes Wille exekutiert wird, steht außer Frage. In dieser Hinsicht ist sich der demokratische Staatspolitiker Klose treu geblieben. Sein Handlungsrahmen hat sich geändert, und darauf hat er klarsichtiger reagiert als andere bzw. brutaler, was hier dasselbe ist. »Ohne Not« hat er dabei übrigens nicht einmal Grundeinsichten über Bord geworfen. Staatliche Wirtschaftslenkung etwa sieht er vermutlich mit denselben Augen wie 1978, als er sich über den »staatlichen Reparaturbetrieb des Kapitalismus« erregte.

Nur geht es heute bekanntlich bei Treuhand und Aufschwung-Ost um so was wie den nationalen Reparaturbetrieb des Realsozialismus – und also in anderer Weise um die Frage, ob allein Markt und Unternehmer entscheiden, was strukturpolitisch getan wird oder die demokratisch legitimierte Politik. Da ist der »Aufbau Ost« eine neue große Herausforderung. Und da gelten alte Links-Rechts-Schemata nicht mehr. Das geht nicht nur Klose so.

Erinnern wir uns: Um 1980 überboten sich diverse Linke mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen; linke Sozis forderten dafür 20 Milliarden Staatsausgaben, der DGB 50 Milliarden und die professionellen Stamokap-Kritiker der Memorandum-Gruppe bis zu 100 Milliarden. Jetzt ist es die konservative Regierung Kohl, die von heute auf morgen 200 Milliarden für Beschäftigung, Soziales und Strukturpolitik im deutschen Osten locker machte. Wer will da noch meckern?

Klose selbst sagt, er habe die große Koalition nur für die Zeit unmittelbar nach der »Wiedervereinigung« gewollt, die sei jetzt vorbei. Das ist inhaltlich irreführend. Denn tatsächlich sind mit dem erneuerten Großdeutschland, dem »Aufbau Ost« bis Wladiwostok, mit dem Rückschritt vom Realsozialismus zur marktwirtschaftlichen Barbarei Verhältnisse entstanden, die kleinlichen innerdeutschen Streit dauerhaft verbieten. Welche Form die tatsächliche »nationale Koalition« annehmen wird, steht dahin. Aber wer sich heute in den regierungsfähigen Parteien umsieht, wird keine entdecken, die nicht die Zuwanderung gemäß nationaler Interessen dosieren wollte, die nicht für Militärintervention und Schutzzonen wäre, die die soziale Frage nicht national beantwortet sehen wollte.

Wir anderen aber müssen lernen, uns in diese neue Normalität deutscher Politik hineinzudenken; müssen begreifen, daß auch »dieselben Überzeugungen wie früher« heute andere sind. Nicht Lichtenhagen und Mölln sind die Zentren, wo die

Umwertung aller Werte vor sich geht. Der Barbarei, die materiell hereingebrochen ist, ein zivilisiertes Antlitz zu geben, das ist die neue Zentralfunktion der heutigen Staatspolitik. Millionen »Antifaschisten« leben das vor, indem sie sich als »anständige« Deutsche bei Kerzenschein an die Hand nehmen, um die Wärme der Volksgemeinschaft zu demonstrieren. Dahinter darf die Politik nicht zurückstehen. Es muß nicht gleich die Lichterkette im Bundestag sein; aber über die »Gemeinsamkeit der Demokraten« darf auch nicht mehr hinweggelogen werden. Die Person Klose zeigt uns, was Sache ist.

Christian Schmidt, Ex-Vorstandsmitglied der Hamburger SPD und späterer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, ist Lehrer in Hamburg

Konkret 02/93, S. 13

Oliver Tolmein

Freie deutsche Jugend

Wenn Presse, Verfassungsschutz und Politik die Nazis betrachten, sehen sie nur Jugendliche, denen eine Orientierung fehlt

Je aggressiver die überzeugten Nazis und ihre tatkräftig bekennenden Sympathisanten ihre Attacken gegen Flüchtlinge, Arbeitsimmigranten, Juden, Schwule und Behinderte vorantreiben, desto bemühter gibt sich die veröffentlichte Meinung im Gefolge des Bundeskanzlers, »den Extremismus« an und für sich zu bekämpfen. Wobei aus Sicht der weit nach rechts gerückten Mitte vor allem Linke als die eigentlich Extremen erscheinen (als linksaußen gilt dabei in den heutigen Zeiten schon, wer selbst zum Advent keine Kerzen anzündet). Extremisten, lehren uns seitdem die Verfassungsschutzbehörden, das politische Establishment und die Medien in trauter Dreieinigkeit, sind zudem meistens jung, deswegen eigentlich noch nicht ganz zurechnungsfähig – und sie sind sich alle irgendwie ähnlich: »Über dem ehemaligen Hundeheim von Weimar weht die Reichskriegsflagge. Eine Provokation, wie die Anarchistenfahne in der Innenstadt ein Sinnbild des Protests – es sind die Symbole der Polarisierung unter den Jugendlichen im deutschen Osten.«

Die Entkleidung des politischen Protests von seinem Inhalt lenkt den Blick auf das, was in den Augen der Jugendforscher, Jugendforscherinnen, Reporter und Reporterinnen Deutschlands wirkliches Drama ist (neben dem beschädigten Ansehen im Ausland): Zwar ist – verkündet ein »Dossier« der nationalliberalen »Zeit« (Nr. 50/92) – der Staat vereint, aber die Jugend der Nation findet nicht zur Gemeinschaft, sondern »fällt übereinander her«.

Die »Zeit«-Autorin Annette Rogalla hat in ihrer Reportage bemüht das Bild zweier sich ähnlicher Gruppen gezeichnet, die in der Weimar Innenstadt mehr zufällig in einem linken Wohnprojekt leben bzw. in einem rechten Jugendklub in der Oberstadt verkehren. »Warum wurden die einen ›links‹, die anderen ›rechts‹?« Rogalla hat einen »Exbesetzer« gefunden, der es ihr brav in die Feder diktiert: »Da war viel Zufall im Spiel: Wen triffst du, wem glaubst du, wem, was willst du glauben?« Das genügt. Genauer will sie es auch gar nicht wissen. Denn es geht in der Medienberichterstattung der letzten Wochen und Monate ja nicht darum, die Verhältnisse im neuen Deutschland zu analysieren, das Ausmaß und die Konsequenzen der Rechtsentwicklung zu beschreiben – die innere Einheit wird propagiert und soll herbeigeschrieben werden. Und da ist Weimar der Reporterin ein gutes Beispiel: »Vertreter von Kirche, Stadt, Parteien und Politik haben sich mit den Jugendlichen am runden Tisch getroffen. Ungewöhnliche Partner fanden sich zum Gespräch. Manchmal saß neben dem Vertreter des Landeskriminalamtes Thomas Dienel, der Lokalmatador der harten Neonazi-Szene.«

Thomas Dienel, der, als das »Zeit«-Dossier erschien, bereits wegen Volksverhetzung vor Gericht stand (er wurde kurz nach Erscheinen des Artikels zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt), ist für die Autorin immerhin noch einer aus dem »direkten Lebensumfeld« der »Jugendlichen« – verbalradikal stellt sich Rogalla nur gegen die »Einpeitscher mit wechselnden Titeln und Mitgliedschaften«, die von außen kommen, auch als Gesprächspartner der LKAs nicht gefragt sind, dafür aber die Jugendlichen indoktrinieren – und damit den Vereinigungsprozeß vor Ort gefährden. Höhe- und zugleich Schlußpunkt der Reportage ist der Auftritt der Ministerin Merkel: Ein kritischer Unterton schwingt in der Feststellung mit, daß sich die Jugendpolitikerin ganz falsche Vorstellungen von den »Rechten« gemacht habe, aber auch stille Sympathie dafür, daß Angela Merkel den weiten Weg von Bonn nach Weimar auf sich genommen hat. Sie »fragt bemüht und hört interessiert zu. Die Jugendlichen sollen das Gefühl haben, daß sie ernst genommen werden. Angela Merkel kritisiert nicht, sucht nicht die Auseinandersetzung. ›Vieles bei den Jugendlichen ist doch nur Protest, wegen ihrer Meinung darf man sie nicht abschreiben.‹« Das findet die »Zeit« auch, und so endet mit einem freundlichen Vertrag, was so gefährlich begonnen hatte: »Wegen der Reichskriegsflagge hat Angela Merkel eine Vereinbarung getroffen: Wenn die Jugendlichen mit den Bauarbeiten im Klubhaus beginnen, holen sie die Flagge ein.«

Die »Zeit« steht mit solcherart Berichterstattung nicht allein: Bis die deutschen Medien angesichts der Lichterketten endlich einen Anlaß gesehen haben, »Entwarnung« zu geben, beschäftigten sich auch die Berichte über Rechtsextremismus in anderen Tages- und Wochenzeitungen vorzugsweise mit »Jugendlichen« – ohne übrigens die Jugendforschung ernsthaft zu bemühen. Ein paar eigene Eindrücke, ein paar passende Sprüche von Jugendlichen, ergänzt um einige Zitate von Klaus Farin, Wilhelm Heitmeyer oder Burkhard Schröder, die bestätigen, daß die »Jugendlichen« nur in den allerseltensten Fällen wirklich rechts sind, bilden das Gerüst, das dann ganz nach Lust, Laune und Blattmischung mit 100, 300 oder 1.000 Zeilen zur Reportage aufgefüllt wird. Erkenntnisse der Jugendforschung, wie z.B. die Arbeiten von Birgit Rommelspacher aus Berlin, die das vorgegebene Raster sprengen, werden gelassen ignoriert – und weil das (fast) alle tun, fällt's auch (fast) niemandem auf. Daß gerade Jugendliche zu bevorzugten Objekten der Berichterstattung geworden sind, erklärt sich aus dem versöhnlichen und pädagogischen Anliegen der deutschen Medien – Jugendliche sind nur beschränkt schuldfähig, sie lassen sich noch beeinflußen und erziehen. Der aufkommende Nazismus, von Jugendlichen forciert, ist nur noch halb so gefährlich.

»Junge Menschen stürmen Asylbewerberheime und bekämpfen die Polizei ihres Staates«, beklagte im Oktober '92 ein zweiundzwanzigjähriger Leitkommentator in der rechtsextremen »Jungen Freiheit« und führte zur Erklärung die

»Sinnlosigkeit« der modernen Verhältnisse ins Feld. »Zu jener Sinnentleerung – die der mitteldeutsche Lehrling ebenso verspürt wie der Arbeiter aus Hamburg – mögen durchaus wirtschaftliche Schwierigkeiten beitragen. Aber: Der Mensch erträgt ein beträchtliches Maß an materieller Not, solange er diese in ein wertstiftendes Ganzes eingebettet sieht.«

Zwei Monate später zieht die »Zeit« nach: »Viele Jugendlichen verfallen der Gewalt wie einer Droge. Rechtsextreme Ideologen versprechen ihnen Orientierung in einer haltlosen Welt.« Vorgestellt wird in dem Artikel unter anderem Klaus, ein Junge mit, wie es die »Zeit«-Autorin Gisela Dachs vornehm faßt, »Neigungen«: »Gewalt begeistert ihn«; »er schwärmt von der Sonnwendfeier«: »zu Hause in seinem Zimmer hängen Poster aus dem Dritten Reich«.

Die aufs neue ausgerufene Sinnkrise, darin wissen sich die Medien – von der »Jungen Freiheit« bis zur »Zeit« – einig, verlangt nach Sinnstiftung – wer die Nazis bekämpfen will, muß im Zeitalter verschärften Konkurrenzdrucks schon eine sinnvolle Alternative bieten. An die Stelle des ohnedies routiniert als »hilflos« denunzierten Antifaschismus soll ein deutliches »für« gestellt werden: Was als Empörung über den »rechten Mob« seinen ersten Ausdruck findet, endet schließlich in einem Plädoyer für eine neue Wertegemeinschaft. Noch der Antinazismus wird so zum Kampfmittel gegen die Emanzipation des Individuums. Die Ideologie kommt im wiedervereinigten Deutschland zu neuen Ehren: Die liberalen Medien schreiben die Konsequenzen ihres Schwenks zum Nationalen in der Regel noch nicht aus (es sei denn, sie arbeiten gerade an einem Manifest). Die »Junge Freiheit« ist da weniger zurückhaltend: »Es gilt beizeiten, das Bewußtsein zu verändern, sich auf die stahlharten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts einzustellen. An die Stelle von Egoismus, Selbstsucht, Parteidenken werden Solidarität, Opferbereitschaft und Gemeinsinn treten müssen.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 1/93 über die Folgen der Morde von Mölln

Konkret 02/93, S. 14

Archiv für Sozialpolitik

»Jeder ist uns der Nächste« XIII

Dreizehnter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

Freitag, 4.12.1992 –

Der 27jährige Türke Akif Dogan aus München wird mit Messerstichenin Brust, Bauch und Rücken neben einer Landstraße in Felsberg tot aufgefunden. –

Nach Angaben des Innenministers von Baden-Württemberg, Frieder Birzele (SPD), gab es in Baden-Württemberg von September bis November 45 Brandanschläge gegen Einrichtungen für Ausländer. In den acht Monaten zuvor seien 289 Anschläge verübt worden. –

In Rheinland-Pfalz wurden vom 1. Januar bis zum 1. Dezember 1992 181 ausländerfeindliche Delikte registriert, 1991 waren es 135. Nach Angaben des Innenministers von Rheinland-Pfalz, Walter Zuber (SPD), waren unter den 181 Straftaten zwei versuchte Tötungen, sechzehn Brandanschläge, 26 Körperverletzungen und drei Fälle von Landfriedensbruch. 110 Tatverdächtige seien ermittelt. –

In Lingen/Niedersachsen werden zwei 17jährige wegen des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim am 29. November 1992 festgenommen. Sie geben an, aus Langeweile zwei Molotowcocktails geworfen zu haben.

Samstag, 5.12. –

Das Polizeipräsidium in Koblenz bestätigt, daß ein 46jähriger Polizeiobermeister aus Reichenberg/Rheinland-Pfalz vom Dienst suspendiert wurde. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung. Der Polizist soll Anschläge auf Asylbewerber mit den Worten kommentiert haben: »Auf die Bimbos muß draufgeknüppelt werden.« –

Brandanschläge in Urberach auf zwei überwiegend von Ausländern bewohnte Mehrfamilienhäuser. Es entsteht Sachschaden. –

Im nordhessischen Bromberg/Kreis Waldeck-Frankenberg werden bei einer Tanzveranstaltung Handzettel mit ausländerfeindlichen Parolen verteilt. Später kommt es in einer Diskothek zu einer Schlägerei mit Skinheads, bei der zwei Disko-Besucher von den Skinheads verletzt werden. Insgesamt werden neun Skinheads festgenommen. –

Nach einer vom »Spiegel« veröffentlichten Umfrage des Emnid-Instituts lehnen nach den Morden in Mölln zwei Drittel der Befragten die Parole »Ausländer raus« ab, vor dem 23. November hatte nur jede/r Zweite die Parole abgelehnt. Von 16 auf drei Prozent zurück ging die Zahl derer, die die rechtsradikalen Republikaner für fähig halten, das »Ausländerproblem vernünftig zu lösen«.

Samstag/Sonntag, 5./6.12. –

Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Westerkappeln/Nordrhein-Westfalen. Die 39 Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien bleiben unverletzt, es entsteht Sachschaden. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im niedersächsischen Königslutter-Blienrode bei Helmstedt. –

Ein 18jähriger Skinhead brüllt in Augsburg in einer Diskothek mehrmals »Ausländer raus«. Er wird daraufhin von ausländischen Jugendlichen zusammengeschlagen. –

Vor einer Gaststätte in Hohenleipisch/Brandenburg kommt es zu einer Schlägerei zwischen deutschen Jugendlichen und Asylbewerbern. Einer der Jugendlichen wird dabei niedergestochen. Acht Asylbewerber werden vorläufig festgenommen. Im Anschluß ziehen etwa 30 Jugendliche zu einem Ausländerheim und rufen ausländerfeindliche Parolen. –

Brandanschlag auf ein Übersiedlerheim in Neuss/Nordrhein-Westfalen. –

Brand in einem zum Teil von Asylbewerbern bewohnten Hochhaus in Sindelfingen/Baden-Württemberg. Vier Personen werden verletzt.

Sonntag, 6.12. –

In Großkayna/Sachsen-Anhalt werden bei einer Schlägerei zwischen deutschen Jugendlichen und Rumänen zwölf Personen verletzt. –

Brand in einem Achtfamilien-Wohnhaus in Jänschwalde/Brandenburg. Ein 28jähriger kroatischer Gastarbeiter stirbt in dem Feuer. Die Staatsanwaltschaft Cottbus geht von einem Schwelbrand aus, der an einem Stromkabel entstanden sein könnte. –

In Fredersdorf/Kreis Strausberg randalieren 20 rechtsradikale Jugendliche in einer Nachtbar und verletzen drei Personen.

Montag, 7.12. –

In Lübbenau wird seit Wochen eine Familie brieflich von Rechtsradikalen bedroht und erpreßt.

Dienstag, 8.12. –

Drei unbekannte junge Männer überfallen in Bamberg eine indische Studentin auf offener Straße, mißhandeln und berauben sie. Einer der Täter sagt zu ihr: »Wir werden mit dir machen, was die in Mölln gemacht haben.« Die Frau kann flüchten, als sie in ein Auto geschleppt werden soll. –

Nach den Ergebnissen der IBM-Jugendstudie, die in Frankfurt/Main vorgestellt wird, glauben 50 Prozent der 16- bis 24jährigen in Westdeutschland und 62 Prozent in Ostdeutschland, daß es in der Bundesrepublik genügend Ausländer gibt und keine weiteren mehr hinzukommen dürfen. Die Hälfte der ostdeutschen und 30 Prozent der westdeutschen Jugendlichen wollen möglichst viele Ausländer, die nicht aus EG-Ländern stammen, in ihre Heimat zurückschicken.

Mittwoch, 9.12. –

In Treuchtlingen überfallen rechtsradikale Jugendliche einen 37jährigen Syrer in seiner Wohnung. Sie schlagen ihn bewußtlos und fesseln ihn an die Heizung. Danach rauben sie Photo- und HiFi-Geräte und kratzen Hakenkreuze auf Möbelstücke. Das Opfer kann sich nach einiger Zeit befreien. –

Die »Sächsische Zeitung« teilt unter Berufung auf eine Umfrage des Institutes für Marktforschung Leipzig mit, daß fast die Hälfte der unter 30jährigen Sachsen mit der Aussage »Ausländer raus« sympathisiere. –

Vertreter des Bundeskriminalamtes geben im Innenausschuß des Deutschen Bundestages an, daß 1992 bisher 4.587 ausländerfeindliche Straftaten registriert wurden, darunter 548 Brand- und acht Sprengstoffanschläge. Das Bundesamt für Verfassungsschutz registrierte dagegen bis zum 6. Dezember 1992 2.984 Gewalttaten gegen Ausländer, von denen fast jede dritte Tat ein Brand- oder Sprengstoffanschlag gewesen sei.

Donnerstag, 10.12. –

In Berlin-Kreuzberg wird der türkische Schauspieler Mehmet Esen in den Räumen von Diyalog e.V. von zwei unbekannten Männern überfallen. Er wird mit einem Messer bedroht und soll auf Befehl »Heil Hitler« sagen. Er kann sich in einem Büro verbarrikadieren. –

In Wiesbaden werden in der Siedlung Kohlheck Zettel mit rechtsradikalem Inhalt in Briefkästen verteilt. –

Nach Angaben des Kieler Justizministers Klingner (SPD) wurden in diesem Jahr in Schleswig-Holstein 106 ausländerfeindliche Gewalttaten registriert. Die Landespolizei ermittelte im Zeitraum Oktober 1991 bis einschließlich Oktober 1992 in 272 Fällen, darunter 34 Brandanschlägen. –

Das Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilt den 24jährigen Kai M., der am 9. Mai 1992 einen Nigerianer zusammengeschlagen und dann bewußtlos in einen See geworfen hatte, wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der Angeklagte den Mann töten wollte. Ein Ordner der nahegelegenen Diskothek hatte den bewußtlosen Nigerianer aus dem Wasser gezogen. Das Opfer hatte drei Wochen im Koma gelegen.

Freitag, 11.12. –

Überfall auf ein Asylbewerberheim in Klötze/Sachsen-Anhalt. Mehrere mit Baseballschlägern und Schlagwerkzeugen bewaffnete Männer erscheinen vor dem Asylbewerberheim, rufen ausländerfeindliche Parolen und werfen mit Steinen. Sie brechen die Eingangstür auf und drohen, die Asylbewerber umzubringen. Wie die Staatsanwaltschaft Stendal mitteilt, wurden sechs Männer im Laufe des Tages festgenommen. Es werde Antrag auf Haftbefehl gestellt. –

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums ist die Zahl ausländerfeindlicher Straftaten im Oktober leicht zurückgegangen, nachdem sie im September einen Höhepunkt erreicht hatte. Von den 740 Straftaten im Oktober waren 85 Brandanschläge und 66 Angriffe gegen Personen.

Samstag, 12.12. –

Brandanschlag auf ein Arbeiterwohnheim der Firma MAN in München. Albanische Bewohner können das Feuer löschen. –

In Wiesbaden überfallen fünf oder sechs Unbekannte einen 35jährigen Türken, rauben ihm seine Brieftasche, mißhandeln ihn und übergießen ihn mit Benzin, das sie nicht entzünden. Dabei rufen sie rechtsradikale Parolen. Das Opfer muß in stationäre Behandlung. –

Brandanschlag auf ein von ausländischen Familien bewohntes Haus in Kaufbeuren/Bayern. Die Bewohner können das Feuer löschen.

Sonntag, 13.12. –

In Rostock greifen etwa 30 vermummte Rechtsradikale mit Baseballschlägern, Eisenstangen und Molotowcocktails die Besucher des Jugendclubs »Nautilus« an.

Montag, 14.12. –

Wie die Polizei in Potsdam mitteilt, wurde ein Mann festgenommen, der vorige Woche in Schulzendorf bei Königs Wusterhausen eine Kurdin aus der Türkei beschimpft und vorsätzlich mit seinem Auto angefahren hatte. –

In Berlin-Neukölln wird ein 22jähriger Türke auf dem U-Bahnsteig des Bahnhofs Hermannplatz von einem Unbekannten bedroht. Als der 22jährige daraufhin aufsteht und weggeht, schießt ihm der Unbekannte von hinten ins Gesäß und verletzt ihn erheblich. –

Der hessische Verfassungsschutz hat zwischen Januar und November 349 »rechtsextremistisch orientierte Ereignisse« gegen Ausländer oder Unterkünfte von Asylbewerbern registriert. In zwei Fällen sei von »versuchter Tötung« auszugehen. Ansonsten seien drei Sprengstoffanschläge, 30 Brandanschläge, 20 Körperverletzungen, 77 Sachbeschädigungen und 78 »Drohungen« registriert worden. Im September sei die Zahl der Übergriffe mit 61 am höchsten gewesen, im Oktober wurden 56 und im November 48 Übergriffe registriert. –

Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz gibt es derzeit in der Bundesrepublik 6.400 »gewaltbereite militante« Rechtsextremisten. 70 Prozent dieser Gewalttäter seien 20 Jahre oder jünger. –

Das Magdeburger Landgericht verurteilt mehrere Skinheads, die am Überfall auf die Gaststätte Elbterrassen am 9. Mai 1992 beteiligt waren, bei dem der 23jährige Torsten Lamprecht erschlagen wurde, zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren mit Bewährung und sechs Jahren. Wer Torsten Lamprecht tötete, konnte im Prozeß nicht festgestellt werden. Weitere acht junge Frauen und Männer hatten Schädel- und Kieferbrüche erlitten.

Dienstag, 15.12. –

Der SPD-Landesverband und die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg erstatten Strafanzeige gegen die Verantwortlichen eines Flugblattes der Republikaner, in dem den »Bonner Altparteien« gezielte »Gewaltaktionen gegen Ausländer« unterstellt wurden, um den Republikanern zu schaden.

Mittwoch, 16.12. –

In Berlin pöbeln rechtsradikale Jugendliche einen Ausländer in der U-Bahn an, bespritzen ihn mit Bier und schlagen ihn. Der verständigte Sicherheitsdienst hält einen der Angreifer fest. Im Anschluß sammelt sich eine Gruppe von 50 Jugendlichen und liefert sich eine Schlägerei mit Polizei und Sicherheitsdienst. –

In Taunusstein-Wehen/Hessen droht ein anonymer Anrufer, das Gebäude eines Kindergartens in die Luft zu sprengend, wenn »die Asylanten« nicht bis 16 Uhr aus dem Kindergarten verschwunden seien. In den Kindergarten waren am Tag zuvor zwei Kinder von Asylbewerbern aufgenommen worden. –

In Berlin sind Fahrkarten mit ausländer- und behindertenfeindlichen Aufschriften in Umlauf gebracht worden. Auf einer Karte steht der Text: »Das Anzünden von Ausländern ist während der Fahrt nicht gestattet. Rollstuhlfahrer gelten als Sperrgut und werden vom Paketdienst ausgetragen.« Unklar ist, wie die Täter die gefälschten Fahrkarten in die Automaten bringen konnten. Es wird gegen Unbekannt ermittelt.

Donnerstag, 17.12. –

Eine junge Griechin wird in Düsseldorf im Stadtpark von drei Rechtsradikalen angegriffen, die ihr mit einem Messer ein Hakenkreuz in die Stirn einritzen. Die Angreifer sagen der 16jährigen: »Du gehörst hier nicht hin.« Außerdem rauben sie ihr 150 Mark. –

In Berlin wird im Bezirk Mitte der 35jährige Ägypter Gamal Hegab auf offener Straße niedergeschossen und tödlich verletzt. –

Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Bielefeld richtet sich die rassistische und neonazistische Gewalt auch gegen deutsche Minderheiten. In diesem Jahr seien mindestens sechs Obdachlose Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten geworden, in weiteren vier Todesfällen sei ein rechtsextremistischer Hintergrund zu vermuten. –

Von zunehmender Gewalt gegen Behinderte berichtet die katholische Josefs-Gesellschaft in Köln. In Aachen seien Behinderte in öffentlichen Verkehrsmitteln mit rechtsextremistischen Parolen beschimpft worden. Erzieher einer großen Behinderteneinrichtung wagten es nicht mehr, behinderte Kinder und Jugendliche abends mit der U-Bahn fahren zu lassen. –

Die Kriminalpolizei Kaufbeuren nimmt einen 14jährigen Jugendlichen fest, der im Verdacht steht, am vergangenen Freitag den Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Kaufbeuren verübt zu haben. –

Der Überfall auf die vierzehnjährige Bautzener Schülerin Dominique K. am 25. November 1992 war frei erfunden. Wie die Ermittlungen der Polizei ergaben, hat das Mädchen sich selbst ein Hakenkreuz in die Wange geritzt und die Geschichte eines Überfalls zweier Skinheads erfunden. Die Meldung war aufgrund einer Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Bautzen in die Medien gelangt.

Freitag, 18.12. –

Auf dem Alexanderplatz in Berlin überfallen sieben rechtsradikale Männer einen 27jährigen Kubaner, der mit erheblichen Kopfverletzungen in stationäre Behandlung muß. Drei der Täter können festgenommen werden. –

Eine 16jährige Schülerin in Heidenheim/Baden-Württemberg wird auf dem Schulweg von drei vermutlich rechtsradikalen Unbekannten niedergeschlagen und schwer verletzt. Bereits im September war sie überfallen und niedergeschlagen worden. Nach Meinung ihrer Mitschüler und Lehrer wurde sie zusammengeschlagen, weil ihr Vater DKP-Mitglied ist. –

Nach der Auswertung von Filmmaterial werden zwei Schweriner wegen der ausländerfeindlichen Krawalle in Rostock im August inhaftiert. Die Haftbefehle lauten auf versuchten Mord, schwere Brandstiftung und schweren Landfriedensbruch. –

Nach Angaben des Leiters des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Uhrlau, wurden 1992 zwischen 800 und 900 Menschen durch rechtsextremistische Angriffe verletzt. 17 Menschen wurden ermordet. Bis Mitte Dezember seien 2.200 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hindergrund registriert worden. –

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) liegt die vorläufige Zahl für ausländerfeindliche Straftaten für November bei etwa 600, im Dezember wurden bis zur Monatsmitte 112 solcher Straftaten gezählt.

Sonntag, 20.12. –

Auf dem Kurfürstendamm in Berlin werden zwei Rumänen von sechs unbekannten Männern mit Fäusten und einer Eisenstange niedergeschlagen und mit Fußtritten traktiert. Beide Männer werden schwer verletzt, einer der beiden muß mit einer Schädelfraktur ins Krankenhaus. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Greifswald-Ladebow. Die 25 Bewohner können unverletzt evakuiert werden. –

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Sachsen-Anhalts, Rudolf Krause, Sprecher des kürzlich gegründeten »Christlich-Konservativen Deutschlandforums« vertritt in einem Papier unter anderem: »Die politische Einäugigkeit der Presse, der staatszersetzende krankhafte Liberalismus dürfen nicht länger ungestraft Verleumdungen, Beleidigungen und Verhöhnung der deutschen Würde in der deutschen Presselandschaft verbreiten.« Die westdeutschen Medien ließen es »uns durch 40 Jahre kommunistische Knechtschaft ungebrochene aufrechte Deutsche wirklich unverständlich erscheinen, wenn kriminellen Asylbetrügern mehr Aufmerksamkeit, Verständnis und Herzenswärme entgegengebracht wird als den eigenen deutschen Volksgenossen«. –

Wegen des Brandanschlags auf das Arbeiterwohnheim der Firma MAN in München werden ein in Deutschland geborener Italiener, ein 19jähriger Bosnier und ein 18jähriger Deutscher festgenommen. Es habe sich wahrscheinlich um eine Racheaktion gehandelt. Der Verdacht auf einen Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit habe sich nicht erhärtet, teilt die Kripo mit.

Montag, 21.12. –

Im Berliner Stadtteil Charlottenburg wird ein 35jähriger Algerier von vier Besuchern eines Lokals überfallen. Er wird aus dem Lokal gezerrt und mit einem Küchenmesser bedroht. Während der Schlägerei fallen ausländerfeindliche Äußerungen. Nach Angaben eines Polizeisprechers sei es lediglich den guten Judo-Kenntnissen des Angegriffenen zu verdanken, daß er keine schwereren Verletzungen erlitt. –

In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl stellt die »Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte« in Marburg fest, daß Gewalt gegen Behinderte in der Bundesrepublik zunimmt. »Menschen mit Behinderungen werden überfallen, gequält, sogar angezündet.« Häufiger müßten sich Behinderte in letzter Zeit Bemerkungen anhören wie »Daß so was heute überhaupt noch geboren wird!«, »Die nehmen uns Steuerzahlern unsere Plätze in der S-Bahn weg!« oder »Beim Hitler wärt ihr vergast worden – wartet nur, ihr kommt auch noch dran!«. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Mannheim verurteilt zwei 19jährige, die bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hemsbach im September 1992 eine Frau und zwei Kleinkinder schwer verletzt hatten, zu Haftstrafen von zweieinhalb und zwei Jahren. Die zweijährige Haftstrafe wird zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht hielt den Angeklagten zugute, sie hätten niemanden verletzen, sondern den Flüchtlingen »lediglich einen Denkzettel verpassen« wollen. Die Staatsanwaltschaft wertet die Tat als versuchten Mord und versuchte schwere Brandstiftung, sie kündigte Revision gegen das Urteil an. –

Wegen mißbräuchlicher Verwendung des Polizeinotrufs wird der frühere Stadtkämmerer Günter Rühlemann vom Kreisgericht Dresden zu einer Geldstrafe von 3.600 Mark verurteilt. Rühlemann hatte am 25. Juni 1992 bei der Polizei angerufen und angekündigt, er wolle sich eine Maschinenpistole kaufen und ein Blutbad unter Ausländern anrichten. Wegen dieser Äußerungen war er am 3. Dezember entlassen worden. –

In einem Marburger Stadtbus mißhandelt – von den Fahrgästen daran nicht gehindert – ein Skinhead einen Äthiopier und ruft: »Steig aus, ich schlag dich tot!«

Dienstag, 22.12. –

In Köln wird ein türkisches Geschwisterpaar leicht verletzt, als es ein mit einem Zünder und einem Brandsatz gefülltes »Geschenkpaket« eines anonymen Absenders öffnet. Glücklicherweise explodiert nur der Zünder. »Wenn sich der im Paket befindliche Brandsatz entzündet hätte, hätte es Tote gegeben«, sagt ein Polizeisprecher. –

Wegen »unbedachter und pietätloser Äußerungen« über den Mordanschlag von Mölln sowie einer entsprechenden Anspielung auf Konzentrationslager wird ein 35jähriger Korvettenkapitän seiner Position als Staffelleiter beim Marinefliegergeschwader 5 in Kiel enthoben. Er soll ins Marineamt nach Wilhelmshaven versetzt werden.

Mittwoch, 23.12. –

Ein 25jähriger Beamter des Bundesgrenzschutzes wird wegen Teilnahme an einer von Rechtsradikalen inszenierten Sonnwendfeier vorläufig vom Dienst suspendiert. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums teilt mit, daß ein Disziplinarverfahren gegen den Beamten eingeleitet wurde »mit dem Ziel seiner Entfernung aus dem Dienst«. –

Die Jugendkammer des Landgerichts Hagen verurteilt die beiden Haupttäter eines Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Hagen im September 1991 zu hohen Jugendstrafen. Einer der Angeklagten (19. J.) wird zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und neun Monaten, der andere (20 J.) zu einer Jugendstrafe von drei Jahren verurteilt. Die Tat, bei der kein Feuer ausbrach, wertet der Vorsitzende der Jugendkammer als »hochkriminelles Unternehmen« mit dem Ziel, Asylbewerber zu terrorisieren und zu vertreiben.

Freitag, 25.12. –

Brand in einem Asylbewerberheim in Essen. Das Feuer kann gelöscht werden, es entsteht geringer Sachschaden. Ein Anschlag wird nicht ausgeschlossen.

Samstag, 26.12. –

Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Bohmte/Kreis Osnabrück.

Sonntag, 27.12. –

Unbekannte greifen das Asylbewerberheim Remlin im Landkreis Teterow/Mecklenburg-Vorpommern an und werfen mit Steinen. Mehrere Fensterscheiben gehen zu Bruch. –

In Frankfurt/Main wird ein 28jähriger Straßenbahnfahrer von zwei Skinheads schwer mißhandelt, weil er zwei Türken freundlich Auskunft gegeben hatte. Er wird mit einer schweren Rückgratverletzung und Lähmungserscheinungen in den Beinen in die Uni-Klinik gebracht. –

Etwa 40 bis 50 vermummte Rechtsradikale überfallen die Diskothek »San Franzisko« in Friedrichshain/Kreis Spremberg. Es entsteht hoher Sachschaden. –

Die Stadtwerke Marburg verhängen ein einjähriges Fahrverbot gegen einen Skinhead, der in der Woche vor Weihnachten einen dunkelhäutigen Mann in einem Stadtbus angegriffen hatte.

Dienstag, 29.12. –

Im Stadtteil Niedereschbach in Frankfurt/Main überfällt ein 23jähriger Skinhead ein Ehepaar in seiner Wohnung. Beide werden verletzt. Nachbarn hören die Hilferufe der beiden, können den Skinhead überwältigen und der Polizei übergeben.

Mittwoch, 30.12. –

In Berlin wird ein 38jähriger Libanese mit mehreren Schüssen im Hausflur seines Wohnhauses ermordet. Nach Angaben der Polizei gibt es bisher keine Anzeichen dafür, daß Rechtsradikale die Täter sind. Dies könne aber nicht ausgeschlossen werden.

Donnerstag/Freitag, 31.12.92/1.1.93 –

Unbekannte schießen auf das Aussiedlerheim in Detmold. Ein Geschoß durchschlägt die Fensterscheibe eines hell erleuchteten Raums, in dem sich mehrere Menschen aufhalten. Es wird niemand verletzt. Die Polizei nimmt am folgenden

Wochenende zwei Männer im Alter von 36 und 37 Jahren fest. Es wird Haftbefehl wegen des Verdachts des versuchten Mordes erlassen. –

In Spremberg randalieren mehrere Jugendliche vor einem Aussiedlerheim und rufen ausländerfeindliche Parolen. Mehrere Scheiben werden zerschlagen. –

Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Dielmissen. Die Bewohner können das Feuer löschen. –

Etwa 30 Jugendliche randalieren in Fürstenberg vor einem Lebensmittellager der GUS-Streitkräfte. Sie zerschlagen mit Steinen mehrere Fensterscheiben. Als daraufhin mehrere GUS-Bürger erscheinen, kommt es zu einer Schlägerei. –

In Kaiserslautern werden bei einer Massenschlägerei zwischen etwa 50 Rockern und Skinheads zehn Menschen verletzt, davon einige schwer.

Freitag, 1.1.1993 –

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Bietigheim-Bissingen sterben zwei Menschen. Die Polizei nimmt zwei Tage später einen Bewohner des Heimes fest, der das Feuer gelegt haben soll. –

Brand in einer Asylbewerberunterkunft in Hamburg-Altona. Vier Menschen werden verletzt. Die Brandursache ist unklar.

Samstag, 2.1. –

Auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Fürstenberg werden Grabsteine umgeworfen und zerbrochen.

Sonntag, 3.1. –

Im Berliner Bezirk Hohenschönhausen überfallen Rechtsradikale an einer Straßenbahnhaltestelle vor einem Asylbewerberheim einen dunkelhäutigen Mann. Das Opfer wird mit zahlreichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Malchow/Mecklenburg-Vorpommern.

Dienstag, 5.1. –

In Neustadt/Bayern überfallen Jugendliche ein Asylbewerberheim. Sie brechen die Tür auf und rufen rechtsradikale Parolen. Die Asylbewerber können die Angreifer mit Knüppeln in die Flucht jagen. –

Das Innenministerium von Niedersachsen teilt mit, daß 1992 in Niedersachsen insgesamt 824 versuchte oder vollendete Straftaten gegen Ausländer registriert wurden. Von diesen Straftaten waren 81 Brandanschläge, 45 Körperverletzungen. Nur jede sechste Straftat wurde bisher aufgeklärt. Die Polizei ermittelte für 130 Fälle 359 Tatverdächtige, von denen 74 der Skinheadszene zugerechnet werden.

Mittwoch, 6.1. –

Im Berliner Stadtteil Alt-Moabit wird der 35jährige türkische Staatsbürger Cuma Demir durch einen Messerstich in den Hals ermordet. Das Motiv für die Tat ist unklar. –

In Erfurt überfallen Skinheads einen neunzehnjährigen Slowaken. Sie schlagen ihn zusammen und berauben ihn. –

Der bayerische Innenminister Edmund Stoiber teilt mit, daß in Bayern 1992 insgesamt 429 fremdenfeindliche Straftaten registriert wurden; 1991 waren 120 derartige Straftaten registriert worden. Unter den 429 Straftaten waren ein Sprengstoffanschlag, 28 Brandanschläge, fünfzehn Angriffe gegen Personen und 65 Sachbeschädigungen.

Donnerstag, 7.1. –

Brandanschlag auf eine Ausländerunterkunft in Darmstadt/Hessen.

Das Archiv für Sozialpolitik erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Antisemitische Angriffe

Freitag, 4.12. –

Nach Angaben des Innenministers von Baden-Württemberg, Frieder Birzele (SPD), wurden 1992 bisher dreizehn Straftaten gegen jüdische Friedhöfe und KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg registriert, 1991 waren es sechs.

Montag, 7.12. –

Der jüdische Friedhof in Guben/Brandenburg wird geschändet. Unbekannte stoßen zwei Grabsteine um, zerschlagen drei Lampen und reißen die Krone von einer Mauersäule herunter.

Dienstag, 8.12. –

Die Polizei in Brandenburg nimmt vier Jugendliche im Alter zwischen 16 und19 Jahren wegen des Brandanschlags auf die Gedenkstätte des Frauenkonzentrationslagers in Ravensbrück am 21. Oktober fest.

Mittwoch, 9.12. –

Das Landgericht München I verurteilt den ehemaligen Kommandanten von Hitlers Führerhauptquartier in Berlin, Otto Ernst Remer, zu vier Monaten Bewährungsstrafe. Der 80jährige hatte Videokassetten vertrieben, in denen die Massenvernichtung von Juden in Auschwitz in Abrede gestellt wird.

Donnerstag, 10.12. –

Das Denkmal für die Verfolgten des Nationalsozialismus in Erkner/Kreis Fürstenwalde wird mit nazistischen Symbolen beschmiert.

Freitag, 11.12. –

In Arnstadt/Thüringen wird erneut ein Mahnmal für die jüdischen Opfer des Faschismus geschändet.

Sonntag, 13.12. –

Das Grab der Familie Rathenau auf dem Waldfriedhof im Köpenicker Ortsteil Oberschöneweide wird mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

Donnerstag, 17.12. –

Sieben Wochen nach der Schändung der Gedenkstätte in Überlingen und des KZ-Friedhofs in Birnau werden vier Männer festgenommen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Konstanz und des LKA Stuttgart wurde Haftbefehl gegen die vier Verdächtigen im Alter zwischen 21 und 26 Jahren beantragt.

Sonntag, 20.12. –

Unbekannte schänden den jüdischen Friedhof in Leipzig. Sie werfen zehn Grabsteine um und beschmieren weitere mit nazistischen Parolen und Symbolen.

Dienstag, 5.1.93 –

In Flörsheim/Main-Taunus-Kreis wird der Jüdische Friedhof geschändet. Unbekannte werfen Grabsteine um. –

Auf dem Jüdischen Friedhof nahe der Stadt Schleusingen/Südthüringen werden Grabsteine umgeworfen. Innerhalb von zwei Jahren ist der Friedhof damit bereits zum dritten Mal geschändet worden.

Donnerstag, 7.1. –

In Hochheim/Main-Taunus-Kreis werfen Unbekannte auf dem Jüdischen Friedhof mehrere Grabsteine um.

Konkret 02/93, S. 18

Gaby Hommel

Deutsche Lager

Es gibt sie wieder. Umzäunt, kontrolliert und bewacht. Eingerichtet zur Absonderung, Selektion und Abschiebung von Menschen, die in der Bundesrepublik unerwünscht sind. Der »Vinckehof« in Castrop-Rauxel ist eines davon

»Schlechte Nachricht aus Düsseldorf/Bürgermeister hofft auf ›Entschädigung‹« titelte eine Castroper Lokalzeitung am 29. November 1991. Und der erschreckte Bürger las weiter: »Ickern, ohnehin bevorzugter Standort, wenn es um unliebsame Niederlassungen geht, hat es wieder einmal erwischt.« Was sich wie die Meldung über eine geplante Giftmülldeponie im Norden von Castrop-Rauxel las, beherrscht die Schlagzeilen und Kneipengespräche in der Ruhrgebietsstadt bis heute: Der Vinckehof, ursprünglich Arbeiterwohnheim des Klöckner-Konzerns, dann Freigängerknast und noch immer in Besitz des Stahlunternehmens, ist von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur sogenannten »Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber« bestimmt worden.

Hinter dem harmlos anmutenden Begriff verbirgt sich ein staatliches Projekt, das nach dem Pogrom von Hoyerswerda und in direkter Konsequenz des rassistischen Drucks der Bevölkerung eingeleitet wurde. Sein Kernstück ist die Einweisung und Isolierung von Flüchtlingen in Massenlagern, wo sie einem Schnellverfahren zur Entscheidung ihrer Asylanträge unterworfen werden. Ergebnis wird die Ablehnung und Abschiebung eines großen Teils der Asylsuchenden – offizielle Zahlen sprechen von mindestens 40 Prozent – innerhalb eines Zeitraums von nur sechs Wochen sein.

Zunächst als »Sammelunterbringung« zum Schutz der Flüchtlinge vor Überfällen in die öffentliche Diskusssion eingeführt, galt das Vorhaben bereits in der Parteienvereinbarung vom 10. Oktober 1991 als wirksames Mittel gegen »Asylmißbrauch« und die allerorts beschworenen »Bürgerängste vor der Flüchtlingsflut«. Rechtlich umgesetzt wurde es mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD in Form des »Asylbeschleunigungsgesetzes«, das ungeachtet massiver Kritik, u.a. von Anwalts- und Richtervereinigungen, Menschenrechtsorganisationen und kirchlichen Stellen, im Sommer letzten Jahres die letzte parlamentarische Hürde nahm und außer denen, die bereits auf ihr Verfahren warten, all jene treffen wird, die nach Umsetzung des sogenannten »parteiübergreifenden Asylkompromisses« vom Dezember die Bundesrepublik überhaupt noch erreichen.

Die wesentlichen Vorschriften des neuen Gesetzes bestimmen, daß – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – alle neu ankommenden Flüchtlinge in »Erstaufnahmeeinrichtungen« der Länder einzuweisen sind. Dort haben sie den Spruch sogenannter »Entscheider« abzuwarten, die eine Trennung der Asylanträge in »beachtliche« und »unbeachtliche« vornehmen. Im Gespräch für diese Aufgabe, die faktisch die Auswahl einiger weniger Asylbegehren zur weiteren Prüfung bedeutet, sind neben Beamten der mittleren Laufbahn auch Mitarbeiter der Bundeswehr und des Zolls. Entscheiden sie zugunsten eines Flüchtlings, wird dieser nach spätestens drei Monaten aus dem Landeslager zur weiteren Unterbringung in eine Kommune verwiesen. Ist das Urteil negativ, bleibt dem rechts- und in der Regel sprachunkundigen Flüchtling eine Frist von einer Woche, um gegen den Bescheid zu klagen. Entschieden wird die Klage von einem Einzelrichter, der nach Möglichkeit innerhalb des Lagers tätig sein soll. Weitere Rechtsmittel existieren nicht.

Vorgesehen ist, das gesamte Verfahren von der Ankunft bis zur rechtskräftigen Ablehnung eines Asylbewerbers in sechs bis zwölf Wochen über die Bühne zu bringen und danach die sofortige Ausreiseanordnung zu verfügen. Taucht auch nur der Verdacht auf, daß sich jemand der Abschiebung entziehen will, droht dem Betreffenden die sofortige Inhaftnahme. Das gleiche gilt, wenn Flüchtlinge vom behördlich vorgeschriebenen Reiseweg in die »Erstaufnahmeeinrichtung« abweichen, das Lager für länger als eine Woche verlassen, unter einer angegebenen Adresse nicht erreichbar sind oder Zweifel an ihrer Identität bestehen. Spezielle Knäste, ausschließlich für die Inhaftierung von Flüchtlingen bestimmt, sind in Bau oder – wie im Ruhrgebiet – sogar schon in Betrieb.

Die sonstige praktische Umsetzung des neuen Gesetzes ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit forgeschritten. Nordrhein-Westfalen plant den Abschluß der notwendigen Vorbereitungsarbeiten bis zum 1. April dieses Jahres. Dann sollen rund 10.000 Menschen in zwanzig Aufnahmelagern zusammengepfercht werden. Als Standorte sind fast ausnahmslos ehemalige Kasernen in der Planung, u.a. in Köln, Düren, Aachen und Münster. Ein halbes Dutzend dieser Einrichtungen ist bereits mit Flüchtlingen belegt, darunter ein mit Schwermetallen verseuchtes früheres Militärgelände in Köln-Niehl und – seit einem knappen halben Jahr – der von allen Seiten mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte Vinckehof in Castrop-Rauxel.

Grundlage bildet eine entsprechende Vereinbarung zwischen Klöckner und dem Düsseldorfer Sozialministerium, die – wie die Stadt Castrop-Rauxel sofort nach Bekanntwerden veröffentlichen ließ – von der Kommune »nicht eben mit Begeisterung« aufgenommen wurde. Sie sieht die Nutzung des Vinckehofs zur »vorübergehenden Unterbringung von Asylbewerbern« bis zum Juni 1995 vor, wobei die Höhe der dafür an das Unternehmen gezahlten Miete Geheimnis der Vertragsparteien bleibt. »Aus Datenschutzgründen«, so die Behauptung von Siegfried Pogadl, Leiter der »Landesstelle für

Aussiedler, Zuwanderer und Flüchtlinge« in Unna-Massen und damit – in Vertretung der Landesregierung – neuer Hausherr im Vinckehof, könne dies leider nicht anders gehandhabt werden.

Weniger Probleme bereitet ihm dagegen die Einquartierung von Flüchtlingen in einem Gebäudekomplex, der bis vor kurzem noch als Justizvollzugsanstalt diente. Im Gegenteil: Wo ehemals 300 Knackis in zehn sogenannten »Hafthäusern«, hufeisenförmig um ein Stückchen Freifläche gruppiert, an drei Seiten von Zaun und Stacheldraht umgeben, an der vierten zusätzlich von Emscher und Bundesautobahn begrenzt, ihre Strafe absitzen mußten, ist nach Ansicht der Verantwortlichen die Einquartierung von 500 Flüchtlingen eine – wie Ex-Sozialminister Heinemann es formulierte – »vernunftgeprägte und für alle Seiten vertretbare Lösung«.

Um etwaige Zweifel an dieser Behauptung zu zerstreuen, umwarb die nordrhein-westfälische SPD schon frühzeitig die großen Wohlfahrtskonzerne. Schließlich gelang ihr, wozu sich in einigen anderen Bundesländern (bislang) keine der etablierten Betreuungsgesellschaften hergeben wollte: Der Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes erklärte sich bereit, fast alle der an Rhein und Ruhr geplanten Lager zu verwalten und damit dem gesamten Abschiebungsprojekt ein humanitäres Mäntelchen umzuhängen. »Wenn wir es nicht tun, machen es andere«, lautet die schlichte Begründung von Peter Gutwein, dem Ausländerbeauftragten des DRK in Münster. Und mit Blick auf Baden-Württemberg, wo die Leitung und Organisation der umstrittenen Landeslager durch Privatfirmen den Charakter dieser Einrichtungen unerwünscht deutlich macht, verkehrt er die Alibifunktion, die sein Verband mit der Verwaltung der Abschiebelager übernimmt, in einen Dienst am Menschen und damit die originäre Aufgabe jedes Wohlfahrtsverbandes. Übrig bleibt, was sich in den Worten des DRK-Geschäftsführers in Castrop-Rauxel so anhört: »Für uns geht es darum, die politischen Vorhaben so gut wie möglich umzusetzen. Aber: Wir machen keine Politik.«

Wohin diese Auffassung von »Neutralität« das Rote Kreuz in Deutschland schon einmal gebracht hatte, thematisierten – kaum, daß die vorgesehene »Betreuung« der Lager durch den Verband öffentlich geworden war – diverse Plakate und Demonstrationen, Besetzungen von DRK-Geschäftsstellen und Aufrufe an Beschäftigte des Wohlfahrtskonzerns, die Arbeit in den Lagern zu verweigern und das Vorhaben zu sabotieren. In Castrop-Rauxel druckten die Lokalzeitungen gar einen Offenen Brief ab, in dem eine Handvoll Flüchtlingsgruppen aus dem Ruhrgebiet versprach, »die Inbetriebnahme des Vinckehofs als Massenkasernierungs- und Selektionsort zu verhindern« und im Zweifel alles zu tun, um »das reibungslose Funktionieren der Einrichtung zu erschweren«.

Derartige Angriffe nicht gewöhnt, schon gar nicht im sonst eher friedlichen Städtchen Castrop-Rauxel, taten die Verantwortlichen einen kleinen Schritt zurück und zwei große nach vorne. Zunächst wurde das DRK aus dem Zentrum der Kritik gerückt, indem es erklären ließ, nur sechs der fast zwei Dutzend im Land geplanten Lager übernehmen zu wollen, um die übrigen würden sich andere Träger der Wohlfahrtspflege kümmern. Anschließend starteten Funktionäre der beteiligten Wohlfahrtsverbände, assistiert von Regierungsvertretern und kommunalen Entscheidungsträgern, eine Kampagne zur politischen und moralischen Durchsetzung der Lager vor Ort.

»Runde Tische« und Bürgerversammlungen sprossen in Castrop-Rauxel und den anderen Lagerstandorten aus dem Boden. Ein Bauchladen von Argumenten wurde präsentiert, zur freien Auswahl und passend für so ziemlich jede politische Couleur und Interessenlage. Versprechungen von Arbeitsplätzen und sonstigen Vorteilen für die betroffenen Kommunen wechselten sich ab mit Beteuerungen, daß für »die Sicherheit der Asylbewerber und der Umgebung« genauso gesorgt sei wie für die schnelle Abschiebung der Flüchtlinge. Die Absichtserklärung, innerhalb der Lager eine sogenannte »Komplettbetreuung« – von der Bastel- bis zur Arztsprechstunde – zu gewährleisten, wurde abgerundet durch den Hinweis, daß Flüchtlingskinder nicht schulpflichtig seien. Es gab den eindringlichen Appell, Verständnis aufzubringen für dennoch im Stadtbild auftauchende Asylbewerber und für Schwierigkeiten, die etwa – um ein Beispiel von Peter Gutwein aufzugreifen – auftauchen können, wenn jemand direkt aus dem afrikanischen Busch in den modernen Großstadtverkehr kommt.

Solchermaßen eingestimmt, ließen sich zumindest die Castroper Bürger und Bürgerinnen nicht lumpen. Ganze Berge von Kleidung, Möbeln und Spielsachen wurden im Vinckehof abgegeben. Eine türkische Familie brachte gar Gardinenstoff, um die ehemaligen Knastzellen zu verschönern. Und nachdem das DRK hatte verlauten lassen, daß nur noch »Grünpflanzen und all das, was ein Haus wohnlich macht«, fehle, die Krankenhäuser einen Sonderdienst eingerichtet hatten und der Bahnhofsvorplatz in ein Notlazarett umfunktioniert worden war, zählte die Bevölkerung der Stadt die Tage bis zum Eintreffen der ersten Flüchtlinge im Vinckehof.

Einziger Schönheitsfehler an der Geschichte: Bei den mit Ungeduld erwarteten, einem Riesenaufgebot von Kamerateams, Helferinnen und Helfern sowie Hunderten schaulustiger Bürger empfangenen Menschen handelte es sich um 500 bosnische Kriegsflüchtlinge, die Anfang August letzten Jahres – medienwirksam in Szene gesetzt – mit einem Sonderzug des DRK aus dem ehemaligen Jugoslawien herausgeschafft worden waren. Ihnen allein galt das »Dobro namdoysli – Herzlich willkommen«, das auf einem Transparent am Tor des Vinckehofs zu lesen stand, während nur knapp einen Monat später, nachdem die Erste-Klasse-Flüchtlinge anderweitig untergebracht worden waren, die Ankunft »normaler Asylbewerber« im wesentlichen mit polizeitaktischen Maßnahmen vorbereitet wurde.

»Ein zehnseitiges Sicherungskonzept«, so die Angaben des Castroper Schutzbereichsleiters in einem Interview der Lokalpresse, sei »sowohl zum Schutz der Asylbewerber als auch zur Beruhigung der Bevölkerung« erarbeitet worden. Denn obwohl die Umzäumung des Vinckehofs bereits »das Optimum« baulicher Möglichkeiten darstelle, sollten die Bürger erkennen, »daß die Polizei sie nicht alleine läßt«. Parallel zur Ankunft der ersten ungeliebten Flüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien am 14. September 1991 nahm denn auch ein Kontaktbereichsbeamter seine Arbeit im Castroper Stadtteil Ickern auf, um – wie es von polizeilicher Seite hieß – »Konflikte schon im Vorfeld aus der Welt zu räumen«.

Der Erfolg zeigte sich bereits eine Woche später, als ein Großaufgebot von Polizei den Vinckehof weiträumig absperrte und nur noch Anwohnerinnen und Anwohner, die sich als solche ausweisen konnten, in den Stadtteil hereinließ. Angeordnet wurde die achtstündige spektakuläre Aktion, die neben Sicherheitskräften und freiwilliger Feuerwehr auch eine »Sonder-Einsatz-Gruppe« des DRK in Bereitschaft versetzte, aufgrund angeblicher Hinweise der politischen Polizei. Danach sollten sich 500 Rechtsradikale zu einen Aufmarsch vor dem Castroper Vinckehof verabredet haben. Tatsächlich aber geschah nichts, abgesehen von einer gründlichen Verängstigung der Flüchtlinge und der Bestätigung rassistischer Ressentiments gegenüber Asylbewerberinnen und -bewerbern, die eben nichts als Probleme mit sich bringen.

Die Schlagzeile »Eigentumsdelikte in Ickern nehmen zu«, drei Tage nach Vermeldung des Großeinsatzes in Ickern und nur zehn Tage nach Einzug der hauptsächlich aus Osteuropa stammenden Flüchtlinge in den Vinckehof, überraschte denn auch niemanden mehr. Und als tagsdrauf neben dem Leserbrief einer Familie Pohl, die wissen wollte: »Wer beschützt uns vor bettelnden und stehlenden Asylbewerbern?«, die Nachricht auftauchte, daß »vier Männer schwarzer Hautfarbe, vermutlich Afrikaner«, einen siebenjährigen Schüler schwer mißhandelt hätten, bedurfte es einer eilig einberufenen Bürgerversammlung und der gesammelten Überzeugungskraft von Bürgermeister, Stadtdirektor, Sozialdezernentin und Polizeichef, um den Castroper Volkszorn in gewünschten Grenzen zu halten. Nebensächlich und kaum noch in Erinnerung ist dagegen der Umstand, daß der Junge den Überfall frei erfunden hatte – aus Angst vor elterlicher Strafe für eine Verspätung.

Vorzugsweise, so die Erfahrung einer in der Gruppe engagierten Krankenschwester, wird hinter vorgehaltener Hand gegen die Flüchtlinge Stimmung gemacht. Mit welchen Mitteln, dokumentiert ein rassistisches Hetzblatt, das in Castrop-Rauxel kursiert und der Ickerner Kirchengemeinde anonym zuging. Unter der Überschrift »Der Asylbetrüger in Deutschland« steht dort in mühsame Reimform gezwängt, was des rechten Deutschen Überzeugung ist: »Herr Asylbetrüger, na wie geht's? Oh ganz gut, bring Deutschen Aids. Komm' direkt aus Übersee, hab' Rauschgift mit, so weiß wie Schnee. Verteil im Sommer wie im Winter sehr viel davon an deutsche Kinder. Muß nicht zur Arbeit, denn zum Glück schafft deutsches Arschloch in Fabrik. Hab' Kabelfernsehen, lieg im Bett, werd' langsam wieder dick und fett.«

Anders als zu hoffen gewesen wäre, bezog sich eine empörte Reflektion über den »Umgang mit der Wahrheit«, die Ende Oktober in einer Castroper Zeitung erschien, nicht auf derartige Beispiele rassistischer Hetze, sondern einzig auf den Umstand, daß sowohl das DRK als auch die zuständige Landesstelle in Unna-Massen der Presse gegenüber zu verheimlichen versucht hatte, was in Ickern die Spatzen von den Dächern pfiffen: Bereits knapp einen Monat nach ihrer Einweisung waren rund 200 Asylbewerberinnen und -bewerber, in der Mehrzahl Roma aus Rumänien, aus dem Vinckehof verschwunden. Und zwar nicht, wie die verantwortlichen Flüchtlingsverwalter vorzutäuschen versuchten, weil sie bei »Verwandten und Bekannten« eine bessere Unterbringung gefunden hätten. Vielmehr zogen es diese Menschen angesichts der Zustände im Lager und im Hinblick auf die zu erwartende schnelle Abschiebung nach dem neuen Asylgesetz vor, ihr Überleben in der Illegalität bzw. durch Weiterflucht in benachbarte europäische Länder zu sichern.

Offensichtlich sind derartige Entscheidungen von Flüchtlingen in der Organisation der neuen Sammellager angelegt und von den Betreibern auch so gewollt. Denn ungeachtet aller Mühe, die sich einzelne Beschäftigte vor Ort geben, bleibt der repressive Charakter der Einrichtungen bestehen. Auf der Erscheinungsebene zeigt er sich vor allem in Form der Massenunterbringung sowie in der Minimalversorgung der Flüchtlinge durch Fertignahrung, Gebrauchtkleidung und einem Taschengeld von 2,30 Mark pro Tag. Schwerer als diese äußerlichen Schikanen wiegt jedoch die allgemeine Situation der Zwangsuntergebrachten, die aufgrund undurchsichtiger Übergangsbestimmungen zum »Asylbeschleunigungsgesetz« und infolge behördlicher Zuständigkeitsrangeleien rechtlich völlig ungeklärt ist, und die sich in der Praxis durch eine demütigende Abhängigkeit von der jeweiligen Lagerleitung und ihren Maßnahmen auszeichnet.

So wissen zum Beispiel die Flüchtlinge im Vinckehof weder, unter welchen Bedingungen ihr Asylantrag entschieden wird, noch, was mit ihnen bis zum Abschluß des Verfahren geschehen soll. Keine offizielle Stelle hat sich bisher die Mühe gemacht, ihnen irgendetwas zu erklären. Einige werden ohne Vorankündigung in eine andere Kommune verlegt oder plötzlich zur Anhörung ihres Asylbegehrens bestellt. Viele sitzen bis zu drei Monaten im Lager, ohne daß eine Behörde von ihnen Notiz nimmt. Die Erzeugung dieses Klimas permanenter Unsicherheit hat Methode. Beabsichtigtes Ergebnis ist, die Menschen im Lager – ohnehin jeder Möglichkeit zur selbständigen Lebensorganisation beraubt – zu hilflosen Objekten einer selbstherrlich operierenden und auf Vertreibung zielenden Flüchtlingsverwaltung zu machen.

So harren denn auch nicht wenige Flüchtlinge ergeben aus oder versuchen, sich für einen Stundenlohn von 1,50 Mark zur Arbeit in der Lagerküche zu verdingen. Andere kriegen einen Lagerkoller, schlagen alles kurz und klein oder wehren sich

gegen das stundenlange Schlangestehen vor der Essensausgabe, indem sie die vorhandenen Feuerlöscher zum Einsatz bringen. Manche hängen sich, wie Gabriel C. und andere junge Männer, unter einen Zug, um unbemerkt über die nächste Grenze zu kommen.

Übrig bleiben einzelne, die sich gemeinsam mit ihren deutschen Unterstützerinnen und Unterstützern gegen das staatliche Lagerprojekt zu wehren versuchen. Sie scheitern jedoch an einem System von behördlicher Willkür und individueller Ohnmacht, von gesellschaftlicher Isolation und politischer Entrechtung, das – aktuell zur Sammlung, Verwahrung und schließlich Abschiebung von Flüchtlingen geschaffen – in der historischen Kontinuität der Konzentration, Selektion und letztlich Vernichtung von Menschen in den Lagern des deutschen Nationalsozialismus steht.

Gaby Hommel lebt in Bochum

Konkret 02/93, S. 22

Wolfgang Pohrt

Kommunismus oder Barbarei

»Ob den Linken das nun gefällt oder nicht: Sie waren früher alle Marxisten. Zumindest hat keiner gegen dies Etikett protestiert. Hätte er, würde man ihn kennen, denn er wäre aufgefallen. Heute sind die vielen Marxisten alle verschwunden. Warum wird dieser Umstand nicht als erklärungsbedürftig empfunden?«

»Aber es ist, als seien die vertriebenen Intellektuellen nicht bloß des Bürgerrechts, sondern auch des Verstandes beraubt worden. Denken, die einzige Verhaltensweise, die ihnen anstünde, ist in Mißkredit geraten. Der »jüdisch-hegelianische Jargon«, der einst aus London bis zur deutschen Linken drang und schon damals in den Brustton von Gewerkschaftsfunktionären übertragen werden mußte, gilt jetzt als vollends überspannt. Aufatmend werfen sie die unbequeme Waffe weg und kehren zum Neuhumanismus, zu Goethes Persönlichkeit, zum wahren Deutschland und anderem Kulturgut zurück. Die internationale Solidarität habe versagt. Weil die Weltrevolution nicht eintrat, seien die theoretischen Gedanken nichts wert, nach denen sie als Rettung aus der Barbarei erschien. Jetzt, da es wirklich so gekommen ist, da Harmonie und Progressionsmöglichkeit der kapitalistischen Gesellschaft sich als die Illusion entlarven, die die Kritik der freien Marktwirtschaft seit je denunzierte, da trotz und wegen des technischen Fortschritts die Krise, wie vorausgesagt, permanent geworden ist und die Nachfahren der freien Unternehmer ihre Stellung nur durch Abschaffung der bürgerlichen Freiheit behaupten können, jetzt preisen die literarischen Gegner der totalitären Gesellschaft den Zustand, dem sie ihr Dasein verdankt, und verleugnen die Theorie, die sein Geheimnis aussprach, als es noch Zeit war. Daß die Emigranten der Welt, die den Faschismus aus sich erzeugt, gerade dort den Spiegel vorhalten, wo sie ihnen noch Asyl gewährt, kann niemand verlangen. Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Die englischen Gastfreunde von heute machen bessere Erfahrungen als Friedrich mit dem Lästermaul Voltaire. Mag das Loblied, das die Intellektuellen auf den Liberalismus anstimmen, oft schon zu spät kommen, da die Länder rascher in totalitäre sich umwandeln, als die Bücher Verleger finden, sie geben die Hoffnung nicht auf, daß irgendwo die Reformierung des westlichen Kapitalismus glimpflicher sich abspielt als die des deutschen und gut empfohlene Freunde doch noch eine Zukunft haben. Aber die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat. Wie alte Leute zuweilen so böse werden, wie sie im Grunde immer waren, nimmt die Klassenherrschaft am Ende der Epoche die Form der Volksgemeinschaft an. Der Mythos der Interessenharmonie hat die Theorie zerstört; sie hat den liberalistischen Wirtschaftsprozeß als Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen vermittels freier Verträge dargestellt, die durch die Ungleichheit des Eigentums erzwungen werden. Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft, die von der Theorie von Anfang an getroffen war. Er fixiert die extremen Unterschiede, die das Wertgesetz am Ende reproduzierte.«
Max Horkheimer: Die Juden und Europa, 1939

Zur eigenen politischen Biographie verhalten die hiesigen Intellektuellen sich neuerdings wieder mal, als stünden sie schon um Papiere an, wobei im Unterschied zu 1939 nur unklar ist, ob sie sich für ein US-Dauervisum oder für ein Amt im großdeutschen Staat bewerben. Vorbeugend sorgen sie sich rückwirkend und hoffentlich vergebens um ihre Zukunft in der veränderten Welt. Zwar ist es so, daß Marx, Horkheimer, Adorno, Fanon seit Jahren in den Regalen verstauben und eigentlich niemand Sehnsucht zeigt nach der revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft. Nichtsdestotrotz fordern lauter mustergültig Resozialisierte einander reihum dazu auf, von den verhängnisvollen alten Irrtümern abzulassen. Durch ihr Verhalten bestätigen sie freilich erst die verpönte Theorie, welche sie durch die Praxis dementierten, als sie sich noch zu ihr bekannten. Sie liefern den lebenden Beweis für die platteste Version der These, wonach das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt. Die neue Geistigkeit, die altes Bildungsgeschwätz recycelt und langsam aber sicher völkisch wird, weil sie vom Klassenkampf ums Mehrprodukt nichts wissen will, seit die Eliten aller Länder sich gegen die Masse der Bevölkerung in räuberischer Absicht verschworen haben, ist materialistischer Determinismus auf eine fast schon lachhaft offensichtliche Weise.

Wenn jeder jeden mahnt, zu unterlassen, was keiner tut oder künftig tun will, heißt der Appell, daß die Vergangenheit frisiert werden soll. Es reicht den vormals Linksradikalen nicht, daß sie mit dem Alter wurden, was sie sind; sie wollen kraft Einsicht und freiem Entschluß geworden oder noch besser schon immer gewesen sein, was gesellschaftlicher Druck und eigene Nachgiebigkeit aus ihnen machten. Gemeinsam mit dem früheren Gegner feiern sie ihre eigene politische und moralische Niederlage als strahlenden Sieg der Vernunft. Wenigstens auf seine Schlauheit will man sich was einbilden können, wenn man schon sonst zur Selbstachtung keinen Grund mehr sieht. Deshalb legen die Konformisten Wert darauf, als Ketzer zu erscheinen. Je lauter einer mit den Wölfen heult, desto lieber mag er sich dabei als Tabubrecher und Querdenker bewundern. Je älter das Rezept, desto penetranter spielt sich sein Anpreiser als Neuerer auf.

Als hätten ergrünte Linke nicht immer schon vom Ausverkauf ihrer Überzeugungen und Prinzipien gelebt, rät etwa Vordenker Hubert Kleinert seinen Parteifreunden nun zur Hergabe von Dingen, die sie längst nicht mehr besitzen. »Gesinnungspazifismus und Menschenrechtsuniversalismus, die basisdemokratischen Illusionen wie die Selbstverwirklichungsimpulse sollen dabei ebenso auf der Strecke bleiben wie jene ›schlechten Achtundsechziger-Traditionen namens Rechthaberei und Dogmatismus‹«, faßt die »FAZ« (1.12.92) Kleinerts Empfehlungen zusammen. Nachträglich deklarieren sie den Opportunismus zum Programm. Der zukunftsweisende Sinn des Tricks besteht darin, das Mitläufertum in Gesinnungstäterschaft zu verwandeln, weil der neue Staat Leute braucht, die zum Jagen keiner tragen muß. Das Ziel ist erreicht, wenn im »Spiegel« (1/93) ein Frankfurter Soziologieprofessor beweisen darf, daß in den linken Intellektuellen Talente schlummern, neben welchen das von Schönhuber verblaßt. Der Volksfreund auf dem Lehrstuhl zeigt Verständnis für den Zonenmob, der sich angeblich die Multikulti-Moral der BRD nicht aufdrängen lassen wolle:

Gegen diese moralische Fremdbestimmung wehren sich die jugendlichen Gewalttäter stellvertretend für das Volk. Die eigentlichen Adressaten des Protests sind weit weg, in Bonn. Der Westen selbst, in seiner Dünkelhaftigkeit, ist nicht greifbar und ansprechbar. So ziehen die Enttäuschten dorthin, wo er seinen Geßlerhut aufgepflanzt hat, Symbol seiner Fremdherrschaft: ein Asylbewerberheim... Pragmatische Maßnahmen allein helfen jetzt wohl nicht mehr. Gefordert sind symbolische Akte. Solidarität mit den Bedrohten und Zusammenstehen gegen die Gewalt ist das eine. Änderung des Grundgesetzes und bedingte Schließung der Grenzen das andere. Das Volk sieht darin auch eine Anerkennung seiner selbst. Auf dieser Grundlage kann man über Einwanderung reden. Vielleicht muß dazu erst eine Generation von Politikern und Intellektuellen heranwachsen, die das eigene Volk unverkrampft annimmt, anstatt es auf immer anderen Altären des Nationalismus und des Sozialismus, des Multikulturalismus und des Universalismus zu opfern.

Daß er im »Spiegel« nur wiederkäut, was seine Bremer Standesgenossin Sibylle Tönnies am 23.12.92 in der »FAZ« ausgespuckt hatte – den erklärten Willen der Elite zur Verbrüderung mit dem Mob im Namen der völkischen Einheit – hindert den Kathederfaschisten nicht daran, als Einzelgänger zu posieren. Das Phänomen einer Masse ohne deren äußeres Erscheinungsbild stellt sich unter Intellektuellen dergestalt her, daß zahllose Autisten simultan von sich selber sagen: Ich bin der einsame Rufer in der Wüste, ein unabhängiger Geist mit Mut zur eigenen Meinung. Die hämmert man sich um so brutaler ein, je schwerer sie den Verstand beleidigt. Nur fünfmal oder fünfzigmal etwa von der Zivilgesellschaft statt vom Spätkapitalismus zu sprechen, genügt den Umschülern nicht, wenn sie beflissen die neuen Vokabeln pauken, durch deren Gebrauch die Anpassungswilligen öffentlich ihre Wendigkeit bekunden. Fünfhundertmal aufsagen müssen die Kandidaten ihren Spruch, denn das Prinzip der Propaganda wie der Autosuggestion ist die unermüdliche Wiederholung.

Absurde, an Orwells Brave New World erinnernde Züge nehmen die Bemühungen der Neusprech übenden Intellektuellen an, weil sie ihre Vergangenheit umarbeiten. Sie eliminieren jenen Teil, der aus den Erinnerungen vom Alltag aufgeriebener und desillusionierter Leute an jene kurze Zeit bestand, in der sie die Kraft hatten, zu wollen und zu wünschen. Man nahm es früher dankbar hin, einmal revolutionäre Ideen besessen zu haben, und tröstete sich über den Verlust hinweg mit der Ausrede, es habe kein Herz, wer mit 20 nicht Kommunist war, und keinen Verstand, wer mit 40 immer noch einer ist. Die Lüge half, die Resignation ohne Verbitterung zu ertragen.

Mit solcher Toleranz ist es vorbei, weil der Gesellschaftszustand keine Sentimentalitäten duldet. Als Idol für die Jugend der gebildeten und der begüterten Stände mochte der Kommunismus im Westen durchgehen, solange es noch den Ostblock gab. Seit dessen Zusammenbruch aber ist der Kommunismus keine romantische Sehnsucht mehr, die ihre Schönheit verlöre, wenn sie in Erfüllung ginge. Er ist, wie die Gegenprobe zeigt, erwiesenermaßen die einzige realistische Alternative zur totalen Barbarei. Daß er zugleich die unwahrscheinlichste Alternative ist, widerspricht dieser Behauptung nicht. In einer Wüste zufällig Wasser zu finden ist schier aussichtlos, trotzdem hat der Umherirrende keine andere Chance.

Nur Geisteskranke werden über solche Gewißheit vorbehaltlos jubeln können. Von Abenteuern in fernen, fremden Ländern zu träumen, die man nach menschlichem Ermessen nie bereisen wird, ist *ein* Gefühl. Ein völlig anderes ist es, wenn man plötzlich vor der Abreise steht. In diesem Moment aufzugeben kann richtig sein, wenn die realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten dazu zwingt. Doch brauchen Intellektuelle weder Helden oder Kämpfer zu sein, wofür auch immer, noch physische Tapferkeit vor dem Feind zu beweisen. Die einzige Art Mut, die man von ihnen verlangen kann, besteht darin, die Wahrheit zu denken und zu sagen, wenn damit keine unmittelbaren Gefahren für Leib und Leben verbunden sind. Die simple und offenkundige Wahrheit heute ist, daß selbst der von kapitalistischer Bedrohung und deutscher Verwüstung entstellte Kommunismus im Ostblock ein Segen war und sein Zusammenbruch eine Katastrophe.

Wenn diese Wahrheit von den Intellektuellen geleugnet wird, ohne daß sie dabei unter Zwang stünden, so mag dies auch damit zusammenhängen, daß jene, die Anfang der 70er Jahre vom Sozialismus beigeistert waren, mittlerweile in einem Alter sind, wo das bürgerliche Subjekt – und dessen spätkapitalistischer Abklatsch erst recht – in einem mentalen Formtief steckt. Wie es sich äußert und woher es stammt, haben Adorno und Horkheimer erforscht und den Normalfall in der »Dialektik der Aufklärung« beschrieben, unter dem Titel »Gezeichnet«:

Im Alter von 40 bis 50 Jahren pflegen Menschen eine seltsame Erfahrung zu machen. Sie entdecken, daß die meisten derer, mit denen sie aufgewachsen sind und Kontakt behielten, Störungen der Gewohnheiten und des Bewußtseins zeigen. Einer läßt in der Arbeit so nach, daß sein Geschäft verkommt, einer zerstört seine Ehe, ohne daßdie Schuld bei der Frau läge, einer begehtUnterschlagungen. Aber auch die, bei de-nen einschneidende Ereignisse nicht eintreten, tragen Anzeichen von Dekomposition. Die Unterhaltung mit ihnen wird schal, bramarbasierend, faselig. Während der Alternde früher auch von den anderen geistigen Elan empfing, erfährt er sich jetzt als den einzigen fast, der freiwillig ein sachliches Interesse zeigt.

Zu Beginn ist er geneigt, die Entwicklung seiner Altersgenossen als widrigen Zufall anzusehen. Gerade sie haben sich zum Schlechten verändert. Vielleicht liegt es an der Generation und ihrem besonderen äußeren Schicksal. Schließlich entdeckt er, daß die Erfahrung ihm vertraut ist, nur aus einem anderen Aspekt: dem der Jugend gegenüber den Erwachsenen. War er damals nicht überzeugt, daß bei diesem und jenem Lehrer, den Onkeln und Tanten, Freunden der Eltern, später bei den Professoren der Universität oder dem Chef des Lehrlings etwas nicht stimmte? Sei es, daß sie einen lächerlichen verrückten Zug aufwiesen, sei es, daß ihre Gegenwart besonders öde, lästig, enttäuschend war.

Damals machte er sich keine Gedanken, nahm die Inferiorität der Erwachsenen einfach als Naturtatsache hin. Jetzt wird ihm bestätigt: unter den gegebenen Verhältnissen führt der Vollzug der bloßen Existenz bei Erhaltung einzelner Fertigkeiten, technischer oder intellektueller, schon im Mannesalter zum Kretinismus. Auch die Weltmännischen sind nicht ausgenommen. Es ist, als ob die Menschen zur Strafe dafür, daß sie die Hoffnungen ihrer Jugend verraten und sich in der Welt einleben, mit frühzeitigem Verfall geschlagen würden.

Machtlosigkeit gegen den normalen Verfall aber ist kein Freibrief dafür, ihn eigens zu forcieren, indem man den Verrat vorsätzlich begeht. Vor einem Jahr etwa hat Hermann L. Gremliza in einem Interview erläutert, warum der Zusammenbruch der Sowjetunion der falsche Anlaß und der falsche Zeitpunkt für gestandene Männer im Westen ist, ihrer Jugendliebe zum Kommunismus zu entsagen. Sinngemäß: Der Kommunismus, als er noch an der Macht war, hat es den Linken leicht gemacht, ihre Meinung radikal zu überdenken und zu ändern. Anlaß zum Übertritt in die CSU gab es oft genug: Überfall auf die Tschechoslowakei, Archipel Gulag etc. Wer aber damals nicht konvertierte, soll sich heute nicht mit neuen Einsichten melden. Selbst wenn sie echt sind, bedeuten sie nichts, denn sie entbinden keinen davon, die Konsequenzen früherer Irrtümer zu tragen. Fällt ihm nach der Entmachtung des Kommunismus erst auf, daß er dessen Grundsätze idiotisch fand, muß er die Kröte schlucken. Nur solange sie bei Kräften sind, kann man sich von Überzeugungen, Personen, Gruppen trennen. Sind die Eltern im Altersheim, ist der Zeitpunkt für die Emanzipation von ihnen verpaßt. So hat amüsanterweise der unerwartet schnelle Zusammenbruch des Ostblocks im Westen manchen Bund fürs Leben geknüpft. Da strampeln die Linken sich wie die Wilden ab, um vom Kommunismus loszukommen, und führen sich dabei wie die alten Kommunisten auf, denen von oben mal wieder ein Richtungswechsel verordnet wurde. Am Ende sehen sie wie Joschka Fischer aus, dessen Physiognomie die vielen Metamorphosen nicht vertrug.

Kaum weniger gruselig als Fischer im Fernsehen freilich ist die Vorstellung, es liefen irgendwann alle, die es damals taten, wieder im Che Guevara-Look herum, und sie riefen dabei die alten Parolen: eine Gespensterparade, ähnlich der, zu welcher die Königstreuen und die Frommen neuerdings im Ostblock aufmarschieren. In welchem Gefrierfach, fragt man sich, haben diese lebenden Mumien die letzten 40 oder 70 Jahre gesteckt, und wer hat sie dann alle auf einmal wieder aufgetaut. Zur gleichen Frage könnte einmal Anlaß geben, wer Gremlizas Überlegung als Verhaltensrezept nimmt: Da bleiben welche 20 Jahre dem Kommunismus treu und tapern vielleicht irgendwann wieder über den Roten Platz und krächzen mit greiser Stimme die Internationale.

Fürs Festhalten an den alten Überzeugungen sich zu entscheiden bedeutet heute ferner, daß man sich einer Situation aussetzt, wie sie Hannah Arendt aus der NS-Zeit beschreibt:

Gewiß war es nicht leicht, dem Druck eines Alltagslebens standzuhalten, das von den Doktrinen und den Praktiken der Nazis völlig durchdrungen war. Die Situation eines Nazigegners ähnelte dem Schicksal eines normalen Menschen, der zufällig in eine Nervenheilanstalt gesteckt wird, in der alle Insassen an ein und derselben Wahnvorstellung leiden: Unter solchen Umständen wird es schwierig, seinen eigenen Sinnen noch zu trauen. Und es bestand die dauernde Belastung, sich gemäß den Regeln der kranken Umgebung verhalten zu müssen, die schließlich die einzig greifbare Realität war, in welcher es sich ein Mensch niemals leisten durfte, den Orientierungssinn zu verlieren. Diese Situation verlangte ein hellwaches Bewußtsein der gesamten eigenen Existenz, eine Aufmerksamkeit, die niemals in die automatischen Reaktionen zurückfallen durfte, mit denen wir den Alltag meistern. Daß solche automatischen Reaktionen ausbleiben, rührt hauptsächlich von der Angst vor einer falschen Anpassung her.

Ein klarer Fall also, wie es scheint. Nur ist die Situation des einzigen Normalen unter tausend Irren äußerlich von der des einzigen Irren unter tausend Normalen nicht zu unterscheiden. Vom Naturell her ist der Nazigegner den schrulligen Käuzen verwandt, die unbeirrt von der Gegenwart 40 Jahre lang Royalisten blieben. Der Unterschied ist nur, daß die Nazigegner recht hatten. Der Klärung der Frage, wer heute recht hat, sollen die folgenden Fragmente dienen.

Die Linke und der Ostblock

Die Linke, schrieb SPD-Funktionär Peter Glotz in der »FAZ« (20.11.92), müsse »ihre psychischen Hemmungen gegenüber Wirtschaftsindividualismus, Handelsgeist und der Figur des Unternehmers überwinden«. Forscher, kühner sollten die Genossen sein, aber nicht im Kampf gegen den Klassenfeind. Mehr Temperament sollten sie vielmehr bei der Umarmung des Gegners zeigen, denn: »1989 wurde die These, eine Kollektivwirtschaft sei der kapitalistischen ökonomisch überlegen, endgültig widerlegt.«

Da möchte einer mit der Zeit gehen. Aber die ist ihm voraus, und er kommt zu spät. Während Glotz Kohls Vertrauen in die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft zur Nachahmung empfiehlt, fängt Kohl gerade an, sich für den Staatsinterventionismus zu erwärmen. Während der Sozialdemokrat mit dem Eifer des Frischbekehrten das Kapital als ökonomischen Weltmeister aller Klassen rühmt, meint ein Kapitalist wie der Bahn-Chef Heinz Dürr zur Lage in den neuen Bundesländern: »Die Marktwirtschaft hilft uns hier kurzfristig nicht mehr weiter.« (»Stuttgarter Zeitung«, 4.12.92). Die »Zeit« (5.12.92) titelt: »Das Vertrauen in den Markt verblaßt.« Und während im Feuilleton der »FAZ« unter der Rubrik »What's left?« am 3.12.92 ein Altlinker meinte: »Die europäische Linke hat sich längst mit dem Kapitalismus versöhnt«, waren im Wirtschaftsteil des Blattes am 28.11.92 schon Zweifel angemeldet worden, ob der Kapitalismus in Rußland funktionieren werde:

Doch die Erwartungen wurden enttäuscht: die Produktion wurde nicht angekurbelt, sondern fiel in wachsendem Tempo, der Rubel trieb in die Hyperinflation, Löhne und Renten fielen immer weiter hinter den Preisgalopp zurück. Dringend nötige Investitionen blieben aus, weil die Bedingungen dafür nicht geklärt sind. Sehr hohe Einkommens- und Mehrwertsteuern führten zu einer gigantischen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung. Wirtschaftskriminalität, Verbrechen und Korruption bis in die höchsten Etagen der Macht hinauf stiegen sprunghaft. Viele Betriebe, vor allem in der Industrie, stehen still. Es droht eine Massenarbeitslosigkeit. Immer breitere Kreise der Bevölkerung versinken in Armut und Elend.

Tatsache ist, daß seit dem Zusammenbruch des Sowjetregimes sämtliche Produktionsziffern ständig sinken. Bald dürften in der GUS Verhältnisse herrschen wie in den ärmeren Ländern der Dritten Welt. Deren Elend hat bestimmt nicht der Sozialismus verschuldet, weil es dort keinen gab. Es ist Produkt der gleichen kapitalistischen Entwicklung, der wenige Länder ihren großen Reichtum verdanken. Wenn diese wenigen reichen Länder sagen, der Kapitalismus habe ihnen Vorteile gebracht, ist das ebenso richtig wie trivial. Wenn sie deshalb aber den Kapitalismus zum überlegenen ökonomischen Modell erklären, kann ein Räuber auch behaupten, daß sein Beruf der einträglichste sei. Für ihn selber ist er das, für die ausgeraubten Opfer sicher nicht.

Eine ähnliche Position wie Glotz vertritt Enzensberger. Mit Weizsäcker, als dessen »persönlicher Gast«, auf Staatsbesuch in Mexiko, äußerte er sich über die Lage in Südamerika und wurde in der »FAZ« (26.11.1992) mit der Feststellung zitiert, das kubanische Experiment sei »politisch und wirtschaftlich gescheitert« – eine Formulierung, die man unter Linken häufig hört.

Richtig ist zwar, daß man heute dem südamerikanischen Elend eine lange Lebensdauer voraussagen kann und dem gelungenen kubanischen Versuch, es zu beheben, eine kurze. Aber wenn jemand an einem Buch schreibt, und er wird dabei umgebracht, ist er kein gescheiterter Autor, sondern ein ermordeter. Scheitern bedeutet, aus eigener Schuld eine Leistung nicht erbringen zu können, die man sich vorgenommen hat oder die von einem erwartet werden darf. Weder hat Kuba allein gegen die USA und den Rest der Welt bestehen wollen, noch kann man dies von ihm verlangen.

Dennoch war einmal die Behauptung richtig, daß die kubanische Revolution gescheitert sei. Wie das sowjetische ist das kubanische Regime gescheitert, wenn man es an seinen revolutionären Ansprüchen mißt. Zweifellos war der autoritäre Wohlfahrtsstaat kein »Verein freier Menschen«, zweifellos konnte dort von einem »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« keine Rede sein. Solche linksradikale Kritik aber setzt eben den Anspruch voraus, dessen Berechtigung Enzensberger bestreitet.

Gibt man die Idee des Sozialismus auf, kann man Kuba auch nicht an ihr messen, und verzichtet man auf diesen Maßstab, sieht die Bilanz ganz anders aus. Dann bleibt lediglich die Frage, ob ein Regime eine dauerhafte Gesellschaftsordnung herstellen und diese den Menschen ein erträgliches Leben ermöglichen kann. Daran gemessen sind Christentum, Kapitalismus und Demokratie von Chile und Peru über Kolumbien bis Mexiko katastrophal gescheitert. Daran gemessen ist das »kubanische Experiment« ökonomisch und politisch ein beispielloser Erfolg. In Kuba erreicht die Lebenserwartung das gleiche Niveau wie in den reichen westlichen Ländern, im übrigen Lateinamerika beträgt sie rund die Hälfte. Die Menschen sind arm, aber sie haben ein Dach über dem Kopf und zu essen.

Gerade die Undogmatischen, die stets betonen, daß keine abstrakte Idee das Leiden konkreter Menschen rechtfertigen kann, müßten dies zu würdigen wissen. Enzensberger aber argumentiert, wie wenn ihm egal wäre, ob die Menschen krepieren oder nicht. Der flexible Freigeist entpuppt sich als Dogmatiker von der unerbittlichsten Sorte, darin den übelsten Stalinisten verwandt. Seine Kritik an Kuba faßt die »FAZ« zusammen: »Viele Intellektuelle hätten im übrigen immer nur

›die Oberfläche‹ gesehen: So hätten sie zwar das für Lateinamerika beispielhafte Schulwesen gelobt, sich dann aber nicht mehr gefragt, was das Regime seinen Bürgern denn an Lektüre ›gestatte‹. Gedankenfreiheit habe das kommunistische Regime niemals zugelassen.«

Angesichts des materiellen Elends der Massen im übrigen Südamerika wirft Enzensberger also Kuba vor, daß es die Lesewünsche der Intellektuellen nicht hinreichend befriedigen wolle. Wenn das die Alternative zum herkömmlichen Materialismus ist, was unterscheidet diese Alternative dann vom Kretinismus?

Sicher ist Enzensberger hier ein extremer Fall. Gegen die kommunistischen Regimes lassen sich Vorwürfe erheben, die berechtigt sind. Warum aber fälschen die Linken, wenn sie Systemvergleiche ziehen, heute immer die Bilanzen? Warum stellen sie, obwohl sie es besser wußten, dem Sowjetregime die Opfer des Stalinismus in Rechnung, ohne dem Kapitalismus und der Demokratie in Rechnung zu stellen, was beide an Opfern seit dem 18. Jahrhundert gefordert haben: unter den Arbeitern, die in der Fabrik und im Bergwerk verkamen; unter den Arbeitslosen, die am Elend starben; unter den Revolutionären, die massenhaft umgebracht, inhaftiert und deportiert worden sind; unter den Kolonialvölkern, die ausgebeutet, beraubt, versklavt und massakriert wurden; in zwei Weltkriegen und im deutschen Faschismus schließlich? Warum wird der deutsche Faschismus weder dem Kapital noch der Demokratie zugerechnet, wohl aber der stalinistische Terror dem Sozialismus?

Welchen Sinn soll man überhaupt in den Reaktionen der Linken erkennen? Auf den Zusammenbruch von DDR und Ostblock haben sie mit Empörung reagiert. Doch nicht über den in der Tat empörend schwachen Abgang der Regimes regten sie sich auf. Was sie entsetzte, waren die Enthüllungen über frühere Untaten, davon hätten sie angeblich nichts gewußt. Dabei wurde nichts enthüllt, was nicht jeder vorher wissen konnte. Neu waren nur die Harmlosigkeit der Ostblockregimes und ihre Schwäche. Alle akute Empörung im Westen muß also der Enttäuschung darüber entsprungen sein, daß der Bösewicht die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllte: daß der Geheimdienst ein Haufen Narren war und die bespitzelte Gesellschaft mit den Spitzeln zusammen eine einzige große Familie; daß statt des Funktionärsluxus die Ärmlichkeit von Wandlitz zum Vorschein kam; daß der terroristische Staatsapparat sich als einer entpuppte, der vor Kerzenhaltern floh. Noske (»der Bluthund«) und Ebert haben in Deutschland auch beim politischen Gegner einen guten Ruf. Honecker wird von allen verfolgt oder verachtet. Was ihn von Ebert und Noske unterscheidet, ist, daß an ihren Hände eine Menge Blut klebt, aber an seinen keines.

Die Linke und die Kritik

Ganz gleich, ob es um Stasi, Honecker, DDR allgemein, Jugoslawien oder den Untergang der Sowjetunion geht: Der Standpunkt gemäßigter »FAZ«-Kommentatoren unterscheidet sich von dem der Ex-Linken allenfalls um Nuancen oder in der Begründung.

In der Asylfrage etwa sind die besonnenen Pragmatiker aller Richtungen sich einig, daß der ungeregelte Zustrom aufhören und durch eine Einwanderungsregelung ersetzt werden müsse. Der ganze Asylstreit sei, wie er geführt werde, deshalb ein Streit um Kaisers Bart. Die »FAZ« vom 9.12.92: »Auch die Asyldebatte wurde auf beiden Seiten als realitätsblinder Gesinnungskampf geführt.« Habermas polemisiert in der »Zeit« vom 11.12.92 gegen die »FAZ« und schreibt: »Die Rede vom ›Mißbrauch‹ des Asylrechts verschleiert den Umstand, daß wir eine Einwanderungspolitik brauchen, die für Immigranten andere rechtliche Optionen öffnet.« Die »FAZ« vom 11.12.92 verteidigt sich gegen Habermas mit der (zutreffenden) Behauptung, »daß sie (die »FAZ«) immer wieder daran erinnert hat, daß der deutsche Asylstreit eine Art von Realitätsflucht ist angesichts globaler Migration«, und daß in dieser Zeitung oft genug zu lesen war, »daß es eigentlich um Einwanderung gehe«. In der »FAZ« vom 28.12.92 wiederum bildet sich Böll-Preisträger Hans Joachim Schädlich viel auf seine vermeintliche Verwegenheit ein, wenn er ins gleiche Horn tutet: »Anstatt allseits über die Möglichkeiten zur Einschränkung des Asylrechts zu reden, hätte vielleicht der Mut zu der unpopulären Aussage aufgebracht werden müssen, daß Deutschland längst ein Einwanderungsland ist und demzufolge eine Einwanderungsgesetzgebung mit klarer Quotenregelung braucht, damit Einwanderungswillige nicht den schmalen Weg über das Asylrecht gehen müssen und als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert werden dürfen, die das Asylrecht mißbrauchten.«

Keinem dieser pedantischen Erbsenzähler fällt ein, daß es absurd sein könnte, mit dem wichtigtuerischen Gehabe des Verantwortungsträgers den Oberlagerverwalter spielen zu wollen, weil man zu Einwanderungsregelungen und Zuzugsbegrenzungsklauseln und Asylrechtsbestimmungen nur eine vernünftige Haltung einnehmen kann: die von Harpo mit dem Visums-Stempel auf der Glatze des Grenzbeamten in der Schlußszene von »Die Marx Brothers auf See«. Also wer kommen will, soll kommen.

Eine Folge solcher Anpassungsleistungen ist, daß die Ex-Linken langweilig, banal und überflüssig werden. Auf eine andere hat neulich Alexander Gauland hingewiesen, in der »FAZ« vom 16.11.92. In seiner Rezension von Joschka Fischers neuem Buch »Die Linke nach dem Sozialismus« gab er zu bedenken: »Als die Erinnerungen Albert Speers erschienen, wurde in vielen Rezensionen die Frage gestellt, ob späte Reue und Einsicht nicht besser im stillen geübt werden sollten.« Hat der

Mann nicht recht? Angenommen, es wäre wirklich alles falsch, was die linken Intellektuellen gedacht hatten: Sollten sie dann von der berufsmäßigen Denkerei nicht besser die Finger lassen?

Gegen diesen Vorwurf wird eingewandt, daß der Mensch ein Recht auf Irrtum und bessere Einsicht habe. Natürlich hat er das. Aber die Einsicht entbindet ihn nicht davon, die Konsequenzen begangener Irrtümer oder Fehler tragen zu müssen. Wenn ein Schrankenwärter die Schranke zu schließen vergaß, muß er einsehen, daß er schusselig ist. Daß er sich dann einen anderen Beruf sucht, ist das mindeste, was man von ihm erwarten darf.

Mittlerweile geht der Revisionismus der Ex-Linken, ihre »Schlußstrichmentalität«, vielen Rechten zu weit. Die haben keine Lust, ihr Plätzchen mit frischbekehrten Neuankömmlingen zu teilen. Gauland weiter in seiner Fischer-Rezension:

An dem neuen Buch von Joschka Fischer ärgert mich am meisten, daß ich fast mit jedem Satz übereinstimme. Es ist richtig, daß der Sozialismus ein großer Irrtum war und in der früheren Sowjetunion ein riesiges Beinhaus hinterlassen hat... Es ist ebenfalls richtig, daß der Ursprung all dessen schon in der Marxschen Theorie liegt, die fast zwangsläufig Geheimpolizei und Terror hervorbringen mußte. Es ist auch richtig, daß Rußland ohne dieses fürchterliche Experiment heute wahrscheinlich ein entwickeltes Industrieland wäre. Und natürlich hat Joschka Fischer recht, wenn er feststellt, daß das kapitalistische Modell dem sozialistischen überlegen ist... Und natürlich kann man sich mit dem Schlußzitat von Manès Sperber identifizieren, daß es künftig notwendig sein wird, ›außerhalb des Absoluten und gegen das Absolute zu leben‹. Fischer gibt in seinem Buch allen recht, die die Säulenheiligen der Linken kritisiert haben. Er stimmt Kant gegen Hegel zu, verteidigt Bernstein gegen Marx, beruft sich auf Sperber gegen Lenin, gibt Fest gegen Bloch und Habermas recht und ebenso Bell und Jonas gegen Johano Strasser... Bleibt die Frage, weshalb plötzlich als neue Einsicht verkündet wird, was wir ›Rechten‹ schon immer wußten... Was sollen wir eigentlich von der Urteilsfähigkeit eines Politikers halten, dessen bisherige Analysen alle falsch waren und der dem verdutzten Publikum nunmehr die Positionen des politischen Gegners als neueste Einsichten anpreist?

Muß die gleiche Frage sich nicht die gesamte vom Marxismus geheilte Linke gefallen lassen?

Die Linke und der Marxismus

Ob den Linken das heute gefällt oder nicht: Sie waren früher alle Marxisten. Zumindest hat keiner gegen dies Etikett protestiert. Hätte er, würde man ihn kennen, denn er wäre aufgefallen. Also gab es nur Überzeugte und Mitläufer. Mitläufer ist man, wenn man unter Bedingungen schweigt, wo Schweigen Zustimmung bedeutet. Schweigen bedeutet Zustimmung dann, wenn politisch Nahestehende laut und vehement eine Meinung vertreten. Heute sind die vielen Marxisten alle verschwunden.

Erinnert ihr ungeklärter Verbleib nicht an diverse andere Wunder? Als die Alliierten Nazi-Deutschland erobert hatten, fanden sie dort nur Demokraten vor. Als der Staat gegen die RAF mobil machte, hatten die Befürworter revolutionärer Militanz sich in Gegner jedweder Anwendung von Gewalt verwandelt.

Als es nur Marxisten gab, unterschied man zwischen schlechten Marxisten und guten. Die schlechten waren die anderen: dogmatisch, dumm, autoritär. Sie hingen am Gängelband der KPdSU oder der DKP. Die guten standen in der Tradition von Bloch, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Trotzki, Rosa Luxemburg. Sie fühlten sich einsam, schutzlos und verlassen, denn sie besaßen auf dieser Welt außer ihren Büchern keinen Freund und statt eines großen Feindes zwei. Feind Nr. 1 war das Kapital im Westen, Feind Nr. 2 waren die spätstalinistischen Machthaber im Osten.

Oder trug der Intellektuelle, der den tragischen Helden spielte, den Hauptfeind in der eigenen Brust? War es der Zweifel des Zauderers bei der Pferdewette? Die Ungewißheit, welcher Gaul gewinnt? Auf welchen Herrn man setzen sollte? Welcher der beiden Herren der mächtigere war?

Die verabscheuten Machthaber im Osten sind weg. Schön für den besseren Marxismus, sollte man denken. Jetzt kann er richtig loslegen und seine ganze Energie auf die Kritik des Kapitals konzentrieren. Aber keine Spur davon. Mit den schlechten Marxisten sind auch die guten verschwunden. Alle verzichten darauf, Marxsche Begriffe überhaupt noch zu verwenden. Man nimmt sie nichtmal mehr in den Mund. Worte wie Ausbeutung, Mehrwert, Klassenkampf, Revolution, Imperialismus, entfremdete Arbeit, Kapital empfindet man fast als peinlich. Warum wird dieser Umstand nicht als erklärungsbedürftig empfunden?

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 11/92 über Multikultur und Rassenkunde

Konkret 02/93, S. 27

Boris Gröndahl

Living next door to Alice

Das deutsche Magazin »von Frauen für Menschen« hat jetzt selbst einen Nebenwiderspruch entdeckt: den Rassismus

Nun also »Von Frauen für Menschen«. Es werden andere auf die Implikationen kommen, die der neue»Emma«-Untertitel in sich trägt. Die feministische Sprachpolizei wird aufmerksam genug sein, die Trennung zwischen Frauen und Menschen zu bemerken und anzuprangern. Vielleicht werden einige Spitzfindige auch bemerken, daß »Emma«, da sie mit dieser Änderung erklärtermaßen nicht die Absicht verbindet, ihre Zielgruppe zu erweitern, die logische Konsequenz billigend in Kauf nimmt, die Zugehörigkeit zur Gattung »Mensch« als etwas zu verstehen, das zu- oder abgesprochen werden kann. Bitte sehr.

Nun also Doro Pesch und Sabine Christiansen als Identifikationsfiguren. Es werden andere feststellen, wie blind »Emma« auf die PR-Strategie der Inge Meysel des deutschen Hard-Rock hereinfällt. Vielleicht werden einige auch fragen, wie es denn um die Glaubwürdigkeit des Mädels von den »Tagesthemen« bestellt sei, wo frau doch gerade erst an der Erkenntnis der »Emma«-Redaktion teilhaben durfte, »daß wir den Jungs von der Tagesschau nicht alles glauben sollten«. Bitte sehr.

Nun also neun Foto-Seiten Kesse Väter. Es werden andere fragen, ob es für eine feministische Zeitschrift nicht eher ein Thema sei, die Gründe für die »Renaissance« des KV zu erforschen, die laut »Emma« das »verwegen als Kerl auftretende Weib« inzwischen gar auf die Covers »betulicher Frauenzeitschriften« gehoben hat. Vielleicht werden einige auch zeigen, daß sie das neue »Emma«-Konzept richtig mißverstehen und sich nach der Bezugsquelle für »Annes« Slipper erkundigen.

Bitte sehr, der Ring ist frei für die gehässigen Kommentare. Wir kümmern uns hier, Franziska Becker hat es geahnt, um die wichtigen Themen.

Das Titelthema, es heißt jetzt, wie in »Brigitte«, »Dossier«, ist »Emmas« Antwort auf die neuen Nazis: »Ein (Männer)Volk«. Es verfolgt eine Linie, die »Emma« schon vor einigen Monaten vorgab, indem sie auf die rassistischen Pogrome gegen Flüchtlinge und Ausländer mit der Kampagne »Stoppt Frauenhaß« reagierte. Eine Kampagne, für die es zu jeder Zeit und an jedem Ort gute Gründe gibt. Aber nicht in Deutschland 1992. Und zwar nicht deshalb, weil es jetzt Wichtigeres gäbe. Sondern weil der Zeitpunkt der Zuspitzung dieser Kampagne zu *dem* »Emma«-Thema verrät, daß hier etwas vertuscht werden soll.

Warum die Aktion jetzt? Darum: »Der Frauenhaß ist die Mutter allen Hasses«, schreibt Alice Schwarzer. Die Mutter. Das soll nach Übel-an-der-Wurzel-Packen, nach Wesen-hinter-der-Erscheinung-Erkennen klingen. Daß Schwarzer glauben kann, dieser Trick verfange, liegt daran, daß sie selbst jahrzehntelang gegen ihn angehen mußte: Der Trick ist die alte Nummer mit Haupt- und Nebenwiderspruch.

Mit einem Unterschied: Wer die Männerherrschaft als dem Kapitalismus nachgeordnete und daher erst in zweiter Linie zu bekämpfende Form von Herrschaft bezeichnet, erkennt damit wenigstens ihre Existenz an. Wie jede Heuchelei, so ist auch diese gezwungen, sich letztlich ihr eigenes Grab zu schaufeln. »Emma« schafft es sogar, die Schippe liegen zu lassen. Wenn Frauenhaß die Wurzel allen Hasses ist, sind Frauen aus dem Schneider. »Fremdenhaß«, wie »Emma« Rassismus nennt, ist dann tatsächlich Männersache.

In ihrem eigenen Magazin kann Alice Schwarzer nachlesen, daß und warum das falsch ist. Auf Seite 10 der »Emma« 1/93 heißt es sachlich über die »feministische Anti-Europa-Fraktion« in der Schweiz: »Wenn die Grenzen aufgehen und billige Arbeitskräfte kommen, ersetzen sie vor allem die SchweizerInnen, die am unteren Ende der Lohnskala stehen – argumentieren (!) sie.« Im »Emma«-Beratungsteil für die vielbeschäftigte Karrierefrau wird die gehobene Variante für die Bürgerfrauen nachgeliefert, deren Problem schon immer hauptsächlich war, gutes Personal zu finden. Regula Venske erzählt von ihrer Suche nach einem geeigneten Kindermädchen, die sie erst zu ihrer Zufriedenheit beenden konnte, nachdem sie endlich auf diese »fabelhafte junge Afghanin« gestoßen war.

Auch Frauen sind Angehörige des Herrenvolks, auf das Alice Schwarzer seit dem Golfkrieg so stolz ist. Den Rassismus ihrer Männer teilen sie, auch wenn sie ihnen den gewalttätigen Part überlassen. Relativ gesehen, machen sie jedoch auch da Fortschritte; war die SA noch ganz ohne Frauen ausgekommen, sieht man inzwischen auch mal Skin-Bräute prügeln. Daß sie sich damit noch nicht die Sicherheit vor ihren eigenen Kameraden erkaufen, ändert daran nichts. (Daß sie einen Anspruch darauf hätten, meint allerdings Alice Schwarzer: »Wir teilen als Mutter, Schwester oder Geliebte ihr Leben. Und trotzdem trifft uns derselbe, ja sogar ein noch größerer Haß.«)

Daß Schwarzer meint, ein Recht zu haben, von Rassismus nichts mehr hören zu müssen, hat noch einen zweiten Grund: Man rege sich über »rund ein Dutzend« Pogromopfer entsetzlich auf, und gleichzeitig schweige man über »einige hundert Frauenhaß-Morde (meist Sexualmorde genannt)«. Nichts falscher als das. Die »Bild«-Zeitung erscheint, wenn sie nicht gerade den »schlimmsten Asylanten« entdeckt hat, kaum einen Tag, ohne über Sexualverbrechen zu berichten. Schwarzer weiß das, denn sie hat das Blatt anläßlich seines Vierzigsten ausdrücklich für Quantität *und Qualität* dieser Beiträge gelobt.

»Bild« bedient mit beiden Themen dasselbe Ressentiment ihrer sich von Negern, Fidschis und Triebtätern bedroht fühlenden Klientel. Kein Nazi vergißt bei der Aufzählung der Gründe für seinen bzw. ihren Ausländerhaß den, daß »die unsere Frauen vergewaltigen« bzw. »man sich nachts nicht mehr raustrauen kann«, je nach Geschlecht. Vergewaltigungen zu beklagen, ob ‘45 begangen von Angehörigen der Roten Armee an deutschen Frauen oder ‘92 von Serben in Bosnien, ist zu einem beliebten Stilmittel in der deutschnationalen Propaganda geworden. Alice Schwarzer hat mit dazu beigetragen, daß das Thema ›Vergewaltigung‹ ein Kassenschlager wurde. Sie kann nichts dafür, daß es, in den Boulevardblättern angelangt, seinen aufklärerischen Charakter verlor. In ihrer Verantwortung liegt es allerdings, daß sie und ihre »Emma« die Ambivalenz ihres Erfolgs verschweigen.

So paßt es leider nur zu gut, daß »Emma« nichts dabei findet, eine Bosnierin zu Wort kommen zu lassen, für die Vergewaltigungen erst zum Problem wurden, als »die Frauen meines Volkes« die Opfer waren. Und daß Alice Schwarzer selbst im Gespräch mit dem Chef der rechtsradikalen Rockband Böhse Onkelz, Stephan Weidner, vor Verständnis für seine rassistischen Songs schier zerfließt (»Jungs, die es schwer hatten; Jungs, die mal Scheiße gebaut haben; Jungs, denen das heute leid tut«) und wenige Seiten später das Urteil gegen einen Frauenmörder, der nun einmal tatsächlich psychisch krank ist (»die Bestie von Beelitz«, »Bild«), mit derselben Gnadenlosigkeit kommentiert wie die Boulevard-Presse (»in zehn Jahren ist er wieder frei«, »Emma«), ist leider auch kein Widerspruch. So zurechtgestutzt, ist »Emmas« Feminismus komplett anschlußfähig an die Ideologie der Frauenhasser, die zu bekämpfen er vorgibt.

»In allerletzter Zeit habe ich mich sogar dabei ertappt, Sie ausgesprochen sympathisch zu finden«, schreibt der Blockwart der Nation, Eduard »XY« Zimmermann, der nationalen deutschen Feministin zum Fünfzigsten: »Woran das genau liegt, weiß ich nicht.« Da kann ich Ihnen weiterhelfen, Herr Zimmermann.

Boris Gröndahl schrieb in KONKRET 1/93 über die Wiederentdeckung der deutschen Frage bei der IG Metall

Konkret 02/93, S. 28

Georg Fülberth

They will overcome

Sind die rassistischen Gewalttaten hierzulande Ausdruck eines besonderen Volkscharakters, Effekt staatlicher Provokationen oder Ausfluß der Kapitalbewegungen? Versuch, den Streit zwischen Hermann L. Gremliza und Harald Kuhn (s. KONKRET 12/92) zu klären

Als das Wort »Deregulierung« in die politische Diskussion eingeführt wurde, klang es technisch und harmlos: Die Liberalen und Konservativen verlangten den Abbau dessen, was sie als »Bürokratie« und »Sozialismus« bekämpften. Gemeint waren Tarifverträge, Arbeitszeitbestimmungen, Ansätze zu kleiner Umverteilung mithilfe der Steuerpolitik. Solche Vorschläge fanden bei Wahlen Anklang, denn es schien nur um Korrekturen zu gehen, nicht um einen weitgehenden Abbau dessen, worauf sich im Grunde doch alle verließen: daß sie nicht völlig ins Leere fallen würden, falls sie mal Pech hätten.

Inzwischen zeigt sich, daß mehr passiert ist. Teile der Gesellschaft wurden dem Faustrecht preisgegeben. Der Slum galt bis vor wenigen Jahren nur als eine Modernisierungs-Etappe während der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart in Entwicklungsländern, die es, so lautete die herrschende Lehre, irgendwann doch noch schaffen würden. Inzwischen ist er auch in einigen – wenngleich noch nicht allen – Metropolen wieder modern geworden, besonders deutlich wohl in den USA, die mit den Reaganomics erneut politisch und ökonomisch stilbildend wurden.

Das ist aber nur der krasseste Fall. Die Aufkündigung des schwedischen Modells hätte jenen in Osteuropa, aber auch hierzulande, die es, in Entgegensetzung zur »Kommandowirtschaft« als Ziel ihres eigenen Strebens propagiert haben, einen Lebenstraum ruiniert, hätten sie sich nicht selbst schon längst von diesem abgewandt und sich zu reinen Marktwirtschaftlern gemausert. Wo das Gesetz gilt, daß möglichst vieles käuflich zu sein hat, ist die Mafiotisierung des Wirtschaftslebens kein Verbrechen mehr, sondern nur die allzu gewissenhafte Realisierung einer Norm. Es zeigt sich, daß das Prinzip der unbedingten individuellen Durchsetzung in seiner Anwendung nicht auf einzelne Felder – den Markt, die Talkshow, den Sportplatz – begrenzt werden kann. Wer die Invisible Hand will, kommt am Ellenbogen nicht vorbei. Die neue Entfesselung des Kapitals stellt nicht nur im Osten ganze Staaten in Frage. In Italien verkündet die Lega Lombarda, die Sizilianer seien ein fremdes Volk, dessen man sich entledigen müsse, um bessere Karten in der EG zu haben.

Dies alles ist nicht Produkt einer Verschwörung, sondern ergibt sich aus der Bewegung des Kapitals. Es läßt sich nicht mehr keynesianisch-national zähmen, sondern ist zu relevanten Teilen an die internationalen Finanzmärkte ausgebrochen, von wo es allenfalls dann in die heimischen Fabriken zurückzukehren bereit ist, wenn es dort eine gleich hohe Rendite erzielt wie in der Spekulation. In den achtziger Jahren lehrten auch die Sozialdemokraten Fritz W. Scharpf und Oskar Lafontaine, dann müsse man es eben gewähren lassen. Die Konsequenzen sind allerdings unbehaglich.

Ein Kapitalismus pur – geht das überhaupt? So wird gegenwärtig wieder gefragt. Max Weber hatte schon darauf hingewiesen, daß diese Produktionsweise sich einst nicht dort durchgesetzt hat, wo Mord, Totschlag, Betrug und Raffgier grenzenlos waren, sondern da, wo sie ethisch gebändigt und religiös reglementiert wurden. Der Sozialismus stand noch, wackelte aber schon sehr, da schrieb im Sommer 1989 die Gräfin Dönhoff auf: Wie sollte die bürgerliche Gesellschaft in Zukunft denn ganz alleine mit der Umweltzerstörung, mit dem Hunger in Asien, Afrika und Lateinamerika und mit dem Drogenproblem fertig werden? Wenig später, die Mauer war bereits weg, fiel der Bundespräsident mit ein: Ganz ohne Sozialismus werde es wohl nicht gehen. Er meinte damit nicht das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, sondern wollte nur daran erinnern, daß der Egoismus nur dort erträglich sei, wo zwischendurch auch einmal Gemeinnutz vor Eigennutz geht. Der Papst, vielleicht in Sorge, sich totgesiegt zu haben, predigte gegen einen entfesselten Kapitalismus. Neuerdings haben die Millionäre Helmut Schmidt, Dönhoff, Edzard Reuter u.a. in ihrem »Manifest« bekundet, sie hätten die »Raffgesellschaft« satt. Möllemann mußte fallen, weil er einen »unsauberen« Kapitalismus verkörpert, der um so heftiger geleugnet wird, je aktueller er ist. Ludwig Erhard ermunterte einst: »Enrichez-vous!«, danach aber verlangte er, den Gürtel enger zu schnallen, das heißt: die individuelle Freßlust einer Formierten Gesellschaft einzuordnen, in der Gemeinschaftswerte, zum Beispiel der Ausbau der Infrastruktur oder auch die Hilfe für die Dritte Welt, geachtet würden. Heute ist dasselbe – nunmehr ökologisch instrumentiert oder an einem Interessenausgleich zwischen Ost- und Westdeutschland orientiert – von Kurt Biedenkopf zu hören. Die Commmunitarians in den USA blicken mit Schrecken auf verkommene Stadtteile, aufgeschlitzte Sitzbänke in den U-Bahnen sowie vagabundierende Homeless people und fordern, daß die Tugenden der einstigen puritanischen Gemeinschaften sowie nationale Besinnung hier Abhilfe schaffen.

Voraussetzung der Sittigung ist allerdings die vorangegangene Sättigung. Erst wer das Eisbein über hat, schätzt das Müsli. Die neue Entgrenzung des Kapitalismus produziert Verlierer. Diese reagieren häufig rabiat. Wer besser drauf und dran ist, hält sich zurück und fordert in schönen Formulierungen einen stärkeren Staat gegen Dealer, Schlepper und Schnorrer. So kommt es auch in feineren Quartieren zwischendurch mal zu einer Denkzettel-Stimmabgabe für Le Pen, Haider oder Schönhuber.

Ob Aggressionsabfuhr oder strategische Ablenkung: Der Fremdenhaß ist für beides geeignet. Wir finden ihn in allen sich als hochentwickelt bezeichnenden Gesellschaften. Ist dort der Verteilungsspielraum groß, bleibt er latent. Wird es eng, tritt er hervor. Dabei ist das, was als »fremd« stigmatisiert wird, von Land zu Land verschieden. Alte Kolonialgesellschaften entsorgten sich einst an ihren Peripherien. Später gab es von dort Einwanderungen, und zwischen den Agglomerationen, die dadurch im sogenannten Mutterland entstanden, und dem seßhaften Herrenvolk entstehen vielfältige Abgrenzungen und Unterschichtungen (wer fährt den Müll ab?) und Schlagabtausch – letzterer vor allem zwischen den alteinheimischen und den zugewanderten Underdogs. Der Antisemitismus hat wieder Konjunktur: nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Italien. In den USA scheint die Abneigung gegen Juden zur Integrationsideologie schwarzer Gemeinschaften geworden zu sein.

Dies alles, so zeigt sich, ist nicht ausschließlich deutsch. Allerdings ist es hier teilweise offen faschistisch, ja nationalsozialistisch konnotiert. Das ist keine Frage der Ideologie oder des Geschmacks allein, sondern es bedeutete siebzehn Tote im Jahr 1992. Völlig zu Recht, wenngleich aus den unterschiedlichsten Gründen (zu denen auch Gesichtspunkte innerimperialistischer Konkurrenz gehören mögen) wird der deutsche Rassismus vom beobachtenden Ausland mit den Jahren 1933 – 1945 in Verbindung gebracht, und dies zeitigt Wirkung bei den politischen und ökonomischen Eliten: Absatz und Investitionen und der neuerdings geachtete Platz in der kapitalistischen Völkerfamilie könnten angetastet werden. Anders als in der Schlußperiode der Weimarer Republik gehen die Industriellenverände, die großen Medien und die bürgerlichen Politiker kein strategisches Bündnis mit den Faschos ein, sondern mit den Alt-Achtundsechzigern, den Propheten der »Sanften Republik« und den Ökopaxen. Die gegenwärtige antirassistische Kampagne ist wahrscheinlich die größte Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik: Zumindest kurzfristig mobilisieren sich bei Lichterketten, »Eine Stadt sagt nein«-Aktionen und Rock gegen Rechts mehr Menschen als einst – damals allerdings über mehrere Jahre – gegen die Raketenstationierung. Die Medien fungieren als Verstärker. Dagmar Berghoff verliest nicht nur die Nachrichten, sondern grault sich auch öffentlich vor Ausländerfeindlichkeit.

Die Novellierung des Asyl-Artikels ist mittlerweile doppelt außerparlamentarisch legitimiert: –

Einmal durch die Mörder, Schläger und Brenner von Hoyerswerda, Rostock und Mölln. Ihnen müsse, so ist zu hören, durch die Eindämmung der Flüchtlingsflut die Sympathie derer entzogen werden, die ihre Ziele billigen, nicht aber ihre Mittel. –

Zweitens: Bei allen antirassistischen Demonstrationen werden Transparente getragen, auf denen die Beibehaltung des bisherigen Asyl-Artikels verlangt wird. Doch diese Parole bildet nicht den Konsens, den in der Regel die lokalen und nationalen Honoratioren – vom katholischen Geistlichen über den Oberbürgermeister bis zum Bundespräsidenten – formulieren. Auch die Prominenten-Spots im Fernsehen enthalten nicht diese Forderung. Was bleibt, ist die ganz breite Bewegung, welche dem besorgten Ausland zeigt, daß das deutsche Volk zwischen dem von ihm mißbilligten Mord an Flüchtlingen und deren von ihm mehrheitlich akzeptierten Fernhaltung zu unterscheiden wünscht. Eine Zweidrittel-Majorität des Bundestages, welche den alten Artikel 16 GG abschafft, kann sich insofern durchaus als Teil der antirassistischen Bewegung verstehen. Die Auftragsrückgänge für die deutsche Industrie aus dem Ausland dürften im übrigen eher konjunkturell (und nicht durch das Erschrecken fremder Bourgeoisien) bedingt sein. Der Unternehmer-Hinweis auf sie dient nicht so sehr dem Kampf gegen den Rassismus als dem Versuch, politische Erklärungen für die Rezession zusammenzutragen. Es fügt sich einiges mal wieder recht harmonisch zusammen. Prinzipale drohen, wer am Arbeitsplatz ausländerfeindliche Sprüche klopfe, fliege. Es soll bisher aber erst ein einziges Mal vorgekommen sein, beim Otto-Versand. Nun gibt es in der Rezession ohnehin Kündigungen en masse. Es ist recht hübsch, wenn diese nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern zwischendurch auch einmal humanistisch begründet werden können.

So fehlt der Klassenkampf nicht völlig. Der arbeitslose Jugendliche und der verunsicherte Blaumann-Träger werden als die typischen Rassisten dargestellt, denen entweder mit Härte oder mit sozialpädagogischem Zuspruch zu begegnen sei. Die Kapitalistenklasse gibt sich kosmopolitisch, während die Gewerkschaftsführungen einerseits ebenfalls gegen »Ausländerfeindlichkeit« sind, andererseits aufpassen, daß sie die Basis-Haftung nicht verlieren, wenn Youngster aus dem deutschen Teil ihrer Klientel in den ausländischen Sektor derselben hineinstechen, -prügeln und -zündeln. Deshalb haben sie keine Hegemonie in der antirassistischen Bewegung. In der »Wirtschaftswoche« aber kann nachgelesen werden, daß die »Republikaner« bei den Selbständigen zunehmend Anklang finden. Ende Februar wird ein neues Buch von Jürgen Kuczynski erscheinen. Dort wird u.a. der Gedanke formuliert, daß nicht nur die Arbeiterbewegung sich auflöst, sondern auch die Arbeiterklasse, die nur noch als sozialökonomische Kategorie (als handarbeitende, mehrwertproduzierende Funktionselite) weiterbesteht, nicht aber mehr als selbstbewußte »Klasse für sich«. In den USA gibt es das schon lange. Schichtspezifisches Arbeiterbewußtsein ist dort in hohem Maße chauvinistisch – im rassistischen und nationalistischen Sinn – geprägt. Der Universalismus findet sich eher in der Middle class, er ist aber zugleich imperialistisch.

Für den Frieden, gegen den Haß, gegen Extremismus von rechts und links – auch das gehört zur Konstituierung der deutschen Nation neuen Typs. Dieses System beweist eine hohe Selbststeuerungs-Fähigkeit: wieder ein Beispiel für kapitalistische Vergesellschaftung.

Sie werden es wohl schaffen, they will overcome. Das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« verbreitet schon anleitende Berichte über Gastwirte, welche die Musicbox ausschalten und den Ausschank verweigern, wenn Glatzen da sind. Es wird möglich sein, die außengeleiteten Brutalos so zu verunsichern, daß sie weniger massiv vorgehen. Der Verfassungsschutz meldet, im Dezember sei die Zahl der Anschläge deutlich zurückgegangen. Dies ist sogar schon seit September so. Zwischendurch dann: Mölln. Das Ziel, daß Deutschland zwar eine rassistische Metropole bleibt, sich in den Formen, in denen es sich abschottet, von anderen kapitalistischen Zentren aber nicht allzusehr unterscheidet, ist erreichbar. Da wir in Deutschland sind, muß die Differenz zum noch Schlimmeren genannt werden: Es wird vielleicht für einige Zeit weniger Tote geben. Ein Stück zusätzliche regionale Hegemonie fällt dabei auch noch ab: Polen, die Tschechei und die Slowakei werden zu Filtern für die deutsche Mitte.

Die »Republikaner« allerdings werden durch den offiziellen Anti-Rassismus wohl nicht gestoppt werden, im Gegenteil. Sie verkörpern besonders massiv den Konsens der Bewegung: Unerwünschte Fremde sollen nicht verbrannt, sondern verbannt werden. Dr. Frey verkündete 1992, er werde keine »Ausländerfeinde« in seiner Deutschen Volksunion dulden. Kommt Schönhubers Partei in den Bundestag, dann mag es auf längere Sicht auch andere politische Achsen als die gegenwärtige (»gegen Rechts«) geben.

Das Resultat wird nicht das Vierte Reich sein, sondern die deutsche Teilhabe am neuen imperialistischen Kondominium. Wer sich damit auseinandersetzen will, muß neu anfangen und braucht dazu noch ein bißchen mehr als Antifaschismus.

Damit dürfte die Frage, welche bislang zwischen Hermann L. Gremliza (Kritische Geschichte der deutschen Seele) und Harald Kuhn (Negatorische Anbetung des Allmächtigen Leviathan) ergebnislos hin- und hergeschoben wurde, ihrer endgültigen Klärung zugeführt sein.

Ich danke Friedrich-Martin Balzer und Ralf Blendowske für Gedankenzufuhr.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 1/93 über Volker Rühe und den Jäger 90

Konkret 02/93, S. 30

Reinhard Kühnl

Vor 60 Jahren

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Ein Blick auf die Vorgeschichte dieses Ereignisses zeigt Unterschiede und Ähnlichkeiten zu Deutschland 1992

30. Januar 1933 – Tag der »Machtergreifung«. Diese Interpretation des Vorgangs, von Reichspropagandaminister Goebbels ersonnen, wurde einer ganzen Generation eingebleut. Ihr Sinn war klar: Adolf Hitler und seine Partei erscheinen darin als Helden. Sie haben entschlossen zugepackt und die Macht »ergriffen« – aus eigener Kraft.

Erstaunlicherweise aber beherrscht diese Nazi-Propagandaformel die Diskussion bis zum heutigen Tag. Gleichgültig, ob Fachhistoriker und Macher der öffentlichen Meinung sie mit Bedacht wählen oder nur nachplappern – die Botschaft ist eindeutig: Die Nazis waren die Täter. Oder, noch pointierter: Hitler war der Täter. Die Differenz zur Goebbels-Interpretation liegt nur darin, daß Hitler einmal als Held und einmal als Schurke erscheint. Die Kausalbeziehungen aber, die zur faschistischen Diktatur führten, werden in beiden Varianten identisch gesehen.

Wer Begriffe zu definieren und durchzusetzen vermag, der erzeugt Weltanschauung und besitzt ideologische Macht. Der Begriff »Machtergreifung Hitlers« enthält in der Tat nicht nur den Kern einer Interpretation über die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, sondern definiert (und begrenzt) auch das, was wissenschaftliche Forschung zu fragen und zu untersuchen hat. Wer sich daher die Sicht auf die Realität nicht durch die Propagandaformel der Nazis blockieren lassen will, wird nach anderen Begriffen suchen und beispielsweise von »Machtübertragung« oder »Machteinsetzung« reden müssen. Damit erst ist der Blick geöffnet auf das komplexe Feld jener Bedingungen, die den Aufstieg der faschistischen Partei zur Regierungsmacht ermöglicht, und jener Kräfte, die dies wohlwollend hingenommen oder aktiv unterstützt haben.

Läßt man sich auf diesen Blick ein, wird rasch klar, daß die Ansicht, die neuen Nazis hätten mit den alten gar nichts zu tun und heute sei »alles anders«, naiv ist. Dazu in aller gebotenen Kürze ein paar Hinweise. Der Reichsverband der Deutschen Industrie verlangte in einer Denkschrift vom 3. Dezember 1929 (»Aufstieg oder Niedergang«) eine »entscheidende Wendung« in der »Wirtschafts-, Finanz-, und Sozialpolitik«: alles habe sich der »Förderung der Kapitalbildung« unterzuordnen. »Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmnissen befreit werden.« Ob dazu die gegebene Verfassungsordnung (die »Parteienwirtschaft«) in der Lage sei, galt als sehr zweifelhaft.

Die »Änderung oder Umbiegung der Verfassung«, wie es der Reichskanzler Brüning in seinen Memoiren rückblickend formulierte, war die eine Schiene, auf der diese Aufgabe angepackt wurde, der direkte Angriff auf die soziale Gegenmacht die andere: Im November 1928 wurden 240.000 Stahlarbeiter im Ruhrgebiet ausgesperrt, um die Gewerkschaften einzuschüchtern und finanziell zu schwächen. Die »Reduzierung der Kosten« ging dann Schlag auf Schlag: bei den staatlichen Sozialleistungen, der Unterstützung für Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger, für Invaliden, Witwen und Waisen, dem staatlichen Wohnungsbau usw. Die Regierung v. Papen verkündete den »Grundsatz der freien Lohnbemessung« und ordnete an, daß die Tariflöhne von den Unternehmern um bis zu 20 Prozent unterschritten werden konnten.

Auch kriegs- und außenwirtschaftlich wurden die Ziele nun klarer formuliert. In einer Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Eisenindustrie an den Chef des Heereswaffenamtes vom 16. Januar 1932 heißt es knapp und trocken: »Die deutsche Privatwirtschaft muß auf Grund eingehender Erwägungen jede Kontrolle von Kriegswaffenherstellung und Kriegswaffenhandel grundsätzlich ablehnen.« Im Hintergrund standen Konzepte für einen einheitlichen Wirtschaftsraum Europa, der selbstverständlich unter der Führung Deutschlands stehen sollte. »Ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf«, verkündete Carl Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, im März 1931. Dieser Block sollte auch ein Gegengewicht zur Großmacht USA darstellen. »Weitblickende Kreise der deutschen Industrie« nahmen insbesondere die ökonomische Durchdringung der »Länder des Südostens« in Angriff. Im Oktober 1932 arbeiteten Großindustrie, Reichswehr und Außenministerium einen Plan zur Aufteilung Ost- und Südosteuropas aus und übermittelten ihn der faschistischen Regierung Italiens.

Wie aber konnte die Führung des Reiches die Ziele politisch durchsetzen? Grundsätzlich waren jedenfalls alle existierenden politischen Kräfte ins strategische Kalkül einzubeziehen, also auch die Kräfte auf der extremen Rechten. Und in den Augen der Reichswehr waren diese im nationalen Sinne besonders wertvoll, schon deshalb, weil sie den Geist der Wehrhaftigkeit pflegten und – mit Unterstützung der Reichswehr – soldatische Ausbildung betrieben, und weil sie zudem ein klares Feindbild hatten: die Linken. Die Absichten und Ziele Hitlers seien ganz in Ordnung, meinte der Reichswehrminister Groener bei einer Führerbesprechung im Januar 1932, aber er sei ein »Schwarmgeist«. So ergab sich das Konzept der »Zähmung«.

Das Ideologieangebot der NSDAP wurde in dem Maße dringender benötigt, in dem die soziale Misere, die Unzufriedenheit und die Bedrohungsangst in den Massen anwuchsen – zumal den bürgerlichen Parteien die Wähler davonliefen. Es wurde also dringlich, »Massen für die eigenen Interessen als Gegengewicht für die Industriearbeiterschaft zu mobilisieren. Eben das bot Hitler« – so faßt der Hamburger Historiker Fritz Fischer in seiner Arbeit »Bündnis der Eliten« die Grundkonstellation zusammen. Hinzu kam aber noch zweierlei. Einmal erhielt die extreme Rechte nun ohnehin Massenzulauf, so daß sie tatsächlich zu einem politischen Faktor von realem Gewicht wurde. Und zweitens ging sie jetzt zu offen terroristischen Aktivitäten über, vor allem gegen Linke, aber bereits auch gegen die Juden. Konnte das geduldet werden? Die Konsequenzen waren auch aus der Sicht der herrschenden Kräfte zwiespältig. Einerseits wuchs bei den verunsicherten, nach einem Ausweg suchenden Massen die Bereitschaft, Juden, Linke und den Versailler Vertrag als Sündenböcke zu akzeptieren und sich damit von den wirklichen Ursachen der Misere ablenken zu lassen. Daß dies von der herrschenden Klasse als Unterstützung verstanden wurde, ist leicht nachvollziehbar. Für positiv hielt sie auch, daß mit solcher Orientierung der ohnehin beabsichtigte Weg zu stärker autoritären Regierungsformen und zur Sprengung der Fesseln des Versailler Vertrages erleichtert wurde.

Andererseits kamen bürgerkriegsähnliche Zustände auf, wurden beinahe täglich Menschen verletzt, erschlagen und erschossen, gab es Straßen- und Saalschlachten, die von den Staatsorganen nicht mehr kontrolliert werden konnten. Im Lichte der faschistischen Propaganda sahen die bürgerlichen Parteien, Politiker und Regierungen zudem wie Jammerlappen aus, die man davonjagen müsse und davonjagen werde. Selbst die wachsende Brutalität des faschistischen Straßenterrors brachte der faschistischen Partei nicht etwa Ablehnung, sondern wachsenden Zulauf, weil bei ihren Anhängern das Bewußtsein wuchs, auf dem »Vormarsch« zu sein, und weil bei den Schwankenden sich der Eindruck verstärkte, diese Bewegung repräsentiere Stärke und Durchsetzungsvermögen, ihr gehöre die Zukunft.

Die Präsidialregierungen und die Reichswehr schwankten, wie man sich verhalten solle. Zu einer gänzlichen Unterdrückung des faschistischen Terrors mochte man sich nicht entschließen. Vorherrschend blieb dann eine Strategie, die dem faschistischen Terror partiell freie Bahn ließ, ihn aber zugleich unter Kontrolle, sozusagen an der langen Leine halten wollte. Lokale Verbote bestimmter Aktivitäten wurden verhängt. Reichskanzler Brüning versuchte es sogar (im April 1932) mit einem Verbot der uniformierten SA und SS: sie seien eine »Gefahr für die Staatsautorität«. Doch sein Nachfolger v. Papen hob es einige Wochen später wieder auf. Und nun brach der faschistische Terror ungehemmt los: Innerhalb von sechs Wochen forderte er 183 Todesopfer und über 2.000 Verletzte. Es mußte zweifelhaft erscheinen, ob nun, da die SA bereits über 500.000 Mann stark war, eine gänzliche Unterdrückung des faschistischen Terrors ohne das Risiko eines Bürgerkriegs überhaupt noch durchsetzbar war – zumal die Propaganda der NSDAP auch in der Reichswehr bereits Fuß gefaßt hatte. Die SA galt aber ohnehin weiter als national wertvolle Kraft. Die Reichswehrführung rechnete mit der Möglichkeit, daß man sie im Falle eines Widerstandes von links gegen den Weg in die Diktatur, also im Fall eines Generalstreiks, sehr dringend brauchen werde. Andererseits mußte Rücksicht auf das Ausland genommen werden – besonders bei der Dosierung antijüdischer Ausschreitungen. (Erst 1935/36 machte der Stand der Aufrüstung solche Rücksichten dann überflüssig.)

Ohne Zweifel ist heute vieles anders – vorab der internationale Kontext, aber auch die starke Ausprägung antimilitaristischer Haltungen besonders in der jungen Generation. Parallelen aber sind dennoch nicht zu übersehen. Sie haben ihren Grund in den fortdauernden Interessenstrukturen, die sich aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ergeben. Und sie haben ihren zweiten Grund in der besonderen Lage und Tradition des deutschen Imperialismus: Die enorme ökonomische Potenz der europäischen Zentralmacht ließ sich damals und läßt sich heute – jeweils nach verlorenen Kriegen – nur schwer in politisch-militärische Macht und – gestützt auf diese – in erweiterte ökonomische Expansion umsetzen. Die lange autoritäre Tradition der herrschenden Klassen in Deutschland hat ihr Weltbild und ihr Staats- und Gesellschaftsverständnis darüber hinaus in besonderer Weise geprägt. Diese Besonderheiten fanden ihren Ausdruck seit dem Kaiserreich z.B. in einer besonderen Rücksichtslosigkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung wie gegenüber den Nachbarvölkern. Es gibt eine Fülle von Belegen dafür, daß das Niveau einer normalen bürgerlichen Demokratie nach westeuropäischem Muster in der Bundesrepublik nicht erreicht worden ist.

Reinhard Kühnl ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Marburg

Konkret 02/93, S. 32

Jörg Goldberg

Absturz

Die strukturellen Probleme der ostdeutschen Ökonomie bedrohen die Konjunktur im Westen

Die Spitzenunternehmen der deutschen Wirtschaft wetteifern derzeit vor allem beim Personalabbau: Lufthansa will 8.000 Mitarbeitern kündigen, Veba 7.000, Hoechst 12.000, Volkswagen 12.500, Daimler 40.000. Bei einer Umfrage des Unternehmerinstituts der deutschen Wirtschaft erklärten 29 von 41 Wirtschaftszweigen, die Beschäftigung reduzieren zu wollen.

Die düstere Stimmung kontrastiert leicht mit den Prognosen der amtlichen Konjunkturforscher. Westdeutschland befindet sich diesen zufolge in einer konjunkturellen Abschwungsphase, die aber schon Mitte 1993 beendet sein soll. Für das Jahr ‘93 wirdnur ein minimaler Rückgang der Produktion vorhergesagt – eigentlich kein Anlaß zur Panik.

Die Prognosen (vor allem die des Sachverständigenrats und der Wirtschaftsforschungsinstitute) sind allerdings mit Vorsicht zu genießen. Erfahrungsgemäß sind sie immer dann zuverlässig, wenn es um die Fortschreibung von Trends geht. Konjunkturelle Wendepunkte aber verpassen sie meist. Auch Ende 1991 war man davon ausgegangen, daß der konjunkturelle Schwächeanfall vom Frühjahr ‘91 schon in der zweiten Jahreshälfte ‘92 überwunden sein würde. Doch statt sich aufzuschwingen geriet die westdeutsche Wirtschaft erst richtig in Schwierigkeiten. Produktion und Aufträge brachen ein, die Arbeitslosenzahlen kletterten, die Pleiteziffern schnellten in die Höhe.

Die Prognostiker hatten einen simplen Erfahrungstatbestand übersehen: Kapitalistisch verfaßte Wirtschaften bewegen sich zyklisch, einem Konjunkturaufschwung (und ist er noch so lang) folgt der Abschwung (wahlweise auch Rezession oder Krise genannt).

Merkwürdigerweise wird der zyklische Charakter der Konjunktur immer dann totgesagt, wenn er am lebendigsten ist: in der Hochkonjunktur. So auch dieses Mal. Westdeutschland blickt auf eine fast zehnjährige Expansionsperiode zurück. 1983 begann nach dem Ende der Krise von 1980/82 zunächst zögernd eine Belebung, die 1987 in einen Boom überging. Als dieser 1989 zu erlahmen begann, erfolgte der Anschluß der DDR. Dieser erwies sich als reiner Goldregen für die alte Bundesrepublik. Mühelos wuchsen den Westunternehmen Märkte zu, die durch staatliche Transfers kaufkräftig gehalten wurden. Mitte ‘91 verlor der Vereinigungsboom seine Schubkraft. Die Nachfrage nahm zwar weiter zu, sie wuchs aber langsamer als die Produktionskapazitäten. Der Auslandsabsatz schrumpfte sogar. Die unter dem Eindruck steigender Umsätze und Gewinne in Angriff genommenen Investitionen erwiesen sich als überzogen, die Kapazitätsauslastung begann zu sinken. Investitionspläne wurden storniert, Belegschaften erst auf Kurzarbeit gesetzt, dann reduziert. Der Gewinnanstieg, an den die Betriebe sich seit 1983 gewöhnt hatten, stockte.

In dieser Phase des Konjunkturabschwungs befindet sich der westliche Teil der Bundesrepublik am Jahresanfang ‘93. Für die Unternehmen ist der drohende Gewinnrückgang die eindrucksvollste Gefahr. Daher steht im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Therapievorschläge die Senkung der Lohnkosten. Tariferhöhungen unterhalb der Inflationsrate sollen den auslastungsbedingten Druck auf die Gewinne mindern. Falls die Gewerkschaften nicht freiwillig »Vernunft« annehmen, steht die Bundesbank bereit, die Konjunktur per Zinsschraube weiter abzuwürgen, um die Gewerkschaftsseite zur Räson zu bringen.

Obwohl es sich also um eine normale zyklische Überproduktionskrise handelt, stellt sich die Frage, ob nicht auch strukturelle Faktoren eine Rolle spielen. Dafür sprechen folgende Anzeichen: –

Der von den Unternehmen praktizierte Personalabbau geht über das Ausmaß der Absatzverluste hinaus; betroffen sind auch bislang florierende Dienstleistungen; –

die Rezession in den Industrieländern ist schon heute außergewöhnlich lang; –

die Arbeitslosigkeit, die wieder Rekordmarken anstrebt, war auch in den Aufschwungsjahren kaum gesunken.

Vor allem in den angelsächsischen Ländern und in Japan geht die Rezession einher mit Krisenerscheinungen im Finanzsektor. In der Periode des Aufschwungs hatten sich Staat, Unternehmen und private Haushalte kräftig verschuldet. Das schien so lange unproblematisch, wie die Vermögenswerte im Zuge steigender Börsenkurse und Immobilienpreise rascher zunahmen als die Schulden und der Schuldendienst bei niedrigen Zinsen und steigenden Einkommen/Gewinnen reibungslos verlief. Als der mit den Namen Reagan und Thatcher verbundene Boom 1990 konjunkturell stockte, ging dem Schuldenballon die Luft aus. Die Börsenkurse fielen, die Immobilienpreise sackten ab. Die Banken mußten das Dahinschwinden der Vermögen beklagen, während die Schulden weiter wuchsen.

In Deutschland liegen die Probleme etwas anders. Hier hat der Einigungsprozeß den Unternehmen gewaltige Mittel in die Kassen gespült, gleichzeitig aber die ökonomischen Grundlagen der deutschen Außenwirtschaft zumindest mittelfristig untergraben. Der Überschuß in der Handelsbilanz ist geschrumpft, die Leistungsbilanz defizitär – Deutschland ist ein

Kapitalimportland geworden. Die Hochzinspolitik der Bundesbank lockt zwar Auslandskapital an, fördert aber auch die DM-Aufwertung: Dies beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft; die Inflationsrate liegt inzwischen über dem EG-Durchschnitt, was Exporte weiter erschwert.

Die Verschlechterung der deutschen Exportposition müßte hierzulande eigentlich eine Strukturkrise auslösen. Vor allem die Automobilindustrie, die Chemie, der Maschinenbau und die Elektrotechnik haben bislang die Hälfte ihrer Produkte im Ausland verkauft. Immerhin sehen sich die durch Exporteinbußen bedrohten Unternehmen seit 1990 dem glücklichen Umstand gegenüber, daß ihnen jenseits der Elbe jene Märkte zuwachsen, die sie im westlichen Ausland verloren haben. Dennoch erweist sich die deutsche Industrie (Investitionsgüter und langlebige Konsumgüter) vor dem Hintergrund der verschlechterten Außenwirtschaftsposition und zusammenbrechender Märkte in Osteuropa als überdimensioniert; eine tiefgreifende strukturelle Anpassung ist angesagt. Diese Strukturkrise konnte bislang überwiegend zu Lasten der ostdeutschen Anbieter gelöst werden.

Die oben erwähnte Hoffnung der Prognostiker auf Belebung im zweiten Halbjahr 1993 setzt auf die Weltkonjunktur. Vor allem in den USA soll der lang ersehnte Aufschwung Platz greifen und den Welthandel in Schwung bringen. Dies würde auch dem lahmenden deutschen Export Beine machen. Diese Prognose erscheint gegenwärtig aber eher gewagt: Nach wie vor sind in den USA nur Ansätze einer Stabilisierung erkennbar, in Japan und in wichtigen westeuropäischen Ländern hat die Rezession gerade erst richtig begonnen. Die Erschütterungen im Europäischen Währungsverbund haben zu einer weiteren Aufwertung der DM geführt, so daß keineswegs ausgemacht ist, ob Deutschland an einer Belebung des Welthandels wird partizipieren können.

Doch auch abgesehen von diesen Risiken programmiert die Rezession schon jetzt innere Konflikte. Da der »Aufschwung Ost« weiter auf sich warten läßt, wächst der einigungsbedingte Finanzbedarf. Er kann bei stagnierenden Steuer- und Beitragseinnahmen und hoher öffentlicher Verschuldung nur durch Leistungsverschlechterungen/Steuererhöhungen befriedigt werden. In der Konkurrenz der Standorte geraten zunehmend auch westdeutsche Betriebe unter Druck. Steigende Arbeitslosigkeit im Westen verstopft das bislang wichtigste ostdeutsche Arbeitsmarktventil. Kurz: Da die Stabilisierung der Wirtschaft Ost auf dem gegenwärtigen Stand nur dank massiver Westtransfers gelingt, gefährdet der Abschwung West auch die schwachen Ansätze im Osten.

Jörg Goldberg gab in KONKRET 2/91 eine Antwort auf die Frage, ob wir auf Kosten der Dritten Welt leben

Konkret 02/93, S. 37

Michael Schilling

Return to Sender Gleiwitz

J□ ngster Beitrag zur deutschen Psychopathologie: Wie die S□ hne und Enkel sich r□ chen an einer Welt, die ihre V□ ter nicht schlimmsten Verbrechen abgehalten hat

Was die Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und nachfolgend die wiedervereinigte Diplomatie des neuen Deutschland dazu getrieben hat, die Zerstückelung Jugoslawiens auf Platz 1 ihrer außenpolitischen Agenda zu setzen, ist vielen ein Rätsel geblieben. Interessen ökonomischer Art waren kaum, geopolitische oder militärstrategische nicht in dem Umfang auszumachen, daß sie die gewaltigen Kraftakte hätten rentabel erscheinen lassen, die unternommen wurden, um Franzosen, Engländer und US-Amerikaner zum Mitmachen zu nötigen. Was war es dann?

Die Lösung bescherte zur Weihnachtszeit ein 33jähriger Zombie, dem zu entkommen den routiniertesten Fernbedienungs-Bediener überforderte. Keine »FAZ« ohne ihn, keine »TAZ«, keine Talkshow, keine Unterhaltungssendung, ob »Heute« oder »Tagesthemen«. Als mein *Remote control* ihn zum zwölften Mal erwischte, gab ich auf. Ich war bei einer Spielshow des Senders SAT I gelandet, bei der es darum geht, daß eine von zwei Parteien, die sich hinter Barrieren gegenüberstehen und etwas für oder gegen Sexualität, Alkohol, plastische Chirurgie undsoweiter haben, die andere so lange am Reden hindert, bis die Zuschauer sich auf den Wabeblock freuen.

Diesmal geht es aber nicht um »Haarausfall - ja oder nein?« sondern um »Stoppt die Gewalt - Ächtet die Serben« Gegen drei Serben (eine Lektorin aus Bonn, einen Germanisten aus Innsbruck und einen Führer der bosnischen Serben) treten drei Deutsche an: Christian Schwarz-Schilling (CDU, mit dem Autor nicht verwandt), Tilman Zülch (Gesellschaft für unser bedrohtes Volk) und eben der Unvermeidliche, den sie den »neuen Kennedy« nennen und »einen Lichtblick gegen Politikverdrossenheit«: der »künftige Bundeskanzler« Stefan Schwarz, der als Bundestagsabgeordneter da CDU »kurz vor Weihnachten in seiner Jungfernrede mit grauenhaften Details serbischer Kriegsverbrechen seine Abgeordnetenkollegen« so sehr »schockiert« hat, daß Minister Schwarz-Schilling darin die Chance erkannte, seiner Entlassung wg. Brunzdummheit mit einem Rücktritt wg. moralischer Empörung zuvorzukommen, und Schwarz seitdem, wie sein Bürovorsteher über den »Spiegel« informierte, »auch von Sozialdemokraten und Grünen demonstrativen Zuspruch erfährt«.

Auf los geht's los. Der neue Kennedy (im roten Pulli, wg. jung) leidet. Er habe große Schwierigkeiten damit gehabt, überhaupt zu dieser Sendung zu kommen. Er legt zum Zeichen äußerster Betroffenheit die Hände kreuzweise über die Brust (er wird das noch ein dutzendmal tun), ehe er mit dem Zeigefinger plötzlich nach vorne schnellt, auf den Serben Aleksa Buha: »Dieser Mann ist ein Kriegsverbrecher.« Protest im Publikum. Schwarz: »Entschuldigen Sie, entschuldigen Sie.« Auch das wird er noch ein dutzendmal sagen, ohne etwas damit zu meinen. Was kann er dafür, daß er bei diesem Thema irgendwie eine »Parallele des Nationalsozialismus« sieht?

Was es mit der intellektuellen Redlichkeit - sit venia verbo - des T. Zülch auf sich hat, erweist sich bei seinem ersten Wort. Der Conferencier hat gerade gesagt: »Massenvergewaltigungen sind leider Gottes Element sehr vieler kriegerischer Auseinandersetzungen.« Herr Zülch aber antwortet ihm: »Vielleicht sind für Sie ja kriegerische Auseinandersetzungen der Normalfall, für mich...« Nach diesem goebbelsschen Verhörer schreit Zülch den Serben Buha an: »Sie haben Konzentrationslager eingerichtet... drei Vernichtungslager. . . Sie sind ein Völkermörder. . .«

Jetzt muß auch Schwarz-Schilling schreien: »Das kannten wir von den Nazis. . .«

Die drei Serben versuchen zu erklären, wie aus dem friedlichen Jugoslawien ein Kriegsschauplatz wurde. Nun schreit wieder der künftige Bundeskanzler: »Sie lügen...«, um sogleich, die Hände, wie gehabt, erst demütig vor der Brust, dann eine Hand fürsorglich auf des Conferenciers Schulter, säuselnd fortzufahren: »Sehen Sie, Herr Meyer, ein solches Thema kann man nicht unter dem Gesichtspunkt diskutieren, daß ich aufhören muß, die Wahrheit zu sagen, damit dieser Mann aufhört, zu lügen.«

Zurück zu dem Thema, das sich längst als das eigentliche erwiesen hat, drängt Zülch: Er führe, schreit er Buha wieder an, »Einheiten ähnlich wie die SS...«, die Leute »in Konzentrationslager verschleppt...« Ja, sein Thema läßt den Mann von der völkischen Gesellschaft nicht wieder los, so sehr seine Stimmbänder schon rebellieren: »Ihre Mörderbande läßt zum ersten Mal nach dem Dritten Reich wieder Zigeunerinnen vergewaltigen und in Konzentrationslager verschleppen. . .«

Der Lichtblick gegen die Politikverdrossenheit hat schon wieder die Hände vor der Brust: »Ich bin ein Nachkriegsdeutscher, und ich habe erlebt, wie wir gefragt worden sind, selbst als Schüler, was habt denn ihr gemacht, und deshalb weiß ich.. .« So sehr ist er von dem deutschen Thema, das längst das einzige des Abends ist, besessen, daß er die Fiktion, den 1959 geborenen Schüler Stefan könnte in den siebziger Jahren jemals irgendein vollsinniger Zeitgenosse gefragt haben, was er 1938 gemacht hat, mit demselben Anspruch auf Glaubwürdigkeit vorträgt wie seine jüngste Greuelmeldung, serbische Ärzte hätten gefangenen bosnischen Frauen »mit Gewalt Hunde-Embryonen eingepflanzt«. Aber

auch diesen Witz macht er nur halb bewußt, als Gleiwitz sozusagen - zur anderen Hälfte muß er in ihm seinen Doktor Mengele bewältigen. Denn der junge Kennedy ist nicht vom Westpoint gefallen, sondern stammt aus jener rheinland-pfälzischen CDU, deren Gründergeneration aus da NSDAP hervorgegangen ist und deren Ministerpräsident Kohl, Protégé eines durch Arisierung reichgewordenen Nazifabrikanten, noch als Bundeskanzler Wert darauf legte, sich in Bitburg vor toten SS-Männern zu verneigen.

So sehr hat ihn sein Thema jetzt gepackt, daß der 33jährige nur noch von 33 ff reden kann. Er will erzählen, woher a weiß, daß alles Schreckliche von Belgrad aus gesteuert werde (»Das sagt uns der Bundesnachrichtendienst«), und nennt dabei eine Institution, die von dem Nazi-General Gehlen aufgebaut wurde. Als aber einige Serben die BND-Meldungen auslachen - was muß Schwarz da antworten? Schwarz muß antworten: »Es hat in Deutschland eine Phase gegeben, wo die Leute auch nicht sehen wollten.. .«

Zülch will sehen und sehend machen: Buha sei ein »KZ-Wärter«, der »Konzentrationslager« und »Vernichtungslager« betreibe. Wer im serbischen Teil Bosniens frei rede, der lande - nein, nicht im Gefängnis, nicht im Zuchthaus, nicht im Lager, sondern: - »im KZ«. Schwarz-Schilling aber weiß, wohin Leute, die »KZ« einrichten, kommen. »Sie«, schreit er Aleksa Buha an, »Sie werden eines Tages vor einem internationalen Gericht erscheinen!« Er weiß das von seinem verehrten Parteifreund, dem Aufsichtsrat der IG Auschwitz, H.J. Abs. Der kam auch vor ein internationales Gericht, in Nürnberg. Oder nicht? Na dann eben jetzt für ihn Milosevic.

Michael Schilling lebt und arbeitet im Zonenrandgebiet

Konkret 02/93, S. 38

Karl Anton & Vororth

Buch des Monats: American Hero

Neil Sheehan: Die große Lüge, Europa Verlag, Wien 1992, 856 Seiten, 68 Mark

Das Buch beginnt mit dem Ende der Geschichte. Auf dem Militärfriedhof in Arlington wird ein Mann begraben. Der Militärfriedhof in Arlington, heißt es, sei der Heldenfriedhof der USA. Es muß somit der, der hier begraben wird, ein Held nach Maßstäben der USA gewesen sein. In der Kapelle haben mächtige und umstrittene Männer aus Washington Platz genommen – Militärs, Politiker und Geheimdienstler mit Namen wie Lansdale, Kennedy, Ellsberg – , es wird gebetet, und ein General hält eine Rede. Dann zieht die Trauergemeinde unter den Klängen des River-Kwai-Marsches hinter dem Sarg zum Grab. Die Militärkapelle spielt auf Wunsch der Witwe »Sag mir, wo die Blumen sind«, und ob der Tote damit einverstanden wäre, spielt keine Rolle mehr. Die Soldaten der Ehrenwache präsentieren das Gewehr und schießen Salut, die Flagge auf dem Sarg wird zusammengefaltet und dem Sohn des Verstorbenen übergeben. Dann wird der Sarg in die Erde gelassen.

Es ist der 16. Juni 1972. Der Name des abgefeierten Helden ist John Paul Vann. Vor wenigen Tagen erst ist er in Washington eingetroffen, so wie hunderte anderer US-Amerikaner vor und nach ihm in diesen Jahren: tot. Zurückgebracht aus Vietnam. Jenem Vietnam, das er mehr als zehn Jahre zuvor, am 23. März 1962, zum ersten Mal betreten hatte.

In jenem März war ein Einsatz in Vietnam für Soldaten der USA nicht mehr als ein kleines aufregendes Abenteuer. Sicher: Das Land war seit dem Abzug der Franzosen 1954 nicht zur Ruhe gekommen. Die im Vertrag von Genf vereinbarten gesamtvietnamesischen Wahlen waren von Südvietnam boykottiert worden, und es gab nunmehr dort im Süden ein paar tausend kommunistische Untergrundkämpfer. Zerlumpte, fanatische, militärisch harmlose »Vietcong«, mit denen die seit Jahren in Vietnam operierenden CIA-Einheiten eigentlich längst hätten fertig geworden sein müßten.

Im November 1961 hatte Präsident Kennedy beschlossen, eine größere Zahl Militärberater nach Südvietnam zu schicken. Es gelte, der kommunistischen Herausforderung entgegenzutreten. Abgesehen davon bot sich die Chance, Methoden der »Guerillabekämpfung« zu erproben und zu verfeinern und US-Soldaten auf vorgeschobenen Posten ein wenig Erfahrung für den unvermeidlichen Krieg mit der Sowjetunion sammeln zu lassen. Noch nicht einmal zwanzig US-Soldaten waren bis 1962 in Vietnam umgekommen. Denn den eigentlichen Krieg, den führten die anderen, die Soldaten der südvietnamesischen Armee des Präsidenten Diem. Brave, tapfere, freiheitsliebende Burschen, die den Angriffen und Sabotageakten der Vietcong längst hätten ein Ende setzen können. Das einzige, was ihnen fehlte, waren Waffen. Und jemand, der ihre Truppen militärisch auf Vordermann brachte. Beides erhielten sie nun von den Vereinigten Staaten.

John Paul Vann, der neue Oberste Berater der 7. südvietnamesischen Infanteriedivision im nördlichen Mekongdelta, sah das ganz genauso. Er hatte ein Jahr Zeit, dazuzulernen.

Irgendwie war vor Ort doch alles anders: Die Kommandeure der südvietnamesischen Armee verdankten ihre Posten den Beziehungen zur Herrscherfamilie Ngo Dinh. Verlustreichen Gefechten mit den Vietcong gingen sie aus dem Weg, nicht etwa aus fürsorgender Menschlichkeit, sondern auf Anordnung von oben: Es galt, das Instrument zu schonen, auf dem die Macht des Präsidenten beruhte. Korruption allenthalben. Die Vietcong waren bei vielen südvietnamesischen Bauern weniger verhaßt als die Soldaten der eigenen Armee. Und sie operierten militärisch viel erfolgreicher als behauptet. Genauer: Sie kontrollierten das Land.

Am 2. Januar 1963 stellten sie sich bei Ap Bac einer vierfachen südvietnamesischen Übermacht. Sie schossen fünf Hubschrauber ab, töteten drei US- und achtzig südvietnamesische Soldaten, hielten mit ihren leichten Waffen Panzern, Jagdbombern, Napalm und Raketen stand und verloren dabei selbst nur 18 Mann. Und sie verhalfen John Paul Vann, der bei dieser ersten großen Schlacht dabei war, zu der bleibenden Einsicht, daß alles, was über Vietnam berichtet worden war, eine große Lüge war. Die Wahrheit lautete: Die Zahlen getöteter Vietcong – übertrieben. Die Wehrdörfer, in denen die Bauern zusammengepfercht werden – verhaßt. Die südvietnamesische Armee – feige vor dem Feind und grausam gegen Zivilisten. Die Rundreisen für offizielle Besucher – Übungen im Errichten Potemkinscher Dörfer. Der offizielle Optimismus – ein gigantischer Selbstbetrug. Die Regierung war nicht bereit zu grundlegenden Reformen, der Vietcong keineswegs demoralisiert, der Krieg nicht demnächst zu Ende.

Daß er geführt werden mußte, stand für Vann außer Frage. Daß er aber, wenn er von seiten der USA weiterhin so halbherzig und falsch geführt werden würde wie bisher, nicht gewonnen werden konnte – davon war er mittlerweile genauso fest überzeugt.

Vann ging daran, detaillierte Analysen zu erstellen. Er sah nirgends einen Grund zur Siegesgewißheit – und stellte damit die Kompetenz des notorisch optimistischen Oberkommandierenden Harkins in Frage. Er forderte, die südvietnamesische Armee unter amerikanische Führung zu stellen und einem zivilen Befriedungsprogramm den gleichen Wert beizumessen wie dem militärischen Vorgehen. Er reichte Denkschriften ein und nutzte seine Kontakte zu jungen Vietnamreportern wie

David Halberstam oder Peter Arnett. Er galt bald als Störenfried, wurde zunehmend populärer und blieb unbeirrbar bei seiner Meinung. Aber er änderte nichts.

Im April 1964 kehrte Vann, nach dem üblichen Turnus von einem Jahr, in die USA zurück. Ruhe gab er nicht. Während sich in Vietnam Buddhistenmönche verbrannten und Präsident Diem gestürzt wurde, hielt er Diavorträge für die Offiziere des Pentagon. Er war ein exzellenter Redner, man hörte ihm zu – und verwarf, was er sagte. Denn was nicht sein durfte, konnte nicht sein – auch dann noch, als aus Vietnam verlautete, daß die Vietcong nunmehr fast alle Straßen im Land kontrollierten und inzwischen so viele amerikanische Waffen erbeutet hatten, daß sie amerikanische Munition zu ihrer Standardmunition machten.

Im Juli 1964 trat John Paul Vann aus der Armee aus und wurde Verkaufsmanager im Rüstungskonzern Martin Marietta. Um sich nunmehr ganz ohne Rücksichten auf die Zwänge des militärischen Apparates seinem Informationsfeldzug gegen diesen Krieg in Vietnam widmen zu können, ließ er wissen. Aufrecht, mutig, kompromißlos – die Legende um John Paul Vann war geboren, der Heilige selbst hatte kräftig daran mitgewirkt.

Doch wehe dem Helden, auf dessen Spur sich ein US-Reporter gesetzt hat, getrieben von dem Interesse, möglichst alle Fakten zusammenzutragen und mit größtmöglicher Unvoreingenommenheit eine vollständige Geschichte zu erzählen.

Neil Sheehan, der als junger Journalist in Vietnam Vann kennengelernt hatte, demontiert seinen einstigen Helden und späteren Freund erbarmungslos, ohne ihn freilich zu denunzieren oder aufzugeben. Dem Mythos Vann setzt er das Bild eines vielfach gespaltenen Menschen entgegen.

Der gleiche Mann, der bedenkenlos militärische Großtaten seiner Kameraden als eigene erzählte, flog in dichtesten Granatenbeschuß, um seine Soldaten mit Munition zu versorgen. Der gleiche Mann, der vor keinem Vorgesetzten kuschte und bis zur Unhöflichkeit auf seiner Meinung beharrte, war ein kümmerlicher Mensch, der den Einsatz in Vietnam nutzte, seiner Frau und der Verantwortung für die Kinder zu entkommen und dafür mehrere Geliebte gleichzeitig einzutauschen. Für Vann, den Sohn einer Gelegenheitsprostituierten, war die Armee die große Chance, den Hinterhöfen von Norfolk zu entkommen und ganz nach oben zu gelangen. Ehrgeizig, sportlich, intelligent genug war er. Doch mit seinem Soldatenehrenkodex, seiner Unbeugsamkeit und einer Vorliebe für unkonventionelles Vorgehen stand er seiner Karriere immer wieder selbst im Weg, trotz seines außerordentlichen Gespürs für nützliche Beziehungen.

Der Gipfel der Inszenierung war gleichzeitig ein Tiefpunkt: Vanns Ausstieg aus der Armee, inszeniert als Krönung der Legende vom unerschrockenen Kämpfer wider das System, war nichts anderes als Ergebnis der nüchternen Einsicht, daß sein Aufstieg in dieser Armee zu Ende war.

1959 war Vann beschuldigt worden, ein fünfzehnjähriges Mädchen verführt zu haben. Zwar wurde das Verfahren eingestellt, da es ihm sogar gelang, den Lügendetektortest zu bestehen, der dunkle Fleck in der Personalakte aber blieb. Damit wurde man nicht General. Wollte er es im militärischen Apparat noch weiter bringen, das war das Paradoxe, mußte er ihn verlassen.

Am 30. März 1965 kehrte John Paul Vann als Angestellter der zivilen Entwicklungshilfeorganisation Agency for International Development (AID) nach Vietnam zurück. Im November wurde er zum Leiter der Pazifizierungsmaßnahmen im Gebiet des 3. Korps ernannt.

Inzwischen hatten die USA den Krieg in Vietnam zu ihrem gemacht. Präsident Johnson hatte die Bombardierung Nordvietnams befohlen. 185.000 US-Soldaten standen im Süden. Häfen, Flugbasen, Nachschubdepots wurden in aller Eile angelegt, Tanklager und Reparaturwerkstätten gebaut, amerikanische Waren für hunderte Millionen von Dollar ins Land gebracht. Zehntausende südvietnamesischer Frauen und Männer arbeiteten als Prostituierte, Dienstboten oder Bauarbeiter für die Amerikaner. Die Inflation stieg, die Strukturen des einstigen Agrarlandes lösten sich auf.

Die südvietnamesische Armee war mittlerweile eine wildgewordene Soldateska, die fast beliebig Dörfer bombardierte und Zivilpersonen folterte. Eine Million Menschen zogen als Flüchtlinge in die Slums der Städte – und die Vietcong agierten erfolgreicher als zuvor.

Militärisch würde sich, davon waren die amerikanischen Offiziere überzeugt, die Lage sehr bald ändern. Schließlich nahm nun »die beste Armee, die die USA je hatte«, den Kampf auf. Flankierend dazu würden die verschiedenen »Pazifizierungsorganisationen«, zu denen unter anderen auch die CIA zählte, den Vietcong die soziale Basis auf dem Land entziehen und den Rückhalt zerstören, den sie bei der Bevölkerung fanden.

Zu diesem Zweck sollten Schulen eröffnet, die Verwaltung verbessert und Gesundheitsprogramme gestartet werden. Weizen und Milchpulver kamen zur Verteilung und neue Schweinerassen in die Gehege – Segnungen von Freedom &

Democracy, wie die Bauern erfuhren. Wichtigere Aufgabe der »Pazifizierungsteams« aber war es, Vietcong-Kader aufzuspüren und dafür zu sorgen, daß sie »eliminiert« wurden.

Es änderte wenig. Die zumeist sehr disziplinierten Vietcong blieben für die Bauern allemal glaubhafter als die sadistischen und raffgierigen Vertreter des Regimes in Saigon. John Paul Vann wurde das sehr schnell klar. »Wie man sich der südvietnamesischen Revolution bedienen muß« überschrieb er seine grundsätzlichen Überlegungen zur Pazifizierung. Die Regierung in Saigon, darin gipfelten seine Gedanken, war das eigentliche Hindernis jeder erfolgreichen Befriedung. Notfalls mußte sie beseitigt werden.

Das war schlichtes Wunschdenken. Es war naiv, zu glauben, Pazifizierung würde »greifen«, führte man sie nur erst mit ganzem Herzen und voller Kraft durch. Vann, der die Korruptheit der südvietnamesischen Gesellschaft tagtäglich selbst erlebte, war blauäugig genug, anzunehmen, daß ein paar soziale Reformen und ein paar Millionen US-Dollar die grundlegende Umwälzung dieser Gesellschaft ersetzen könnten. Doch abgesehen davon ließ das vorherrschende Bild, das die USA in Südvietnam abgaben, alles Gerede von amerikanischer Hilfe und friedlichen Übergängen mehr als zynisch erscheinen.

Zehn Millionen Liter Entlaubungsmittel wurden 1966 versprüht. 825.000 Tonnen Bomben und Granaten fielen im Durchschnitt täglich auf vietnamesisches Land. Nordvietnam sollte »in die Steinzeit zurückgebombt«, die Vietcong »zu Brei zerstampft« werden. Hauptsächlich traf es die Zivilisten. 25.000 starben allein in diesem Jahr. Das einzige, woran es den USA mangelte, waren wirkliche militärische Erfolge.

Je mächtiger die US-Militärmaschinerie anlief, desto geringer wurde das Interesse des US-Oberkommandos an der Pazifizierung. Dennoch war John Paul Vann durch seine Denkschrift noch populärer geworden. Im Mai 1967 wurde er zum Leiter der neu gegründeten Pazifizierungsorganisation CORDS im Gebiet um Saigon ernannt.In CORDS (Civil Operations and Revolutionary Development Support) waren alle zivilen Organisationen und die amerikanischen Militärberater zusammengefaßt. Die zivilen Kommandeure der vier großen Korps-Regionen waren den kommandierenden Generälen in ihrem Gebiet gleich- und direkt dem Oberkommandierenden Westmoreland unterstellt. Eine Art General in Zivil – Vann hatte erreicht, was er wollte, jedenfalls in etwa.

Das blieb aber auch alles. Die eigentliche Pazifizierung kam nicht voran. Die Teams fanden in den Dörfern kein Vertrauen, sie arbeiteten vor sich hin, ins Leere. Grundlegende soziale Veränderungen kamen nicht in Gang. Um so mehr der Krieg. Zu Beginn des Jahres 1968 belagerten Truppen der NVA die Bergfestung Khe Sanh. Eine blutige Schlacht entwickelte sich, die starke Kräfte der Amerikaner band. Gleichzeitig erhoben sich Ende Januar in fast allen Städten Südvietnams die Vietcong. Mit einer nicht mehr für möglich gehaltenen Energie und Stärke griffen sie Polizeistationen, Rundfunksender und Kasernen an. In Saigon drangen sie in die befestigte US-Botschaft, in der alten Kaiserstadt Hue wehte ihre Fahne mehrere Tage über dem Tor des Mittags.

Zwar fanden bei dieser nach dem buddhistischen Neujahrsfest »Tet« benannten Offensive zahlreiche Vietcong den Tod, für die USA und die Weltöffentlichkeit aber war sie ein Schock und ein Signal: Es gab keine »befriedeten Gebiete«. Die Vietcong waren nicht entmutigt. Dieser Krieg war für die USA nicht zu gewinnen. 500 GIs starben im Februar 1968 jede Woche in Vietnam. »Roter Sturm in Vietnam« titelte der »Spiegel«. Die Proteste gegen den Krieg wurden stärker als je zuvor, weltweit.

Die Tet-Offensive war der Wendepunkt. Zwar wurde 1969 die Zahl der US-Soldaten noch einmal erhöht, auf nunmehr 543.000, zwar wurden im Rahmen des von der CIA gesteuerten »Phoenix«Programmes 28.000 angebliche Vietcong verhaftet und 20.000 umgebracht, zwar marschierten die Truppen der USA und Südvietnams 1970 auch noch in Kambodscha ein – eigentlich aber war der Krieg entschieden. Die US-Armee zeigte Auflösungserscheinungen. Drogen waren verbreitet, Soldaten meuterten, Offiziere wurden hinterrücks erschossen. Und in Paris nahm Henry Kissinger heimlich Friedensgespräche mit Le Duc Tho auf.

Nur einer weigerte sich, das vorhersehbare Ende zu akzeptieren. Auf einmal glaubte John Paul Vann an den Sieg. Die Vietcong, behauptete er, wären durch die Verluste der Tet-Offensive so geschwächt, daß eine abgestufte Reduzierung der US-Truppen und eine stärkere Einbeziehung der südvietnamesischen Armee nunmehr möglich sei – »Entamerikanisierung«.

Zutiefst überzeugt, damit etwas sehr Neues erfunden zu haben, sah er nicht, daß diese Strategie der »Vietnamisierung«, wie sie von Nixon bald darauf genannt wurde, zu nichts anderem diente, als in einem bereits verlorenen Krieg noch mehr Menschen zu verheizen. So verkündete Vann, der immer gegen den Strom geschwommen war, den baldigen Sieg, als selbst in Washington niemand mehr vom »Durchhalten« redete. Und wurde von Präsident Nixon mit einem Füllfederhalter belohnt.

Im Mai 1971 wurde Vann zum Obersten Berater des südvietnamesischen Generals Dzu berufen und erhielt damit faktisch die Verantwortung für die Aktivitäten der Truppen in den Bergen des Hochlands. Ein ziviler »Direktor« im Rang eines Generalmajors.

Im Mai 1972, als Abschluß der Osteroffensive der Nationalen Volksarmee, entbrannte eine Panzerschlacht um die Stadt Kontum. Vann lenkte die Einsätze aus der Luft, flog Nachschub in abgeschnittene Stellungen und avancierte zum »Mister B-52«, als er den Einsatz dieser Bomber beim Hauptquartier Tag für Tag anforderte – Vanns Truppen siegten. Ein letzter persönlicher Triumph, mitten im Strudel der allgemeinen Niederlage. Während Distrikt um Distrikt an die NVA fiel und Tausende von Soldaten desertierten, schuf sich jener John Vann, der durch die Jahre zumindest Fakten und Zahlen stets unvoreingenommen zur Kenntnis genommen hatte, nun seine eigene Version der Realität. »Die soziale Revolution in Südvietnam ist durchgeführt worden, teils ganz bewußt, größtenteils jedoch einfach durch das Kriegsgeschehen«, sagte er. Und daß man siegen werde.

Am 9. Juni 1972 flog sein Hubschrauber in eine Baumgruppe und stürzte ab. Vann war sofort tot. Nicht ganz drei Jahre später, am 30. April 1975, wehte die Rote Fahne über Saigon.

Von all dem erzählt »Die Große Lüge«. Erzählt sehr viel und doch zu wenig. Denn das Buch ist nicht, wie der Klappentext behauptet, »das« Buch über den Vietnamkrieg. Dazu ist es zu eng an die Hauptakteure John Vann und Neil Sheehan gebunden, an deren Erfahrungen und Aufenthaltsorte. Zwar versucht der Autor immer wieder, die Ereignisse in einen Kontext der militärischen und politischen »Großwetterlage« einzubinden, doch das Material bleibt unvollständig, und es ist manchmal, wie beispielsweise im Kapitel zur »Vorgeschichte eines Konflikts«, unübersichtlich und unzureichend geordnet. Ein wissenschaftliches Werk ist »Die große Lüge« nicht. Aber ein materialreiches, lebendig geschriebenes, kundiges Buch.

Am Beispiel der Erfahrungen Vanns schildert Sheehan die Arroganz und den Realitätsverlust von Politikern und Militärs, denen ein unbezwingbares Bedürfnis zu eigen war, die Welt in einfachste Kategorien einzuteilen: Gut-Böse, Weiß-Gelb, West-Ost. Er kennt sich aus in den Besprechungszimmern von Washington, stellt eine Unzahl von Biographien zur Verfügung und zeichnet überzeugend nach, in welchem Netz von Intrigen und Machtkämpfen die Politik des US-Imperialismus konzipiert und beschlossen wurde. Dumm und eitel waren viele der Generäle. Und durften doch Entscheidungen fällen, die Zehntausende das Leben kosteten.

Aber auch während seiner Jahre in Vietnam hat Sheehan viel gesehen, viel erlebt, und er kann es beschreiben. Er versteht es, dem Leser die Qualen eines Dschungelmarsches ebenso nahezubringen wie die Details der Korruption unter vietnamesischen Beamten oder die Probleme, mit denen sich Journalisten in Saigon herumschlagen mußten. Unübersehbar, daß er gelernter Kriegsreporter ist. An manchen Stellen erliegt er seiner Bewunderung für die Feinheiten militärischer Taktik und die Grobheiten soldatischen Heldenmuts (auf beiden Seiten). Seine Beschreibungen von Gefechten lesen sich dann wie die Protokolle von Schnitzeljagden im freien Gelände. Dennoch vergißt er nie, daß auf beiden Seiten in den Gräben Leute elend verreckten. Zyniker ist er nicht geworden.

Was nicht mehr in dem Buch steht und doch zur Geschichte dieses Krieges gehört: 1975 ging für Vietnam der eine Kampf zu Ende. Der andere, nicht minder anstrengende, nicht weniger aufreibende, begann erst: der Neuaufbau eines Landes, auf das 14 Millionen Tonnen Bomben und 500 Kilo Dioxin abgeworfen worden, in dem zwei Millionen Menschen ums Leben gekommen waren und in dem das gesamte Verkehrssystem, die Hälfte aller Städte, 3.000 Schulen, 350 Krankenhäuser und zahlreiche Deiche zerstört waren; die Versorgung von 800.000 Kriegswaisen und einer Million verkrüppelter Invaliden; die Integration tausender psychisch entwurzelter Menschen. Dafür, daß die Vietnamesen dabei auf sich allein gestellt blieben, trugen und tragen die Verlierer dieses Krieges und ihre politischen Gesinnungsteilhaber Sorge, unversöhnlich bis heute.

Karl Anton & Vororth schrieben zuletzt in KONKRET 2/92 über den italienischen Schriftsteller Primo Levi

Konkret 02/93, S. 41

Ralf Schröder

Exempel Namibia

Ökonomisch-militärische Erpressung und politisches Diktat: Drei Jahre nach dem Wahlsieg der Swapo und der Gründung des Staates Namibia wird deutlich, in welchem Ausmaß demokratische Formen im postkolonialen Afrika Mittel externer Klassenherrschaft geblieben sind

Am 21. März 1990 wurde im Windhoeker Stadion die namibische Staatsgründung gefeiert. Der südafrikanische Staatspräsident de Klerk nutzte die Gelegenheit, über die »konstruktive Rolle« zu sprechen, die sein Land dabei gespielt habe, Abgesandte westlicher Staaten überlegten, ob der neue Staat zum Modell für ein künftiges Südafrika werden könne. Eine Woche nach der Feier würdigte – wie vor und nach ihm andere – P. Waller vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in der »Frankfurter Rundschau« Namibias Beitritt zur abendländischen Wertegemeinschaft: »Zunächst muß erstaunen, daß eine Befreiungsbewegung wie die Swapo, die einen erbitterten Guerilla-Krieg gegen die ›weiße‹ Besatzungsmacht Südafrika geführt hat, in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung so moderate Vorstellungen entwickelt.«

Das war positiv gemeint und sollte der Befreiungsbewegung zur Hinnahme vormals von ihr bekämpfter gesellschaftlicher Verhältnisse gratulieren. Indem letztere der Swapo-Politik zugeschlagen wurden, war auch schon die Adresse angegeben, die für eventuelle Wutbekundungen enttäuschter Namibier künftig zuständig sein soll. Vor allem aber enthielt das Lob einen Schuß Zynismus, denn es klang – eingedenk seiner Vorgeschichte – ein wenig, als würde sich nach einem gewaltsam abgepreßten Geständnis der Folterer beim Opfer für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Aus Renitenz wird Regierungsfähigkeit

In ihrem 1976 verabschiedeten Programm hatte die Swapo (South West African People's Organization) über die »nationale Unabhängigkeit« hinaus den Aufbau einer »klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung« anvisiert. Dies schloß eine Bodenreform zum Nachteil der weißen Siedler ebenso ein wie die Nationalisierung der Minenindustrie. Die Kolonialregimes der Region befanden sich damals in Schwierigkeiten, in Angola und Moambique schien der Machtantritt von Befreiungsbewegungen vorzuführen, wie koloniale Ambitionen zu deckeln seien. Südafrika war bis Mitte der siebziger Jahre unter anderem von der UN-Vollversammlung, dem Sicherheitsrat und dem Internationalen Gerichtshof verbindlich aufgefordert worden, aus Namibia* zu verschwinden. Dort war die Besatzungsmacht mit Streiks, Aufständen und Wahlboykotts konfrontiert, von Angola aus forcierte die Swapo ihre Guerilla-Aktionen.

An Kapitulation indes dachte in Pretoria niemand: Eben erst hatte man die zu Hause bewährten Homelands in die Kolonie importiert, die trotz UN-Verbots im Verein mit europäischen Firmen betriebene Nutzung namibischer Bergbau- und Fischereiressourcen warf bemerkenswerte Profite ab, zudem stand der Produktionsbeginn in der damals weltgrößten Uranmine bei Rössing bevor, mit dem die Betreibergemeinschaft – u.a. Rio Tinto Zinc (GB) und Urangesellschaft (BRD) – das US-Monopol auf dem Uran-Weltmarkt knacken wollte. Ohne auf Folter, Massaker und Ausnahmezustand zu verzichten, betrieb das Apartheidregime seine Stabilisierung nun durch Rückgriffe auf bislang vernachlässigte Kolonialtechniken: Einer Anzahl schwarzer Namibier wurde planmäßig das Privileg eingeräumt, über eine halbwegs erträglich bezahlte Stellung im Verwaltungs-, Bildungs- oder Gesundheitswesen bei der Drängelei auf den unteren Sprossen der sozialen Stufenleiter mitzumachen; garniert mit einigen Infrastrukturmaßnahmen wurde das ganze als sozialer Fortschritt verkauft.

Nachdem die Kolonialmacht 1975 Vertreter der weißen Geschäftswelt und der Homeland-Bürokatie in der Windhoeker Turnhalle zu einer »Verfassungskonferenz« zusammengetrommelt hatte, die unter Ausschluß von Swapo und Uno die Installierung eines klassischen Marionetten-Regimes vorbereiten sollte, forderte der Sicherheitsrat per Resolution (385/1976) und unter Androhungen von Sanktionen den unverzüglichen Machttransfer an die Uno. Statt zu parieren ließ Südafrika von der Turnhallenkonferenz eine »Verfassung« vorlegen, ein Schritt, den die westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates durch ein Veto gegen beantragte Strafmaßnahmen honorierten. Dann modifizierte die damalige Nato-Achse im Sicherheitsrat (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, BRD) als informelle »Kontaktgruppe« die Resolution 385 zu einem neuen Unabhängigkeitsplan, der u.a. eine südafrikanische Polizei-Hoheit während Uno-überwachter Wahlen vorsah. Die Swapo schluckte diese Kröte, aber unmittelbar nachdem das Vorhaben in der Sicherheitsresolution 435 (1978) fixiert war, kündigte Südafrika sein Einverständnis auf und veranstaltete auf eigene Faust Wahlen in Namibia, die vom Sicherheitsrat umgehend für »null und nichtig« erklärt wurden.

Damit war die Konstellation gegeben, die eine Paralysierung der Swapo möglich machte: Südafrika übernahm die Rolle des bösen Buben und mit 100.000 Soldaten die Dreckarbeit vor Ort, signalisierte aber von Zeit zu Zeit Verhandlungsbereitschaft. Die Kontaktgruppe hielt die Uno-Mehrheit in Schach, verhinderte Sanktionen und tarnte ihre Mittäterschaft durch die Nichtanerkennung verschiedener südafrikanischer Günstlingsregierungen. Westliche Wissenschaft

und Publizistik waren sich schnell einig, daß Südafrika eine »Blockierungsstrategie« gegen die Kontaktgruppe betreibe. Die Swapo sah das anders und sprach 1979 davon, »daß sich die Rassisten in Pretoria und ihre imperialistischen Hintermänner neuer und noch hinterhältigerer ... Intrigen bedienen«, um »die kapitalistische Ausbeutung unseres Landes für alle Zukunft abzusichern«.

Als 1981 in Genf erneut über die Umsetzung des Unabhängigkeitsplanes verhandelt wurde, war plötzlich auf Betreiben des Bonner Auswärtigen Amtes die »Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester« mit von der Partie. Die Vertreter dieser mit Apartheid-Fans und Alt-Kolonialisten durchsetzten Truppe, die im Namen der 25.000 deutschstämmigen Namibier für eine Stärkung des BRD-Einflusses in der Kolonie agierte, forderten im Verein mit Genscher von der Swapo »Minderheitenschutz« und verlangten, die Befreiungsorganisation müsse sich »einem demokratischen Prozeß stellen«. Solche Frechheiten bekam die Swapo von nun an ständig zu hören, denn mit Verbreitung der Einsicht, daß eine formelle Unabhängigkeit Namibias ohne Beteiligung der Swapo kaum zu haben sei, potenzierten sich die erzieherischen Anstrengungen, die die Kontaktgruppe der Organisation widmete.

1982 schließlich wurden der Swapo – in der faktischen Vorwegnahme einer Verfassungsgebenden Versammlung – die grundlegenden Prinzipien des künftigen Staates aufgenötigt: Festgeschrieben wurde unter anderem die Notwendigkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zur Verfassungs-Verabschiedung, föderative Strukturen, parlamentarische Demokratie sowie unter dem Titel des »Minderheitenschutzes« die Garantie für bestehendes Eigentum und »gleichberechtigten Zugang zum Öffentlichen Dienst für alle«. Die Kontaktgruppen-Pädagogen hatten passende Sanktionsmaßnahmen parat: Vor Beginn der Sitzung hatten südafrikanische Truppen ihren Vormarsch in Angola energisch forciert, worauf die Regierungen der Region der befreundeten Swapo die Annahme der Bedingungen nahelegten. Statt von kapitalistischer Ausbeutung sprach die Swapo in der Folge von »vernünftigen Gewinnen für Investoren« und konzentrierte sich ansonsten ganz auf die Staatsgründung, der sie sich nun nahe glaubte.

Es kam anders. Kaum war die Übereinkunft im Juli 1982 schriftlich fixiert, machte die US-Regierung im Verein mit Südafrika und den übrigen Staaten der Kontaktgruppe die Umsetzung des Unabhängigkeitsplanes vom vorherigen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola abhängig. Damit war die Swapo manövrierunfähig. Die Umsetzung der neuen Bedingung konnte Pretoria in der Folge nach Belieben durch eine Eskalierung der Intervention in Angola verhindern. Die gewonnene Zeit wurde – mit maßgeblicher Unterstützung aus der BRD, die allein zwischen 1978 und 1985 über 74 Millionen Mark »Entwicklungshilfe« in die Kolonie überwies – erfolgreich genutzt, um den systematischen Aufbau einer schwarzen Mittelschicht zu beschleunigen. Als ihre Streitkräfte in Angola eine vernichtende Niederlage hinnehmen mußten, erklärte sich die südafrikanische Regierung 1988 zu Verhandlungen bereit, in deren Verlauf der Abzug der Kubaner sowie die Umsetzung des Unabhängigkeitsplans für Namibia vereinbart wurden. Dort fanden im November 1989 von der Uno beaufsichtigte Wahlen statt: Die Swapo verfehlte mit 57 Prozent der Stimmen die Zwei-Drittel-Mehrheit, während auf die Demokratische Turnhallenallianz (DTA) als Vertretung des weißen Business und der privilegierten Afrikaner 28 Prozent entfielen.

Aus einer Ruine wird ein Staat

Zur Erledigung der ausstehenden Fein-Formulierungen und um den für eine parlamentarische Demokratie notwendigen Schein von nationaler und Volks-Souveränität herzustellen, wurde die Kontaktgruppen-Swapo-Konferenz von 1982 nun gedoubelt und machte als Verfassungsgebende Versammlung die »Auflagen« der »fünf Westmächte« (Ansprenger) offiziell und einstimmig zur Räson des neuen Staates. Hiesige Staatslehrer waren begeistert. Dem Bonner Völkerrechtler C. Tomuschat imponierten die »Grundzüge einer liberalen marktwirtschaftlichen Verfassung, die ... jeder Art von staatlichem Dirigismus abschwört«. Anerkennend wurde vermerkt, »man habe sich bei der Gewährung sozialer Grundrechte ... äußerste Zurückhaltung auferlegt«, während bezüglich der Wirtschaftsordnung »die Grundrechte der Eigentumsgarantie sowie der Berufs- und Gewerbefreiheit« besonders hervorzuheben seien.

Den 1982 beschlossenen »gleichberechtigten Zugang zum Öffentlichen Dienst« präzisierte die Verfassung in der Übernahme des kompletten – und abstrus aufgeblähten – kolonialen Verwaltungsapparates. Den Versuch, das enorme Destabilisierungspotential von über 50.000 apartheiderprobten Beamten einzubinden, verstand die Swapo als Versöhnungsgeste, die Loyalität der Kasten-Mehrheit allerdings ist vergleichbar mit jener, die deutsche Staatsdiener seinerzeit der Republik von Weimar entgegenbrachten. Bevor die Swapo ans Regieren gehen konnte, wurde Namibia unter Androhung eines internationalen Kreditboykotts noch mit dem ausgestattet, was jeden ordentlichen Peripherie-Staat ausmacht: Es waren ca. 500 Millionen Dollar – von Südafrika unter anderem für die koloniale Repression verausgabt – als Schulden anzuerkennen, die der Staat nie gemacht hatte. Der einzige Tiefseehafen des Landes, unverzichtbar für den namibischen Außenhandel, blieb von Südafrika annektiert.

Angesichts dieser Regelungen, die die reale Machtlosigkeit der Swapo juristisch und faktisch fixierten, blieb dieser wenig anderes übrig, als eine »Politik der nationalen Versöhnung« zu propagieren, der jeder Gedanke an eine Umverteilung materieller Resourcen fremd bleiben muß. Einige Wochen vor dem Unabhängigkeitsdatum hatte der Berliner Professor

Ansprenger höhnisch, aber zutreffend festgestellt, die Swapo werde »um das Wohlwollen der Konzerne ringen müssen. Sie wird es auch bekommen, egal wie sie mit dem eigenen Volk umgeht, solange die Bilanzen stimmen.«

In ihren Austauschbeziehungen völlig auf Südafrika angewiesen, deutet bisher nichts darauf hin, daß die kolonialen Strukturen der namibischen Wirtschaft in absehbarer Zeit aufgebrochen werden können: Der ausschließlich für den Weltmarkt produzierende Bergbausektor, der lediglich 13.000 Beschäftigte aufweist, aber 75 Prozent des Gesamtexports und 30 Prozent der Wertschöpfung abdeckt, wird weiterhin von internationalen Konzernen kontrolliert. Seine aktuelle Krise ist nicht nur auf das Dumping der Ex-UdSSR-Staaten (Uran, Diamanten) zurückzuführen, sondern ganz wesentlich auf den hastigen Raubbau während der achtziger Jahre. Die namibische Filiale des südafrikanischen Diamanten-Monopolisten De Beers hatte damals Anweisung, »to get as much out of the ground as possible before there is a change in government«. Der von weißen Großfarmern beherrschte Agrarsektor (v.a. Rinderzucht), von dem 70 Prozent der Namibier anhängig sind, trägt lediglich 10 Prozent zur Wertschöpfung bei und weist durch rücksichtslose Überweidung hervorgerufene Ruinierungs-Erscheinungen auf. Die ergiebigen Fischgründe vor der Küste waren zum Zeitpunkt der Staatsgründung faktisch leergefischt. An der Verteilung des rechnerisch hohen Pro-Kopf-Einkommens hat sich nach der Staatsgründung nichts geändert: Ein Weißer verdient das 200fache eines im Subsistenzsektor lebenden Namibiers und das 20fache eines im formellen kapitalistischen Sektor Beschäftigten, die Arbeitslosenquote beträgt mindestens 40 Prozent.

Ansprüche ihrer Anhängerschaft, die auf die im Swapo-Wahlprogramm versprochene »soziale Gerechtigkeit und Gleichheit für alle« wartet, beschied die Regierung durchweg abschlägig. Die fest versprochene Landreform steht aus, nicht einmal die (Jagd-)Farmen im Ausland lebender Besitzer wurden enteignet. Als vor Monaten die Mindestlöhne für Landarbeiter heraufgesetzt werden sollten, nahmen Großfarmer präventiv Entlassungen vor und heuerten Tagelöhner an, worauf die Erhöhung verschoben und durch »einen Appell an das soziale Bewußtsein der Farmer ersetzt« (Melber) wurde. Ein Arbeitsschutz-Gesetz blieb in puncto Schwangerschaftsregelung, Mindestlohn und Kündigungsschutz weit hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurück, da die Wirtschaftspolitik der Swapo – hierin bestärkt von ihren westlichen Aufpassern – alles vermeidet, was die anwesenden und erwarteten »ausländischen Investoren« abschrecken könnte. Kritiker und Anspruchsteller weist die Regierung statt dessen gerne darauf hin, daß die Äußerung von Unmut nicht länger postwendend in den Knast führt. Dies zieht bisher, weil die Mehrheit der Namibier der Swapo den Abzug der südafrikanischen Todesschwadronen und Folterexperten so schnell nicht vergessen wird.

Die Anfang Dezember 1992 erstmals durchgeführten Regional- und Kommunalwahlen gewann die Regierungspartei unangefochten. Auf der anderen Seite verstehen viele weiße Namibier das Swapo-Appeasement gegenüber ihren Privilegien als Aufforderung zur Fortsetzung kruder rassistischer Provokationen. Ein Hotelier, der vor einigen Monaten gewohnheitsgemäß den schwarzen Mitgliedern einer Reisegruppe den Zutritt zu seinem Etablissement verweigern wollte, merkte zu spät, daß er es mit Regierungsbeamten zu tun hatte und verlor (vorläufig) seine Konzession. Insbesondere die deutschstämmigen Siedler können sich mit der Existenz der »Kaffernregierung« nicht anfreunden und fühlen sich – wie eine Studie jüngst belegte – seit der Beseitigung der Diktatur ebenso unablässig wie grundlos bedroht.

Wie weiter mit der Demokratisierung Afrikas?

Als der namibische Staat gegründet wurde, hatte nicht nur im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch innerhalb der hiesigen Solidaritätsbewegung ein intensives Nachdenken über die Demokratisierung Afrikas eingesetzt. Die Bewegung wurde in ihrer Selbstkritik prinzipiell und monierte rückblickend ihre rückhaltlose Identifizierung mit Befreiungsbewegungen, die Überbetonung von Dependenz-Verhältnissen und die Geringschätzung des demokratischen Gedankens. Letzterer – Menschenrechte, Parteienpluralismus, Markt – gewinne nach dem Zusammenbruch des Sozialismus berechtigterweise auch in Afrika an Attraktivität, die Zeit der korrupten Eliten dort sei abgelaufen, ihre Abdankung müsse durch eine zivilgesellschaftliche und basisorientierte Kooperation mit den sich formierenden demokratischen Bewegungen des Kontinents beschleunigt werden. Entwicklung, die auch und endlich den ewigen Verlierern nutze, sei so am ehesten möglich.

So wurde nach zwanzig Jahren erfolglosen Engagements die imperialistische Ordnung von Politik und Ökonomie flugs als nebensächlich beiseitegeschoben, indem das Gros der Bewegung anhob, das Innenleben von Peripherie-Staaten nach Entwicklungs-Reserven und -Hemmnissen zu durchforsten. Die Widrigkeiten des internationalen Business – Verschuldung, Terms of trade, Protektionismus – erhielten den Status von Rahmenbedingungen jeder absehbaren Entwicklung und finden mittlerweile analytisch unverarbeitet Erwähnung (fast) nur noch im pflichtbewußt heruntergeleierten Postulat einer »gerechten Weltwirtschaftsordnung«, der mit einer energischen Forcierung des alternativen Kaffee-Handels zugearbeitet wird. Die ideelle Verkoppelung von parlamentarischer Demokratie und Entwicklung wurde zu einer fixen Idee, der ihre reale Blamierung – etwa in Lateinamerika oder Südostasien – nichts anhaben kann. In diesem Kontext forderte der Hamburger Professor R. Tetzlaff jüngst »SozialwissenschaftlerInnen« auf, »wieder intensiver Parteien, Parlamente, Verfassungen und andere institutionelle Komponenten von Herrschaftsregimen« der Dritten Welt zu untersuchen, »um so die fehlende Effizienz sich demokratisierender Regime genauer benennen zu können«.

Dagegen bekräftigen die Gründungsmodalitäten des namibischen Staates mit einigen Indizien die These, daß die fehlende Entwicklungs-Effizienz von Herrschaftsregimen mit Innenarchitekten zu tun hat, die als Anwälte der internationalen Ordnung die Einrichtung neuer Demokratien als ihre Sache betreiben und im Bedarfsfall ökonomisch-militärischen Druck mit einem ordinären politischen Diktat verbinden, dem nichts fremder ist als das Wohlergehen seiner Adressaten. Im politikwissenschaftlichen Reflex wurde die Staatsgründung fast durchweg als »historischer Kompromiß« gefeiert, nach dessen Ratifizierung nunmehr die Beseitigung der »kolonialen Erblasten«, d.h. der sozial-ökonomischen Zerrüttung, anstehe. Eine solche Sicht will nicht wahrhaben, daß die Erbonkels noch gar nicht unter der Erde sind, sondern bei bester Gesundheit ein Regelwerk maßschneiderten, das die kompromißlose Mehrung ihrer Hinterlassenschaft garantieren soll und dessen Einhaltung sie aus Johannesburg, London und Bonn, aber auch an Ort und Stelle überwachen. Insofern sind auch für die beliebte linksliberale Nörgelei an der knausrigen Sozialpolitik der Swapo die Windhoeker Regierungsbüros nur sehr bedingt die richtige Adresse. Denn erst nachdem die Swapo Zeugnis ihrer Erpressbarkeit abgelegt hatte, durfte sie in die Amtszimmer einziehen und den Namibiern die Sachzwänge einer Hausordnung vermitteln, die von den »fünf Westmächten« entworfen worden war und welche die Vetternwirtschaft sanktionierte, mit der die Eliten Südafrikas und der Kontaktgruppestaaten ihre Klientel – weiße Siedler und Unternehmer – sowie sich selbst bedienen.

Das Ende der sowjetischen Außenpolitik beschleunigt und verbilligt die – mancherorts Weltinnenpolitik genannte – Abfassung solcher Hausordnungen, da mit ihr die für Peripherie-Staaten finanziell häufig lukrative Möglichkeit flöten ging, zwischen den Schutztruppen des Westens und Ostens zu wählen. Zudem wurde – auch in Afrika selbst – im Zuge der Sozialismus-am-Ende-Euphorie die parlamentarische Demokratie mit einem Ausmaß an emanzipatorischen Verheißungen aufgeladen, welches den Blick darauf verstellt, daß die demokratische Form in Peripherie-Staaten ein Mittel externer Klassenherrschaft geblieben ist, die die vor Ort Regierenden als Puffer gegen die Bevölkerungsmehrheiten nutzt. Larry Diamond, als angelsächsischer Politologe blumiger Verklausulierung weniger verpflichtet als seine hiesigen Berufskollegen, feierte diese Sozialtechnik kürzlich in einem Aufsatz über »Die weltweite Ausbreitung der Demokratie« so: »Die sozioökonomische Entwicklung kann auch Interessengemeinschaften verändern, wenn klügere und vorausschauendere wirtschaftliche und politische Eliten erkennen, daß die Überwindung extremistischer Bedrohungen oder deren Verschwinden autoritäre Regime überflüssig macht.« Remember Swapo. Eine – bereits vielbefolgte – Anleitung für künftige Analysen hält Diamond auch bereit. Im Zuge der weltweiten »Öffnung und Demokratisierung politischer Regime« werde es »immer schwerer, auseinanderzuhalten, welche innerstaatlichen und welche internationalen Faktoren dazu beigetragen haben. Eine solche Unterscheidung« könne »angesichts dieser Situation immer unnützer werden«. Ach ja?

* Landeskunde: Namibia hat ca. 1,6 Millionen Einwohner, darunter ca. 80.000 Weiße. Das Land ist etwa doppelt so groß wie die heutige BRD und verfügt über eine Reihe von Bodenschätzen (Uran, Diamanten, Gold, strategische Metalle). Vor der Küste werden Erdöl-Vorkommen vermutet. Von 1884-1915 hieß Namibia »Deutsch Südwest-Afrika«.

Ralf Schröder ist Sozialwissenschaftler und lebt in Aachen

Konkret 02/93, S. 44

Günther Anders

Erlaubte Revolutionen

»Wieder einmal ein Korrumpierungsversuch. 1968« heißt der Untertitel dieses Essays, in dem der österreichische Philosoph Günther Anders die Studentenbewegung und ihre US-amerikanischen Vorbilder kritisiert. 25 Jahre später wissen wir, daß er recht hatte. Günther Anders starb, 90jährig, im Dezember 1992 in Wien. Der Essay, 1968 geschrieben, aber nicht veröffentlicht, erscheint als Erstdruck in KONKRET

Daß das Establishment es liebt, die Kräfte und Stimmen der ihm Opponierenden als Beweisstücke seiner Toleranz und als Schmuckstücke seiner Liberalität zu honorieren, das hat sich allmählich herumgesprochen. Schon 1964 habe ich geschildert, wie Nonkonformismus durch das Lob von falscher Seite ruiniert wird.1 Heute gibt es unter den Prominenten der APO wohl kaum einen, dem die Post oder das Telefon nicht täglich Einladungen seines Gegners, des Establishments, zustellte, zumeist Bitten, natürlich auf Kosten des Einladenden durch die Lüfte zu irgend einer »Stätte der Begegnung« zu eilen, um dort als Redner an einem generös honorierten Symposium über ein brennendes Thema teilzunehmen, genauer: um seine »zwar von der Mehrheit vielleicht nicht geteilte, aber doch gewiß von allen respektierte Meinung rückhaltlos zu vertreten«. Noch niemals haben Herrschende ihre Gegner so üppig verwöhnt, wie das das heutige Establishment tut – was wenig verwunderlich ist: denn da dieses nur selten Gelegenheit hat, die demokratische und tolerante Mentalität, mit der es so gerne prahlt, zu bezeugen, ist es glücklich darüber, das risikolos durch Bejahung von so unriskanten Neinsagern, wie wir es sind, tun zu können.

Aus unserer Perspektive: Noch niemals haben sich Geistige in einer Korruptionsgefahr befunden, die so groß gewesen wäre und die so pausenlos gewährt hätte wie die, in der wir Intellektuellen der sogenannten »westlichen Demokratien« uns heute befinden. Es gehört schon eine ziemlich ungewöhnliche Allergie gegen Verlogenheit dazu, keinen Augenblick lang zu vergessen, daß man *der Wahrheit durch deren Verkauf an Falsche, gar an Feinde, eine falsche Funktion zuerteilt,* und daß man selbst das reinste Gold dadurch in Gefahr bringt, sich in Blech zu verwandeln. Da es solche Schwierigkeiten bereitet, diese Tatsache ununterbrochen in Evidenz zu halten, ist die Korruptionsgefahr, der wir ausgesetzt sind, vermutlich sogar noch größer als die, in der unsere unter offenem Terror schreibenden Kollegen leben. Denn die »genießen« ja immerhin noch die »Chance«, den Terror, zu dem sie verurteilt sind, zu spüren; und für die ist es ja unmöglich, das, was man ihnen zumutet (sich an diese oder an jene vorgeschriebene politische Ideologie anzupassen oder für dieses oder für jenes Ziel, mit dem sie nicht einverstanden sind, oder dem sie geradezu feindlich gegenüberstehen, ein feierlich aussehendes Würdekleid zurechtzuschneidern), *nicht* als unmoralische Zumutung zu durchschauen. Weshalb ich auch davon überzeugt bin, daß ihnen, trotz der damit verbundenen großen Risiken, Gehorsamsverweigerung leichter fällt als uns; daß es ihnen mindestens leichter gemacht ist, ihren Gehorsam, sofern sie diesen nicht vermeiden können, nur zu *spielen* – kurz: daß ihr Verhältnis zur Wahrheit trotz der Tatsache, daß sie oft als bloße Lakaien arbeiten müssen, nicht so endgültig korrumpiert ist wie das unsere. Mindestens können sie, da sie bewußt lügen und bewußt spielen, ihr Lügenspiel auch bewußt abbrechen und den Weg zur Wahrheit zurückfinden.

Was man dagegen von uns, den nonkonformistischen Autoren in den westlichen Demokratien, verlangt, ist ja lediglich, daß wir unsere Schriften an Firmen verkaufen, die dem Establishment angehören. Nichts dagegen, daß wir uns zu direkten inhaltlichen Kompromissen bequemen. Im Gegenteil: Die Rechte auf unsere eigene Position, auf unsere Empörung und auf unsere Proteste, die werden uns ja eingeräumt, und nicht nur eingeräumt, sondern geradezu grundsätzlich verbürgt, und nicht nur grundsätzlich verbürgt, denn die zu verbürgen, das scheint unseren Gegnern ja geradezu Spaß zu machen. Kaum je versuchen sie (nur die Plumpesten tun das), für die guten Honorare, die sie uns zahlen, und für das literarische Prestige, das sie uns mit Hilfe ihres Werbe-Apparats verschaffen, direkt Gegenleistungen von uns einzukassieren; kaum je verlangen sie von uns, ihnen zu Gefallen *so* zu schreiben, *so* dagegen nicht, gegen *dies* zu protestieren, *jenes* dagegen zu loben, *dieses* Thema zu behandeln, *jenes* dagegen unter keinen Umständen. Umgekehrt kommt es zuweilen sogar vor, daß sie uns, da sie sich davon besseren Absatz oder größere Sensation versprechen, darum ersuchen, um eine Nuance härter und erbarmungsloser auf das Establishment, also auch auf sie selbst, einzuschlagen; diese oder jene unserer Thesen noch etwas aggressiver oder penetranter zu formulieren; oder diesen oder jenen Appell noch ein bißchen epatierender. Direktes »hush money«, direktes Schweigegeld, ist also das Honorar, mit dem unsere Firmen uns erhalten, kaum jemals, Bestechungen solcher Art haben sie nicht nötig, und zwar eben deshalb nicht, weil das Honorar, das sie uns aushändigen, in indirektem Sinne *doch* »hush money« ist. Und das ist es einfach deshalb, weil, was zählt, nicht der Enthusiasmus ist, mit dem sie uns in kerzenbeleuchteten Nobellokalen über dem Chateaubriand à la sowieso zuflüstern, daß sie unsere heimlichen Partisanen seien, sondern die Tatsache, daß *sie* es sind, die unsere Proteste unter ihre Fittiche nehmen.

Diese Tatsache genügt, um die Protestfunktion unserer Proteste zu neutralisieren, um aus diesen bloße *»Texte«* zu machen.2 Und aus diesem Grunde können sie es sich erlauben, die Reklametrommel für uns zu rühren. Je lauter sie das tun, um so verhängnisvoller ist das natürlich für uns, denn um so harmloser wird unser Image, um so harmloser werden dadurch wir selber. Und es kann durchaus passieren, daß sie uns *totloben*, daß sie uns unter demjenigen Ruhm, den sie für uns

aufwirbeln, begraben. – In anderen Worten: Im Unterschiede zu unseren bedauernswerten Kollegen im Osten, die zwar unter hartem Terror leben müssen, die dadurch andererseits aber immerhin die Chance haben, den Terror zu spüren und sich ihrer eigenen Unfreiheit bewußt zu bleiben, laufen wir, da uns der »sanfte Terror«, unter dem wir leben, daran hindert, diesen als Terror zu erkennen, da wir mithin weder ahnen, *welche* Aufträge wir ausführen, noch daß wir überhaupt Aufträge ausführen, als doppelt Betrogene herum und als kaum Reformierbare. Auf Grund der nicht unberechtigten Gewißheit, daß die Firmen, denen wir unsere Wahrheiten zur Verbreitung anvertrauen, diesen kein Haar krümmen werden, sind wir fest davon überzeugt, daß wir in der Wahrheit bleiben. Und diese Überzeugung ist unser Verhängnis, wir werden zu betrogenen Betrügern. In demjenigen Augenblicke, in dem wir glauben, daß es uns gelungen sei, als »Wölfe im Schafspelz« ins Gehege der Literatur des Establishments einzubrechen und dieses inklusive seiner Werbungsmaschinerie für unsere Zwecke auszunutzen, in diesem selben Augenblicke hat das Establishment bereits seinen Sieg davongetragen, hat es nämlich unsere »Wölfischkeit« in ein Kostüm verwandelt. Und statt, wie wir uns weismachen, als Wölfe im Schafspelz, laufen wir nun als Schafe im Wolfspelz herum.

Ein haarsträubend typisches Beispiel für die Erwünschtheit von Protesten war ein vor kurzem von einer der mächtigsten Rundfunkstationen der Bundesrepublik veranstaltetes Symposium über »Zivilcourage«, zu dem (übrigens ausgerechnet im kritischsten Augenblicke der Notstandsdiskussion) ernste Männer durch die Lüfte eingeflogen worden waren, um vor einem Millionenpublikum zu diskutieren. Ohne ihre Mienen zu verziehen, nein, im Gefühl, dadurch der wahren Demokratie zum Ausdruck zu verhelfen, erklärten diese Diskutanten, deren leidenschaftlicher Ernst über jeden Zweifel erhaben war, daß die Kultivierung des so wichtigen »zivilen Ungehorsams« nicht einfach den Eltern, geschweige denn nur der »natürlichen Entwicklung des Kindes« überlassen bleiben dürfe, daß es vielmehr eine der selbstverständlichsten Aufgaben des Staates sei, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, also *die Oppositionstugenden der freien Welt in den Schulen zu unterrichten,* und zwar von früh an und ganz methodisch, »damit das, was schon einmal passiert« sei (gemeint war natürlich Hitler und die allgemeine Gleichschaltung mit diesem) nicht noch einmal geschehe3, damit also die Schüler später einmal, wenn sie nicht mehr Schüler sein würden, geübt darin sein würden, aufzumucken, und zwar jeder von ihnen; und damit sie das dann auch »wie ein Mann« tun würden, und keiner sich vor dem Non-Konformismus drücken würde.

Nun, ganz abgesehen von der unwiderstehlichen Komik, die der Vorstellung von »wie ein Mann aufmuckenden Non-Konfor-misten« innewohnt, die Idee, gerade von derjenigen Institution, gegen die allein, wenn überhaupt, der Aufstand sich einmal würde richten können: nämlich vom *Staatsapparat*, zu verlangen, daß er als Pädagoge auftrete und die seelischen Voraussetzungen des Aufstandes gegen ihn selbst selber kultiviere; daß er, der Gärtner, die Böcke nicht nur in den Garten hineinlasse, sondern die Kurse im »Bocken« selber veranstalte – diese Idee ist einfach abenteuerlich. Aber nicht einer der Diskutanten schien ein Gespür dafür gehabt zu haben. Und nicht einer schien begriffen zu haben, daß der Aufstand, wenn er wirklich einmal ausbrechen würde, im ersten Augenblicke einfach durch die Tatsache, daß er als ein vom Staatsapparat selbst vorbereitetes Ereignis stattfinden und dadurch ein Element des Staates selbst sein würde, als Aufstand bereits entkräftet, gewissermaßen »Ihrer Majestät loyaler Aufstand« wäre. Das begriffen die Diskutanten nicht, vielmehr unterhielten sie sich in aller Naivität, also allen Ernstes, so, als seien die Tugenden der oppositionellen Haltung und des aktiven Widerstandes von so allgemeinem Interesse, daß der Staat sich nicht darum drücken könnte, für deren Ausbildung selbst Sorge zu tragen, also *Aufständische selbst zu produzieren.* Es fehlte nur noch der Vorschlag, daß Kinder, die nicht brav und fleißig genug ihr Ungehorsamspensum während des Civil-disobedience-Unterrichts gelernt haben, zur Strafe nachsitzen und hundertmal schreiben sollten: »Ich werde nie wieder gehorsam sein. Ich werde nie wieder gehorsam sein« etc.

Was in diesem Fernseh-Symposium nur vorgeschlagen worden war: das Establishment selbst mit der Organisierung des Widerstandes gegen es selbst zu betrauen, das ist in den Vereinigten Staaten in gewissem Maße schon Wirklichkeit. Jedenfalls gibt es bereits oppositionelle Demonstrationen und Aktionen, die nicht nur mit dem Einverständnis derer, gegen die sie gerichtet sind, stattfinden (und eigentlich sollte das, um diese Aktionen überflüssig zu machen, schon reichen); sondern sogar ohne deren organisatorische Hilfe gar nicht stattfinden könnten; und je größer solche Widerstandsaktionen, um so undurchführbarer werden diese, wenn sie nicht auf den guten Willen der etablierten Macht, gegen die sie sich richten, zählen können, nein, sogar darauf, daß sie deren »Facilities« und »Stipendien« mit in Anspruch nehmen dürfen. Aus diesem Grunde gilt es auch nicht als ehrenrührig, wenn sie diese Hilfe akzeptieren. Ich denke da z. B. an den »Poor People's March« nach Washington, d. h. an den revolutionären Plan, zu Tausenden mit Kind und Kegel nach Washington zu ziehen und dort mitten in der Stadt ultimativ zu kampieren, d. h. so lange, bis die Erfüllung ganz konkret formulierter Mindestbedingungen, minimaler Civil rights-Forderungen, wirklich garantiert wäre. Keine Frage, im Konzept war das wirklich neuartig, und es sah aus wie die Bereitschaft, Macht gegen Macht einzusetzen. Aber sah das nicht nur so aus? Ich fürchte.

Denn 1. hatten die »Revolutionäre«, die dem Establishment »den Pelz zu waschen« entschlossen waren, sich selbst eine Reserve auferlegt; es sich nämlich verboten, den Pelz ihrer Gegner *so* zu waschen, daß dieser dabei hätte naß werden

können.

Und 2. konnten sie selbst diese bescheidene Trockenwäsche ihrer Gegner allein dann mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen, wenn sie bereit wären, diese ihre Gegner um Hilfe anzubetteln, und wenn sie gewiß sein konnten, daß diese ihre Bettelei nicht vergeblich bleiben würde.

Wie gesagt, der »Poor People's March« ist ein klassisches Beispiel für solche vom Establishment gestützten Aktionen gegen das Establishment. Das Kampieren von Abertausenden im Herzen von Washington, dieses revolutionäre Projekt, das konnte natürlich allein im Rahmen der existierenden Stadtplanung und nur in Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen durchgeführt werden, schon während der ersten Nacht hätten ja die Tausende, die da anmarschierten, um mitten in der Stadt nicht nur zu protestieren, sondern auch zu leben, also auch ihre leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen, eine Katastrophe heraufbeschwören müssen, eine Katastrophe, die nicht nur für sie gefährlich, sondern auch für ihre Sache verhängnisvoll hätte werden müssen, da sie ja die gesamte Einwohnerschaft der Stadt mitgefährdet hätte. Kurz: Vorbedingung ihres revolutionären Marsches war, sich mit der Stadtverwaltung ins Einvernehmen zu setzen und sich die Infrastruktur von denjenigen entwerfen, bauen und schenken zu lassen, die zu bekämpfen sie ausgezogen waren. –

Läßt man sich erst einmal auf derartige Vorbedingungen ein, dann gibt es natürlich kein Halten mehr; um so weniger dann, wenn sich das Establishment, das zu bekämpfen man ausgezogen war, als entgegenkommend erweist, wenn dieses (um beim Beispiel zu bleiben) den Campingplatz seinen lieben Opponenten nicht nur zur Verfügung stellt, sondern auch die erforderliche Kanalisation sofort wunschgemäß installiert. Ehe sich die Demonstranten dessen versehen, stehen sie dann mit denjenigen, gegen die sie losmarschiert waren, auf freundschaftlichstem Fuß, eigentlich können sie schon fünf Minuten nach Ankunft auf dem verabredeten Platz nicht mehr begreifen, warum sie sich auf den Weg gemacht hatten; und die Versöhnung könnte, ehe der Kampf noch Gelegenheit gehabt hatte, auszubrechen, bereits gefeiert werden. Das ist nicht als Witz gemeint. Denn wirklich begann ja die Harmonie bereits, als sich das Kampieren gewissermaßen noch im Zustande der Generalprobe befand und als die Belegschaft erst tröpfchenweise eintraf.

Schon am ersten Abend, an dem die Pioniere der »Poor People« Washington erreichten, erschienen bereits die Honoratioren der Stadt, sogar Präsidentschaftskandidaten, am Eingang des neuen Settlements, um die Vorhut dieser interessanten neuen Bewegung kennenzulernen und willkommen zu heißen, um sich durch diesen wirklich in amerikanischem Tempo wachsenden neuen Stadtteil herumführen zu lassen. Des Händeschüttelns war kein Ende, man verstand einander ausgezeichnet, voller Genugtuung konnten die Sprecher des »Poor People's March« feststellen, daß sie, da sie ja grundsätzlich und ausdrücklich auf Anwendung von Gewalt verzichtet hatten, die Erlaubnis, ihre Revolution durchzuführen, auch wirklich erworben oder erobert hatten, und daß ihr Partner (Verzeihung: ihr Gegner, vor dessen Toren sie sitzenbleiben würden, bis sie ihre Ziele durchgesetzt haben würden, und sollte das auch bis zum Tage des Jüngsten Gerichts währen) – daß also auch ihr Partner auf Gewalt verzichtete, da dieser sich ja gewissermaßen an ihrem Prinzip der Non-violence angesteckt oder dieses Prinzip nun selbst erlernt hätte; gleichviel, statt auf Widerstand trafen sie nun auf Blumenbouquets, die die Damen und Honoratioren zur Ausschmückung der Baracken bzw. der Ferienwohnungen oder wie immer man diesen neuen Stadtteil nennen wollte, mitgebracht hätten; und wenn sich alles so abgespielt hat, wie es sich in diesem Falle abspielen muß (vermutlich *hat* es sich so abgespielt), dann standen auch schon am ersten Tage städtische Autobusse bereit, um es den Kindern dieser (nun gewiß mit dringlicheren, eben ihren »revolutionären«, Aufgaben beschäftigten) »Poor People« zu ermöglichen, Fun and a nice time zu haben, um sie z. B. an das Grab von J.F. Kennedy in Arlington zu bringen. Und gewiß erhielt auf der Rückfahrt auch jedes Kind – denn alle waren ja »born equal« – einen mit dem Aufdruck »Poor People's March 1968« verzierten Bubble gum, den es zur Erinnerung nach Virginia oder South Carolina wird mitnehmen und bis in sein hohes Alter wird aufbewahren können.

Nein, im Ernst, *es gibt nichts Korrumpierenderes, als wenn das Non-violence-Prinzip auch vom Establishment beherzigt und angewendet wird*; nichts Verhängnisvolleres, als wenn der Starke dem opponierenden Schwachen, von dem er diese Methode gelernt hat, die Hand drückt, statt auf diese zu treten, oder als wenn gar die Polizei den Demonstranten Rosen statt Prügel verabreicht und ihnen dadurch den Shock of their life versetzt.

Man wende nicht ein, daß, wenn die eine Partei das Recht auf die Chance der Non-violence habe, dieses Recht auch der anderen Partei zukommen müßte. Das wäre ein ganz formalistisches Fairneß-Argument. Der Exekutive darf diese Chance unter keinen Umständen gegönnt werden, denn eine Polizei, die sich der Gewaltlosigkeit bedienen würde, um uns ganz und gar zu überwältigen, wäre in gewissem Sinne gefährlicher als eine aufs unkontrollierteste losprügelnde Polizei, deren Absichten immerhin noch klar wären, und gegen die man sich noch ohne Hemmung wehren könnte. Von den religiösen Motivierungen der Non-violence, die die Schwachen ernstnehmen, die dagegen für die Establishments, von deren Polizeien zu schweigen, gewiß keine Gültigkeit besitzen, soll hier nicht die Rede sein. Ungleich wichtiger ist, daß, *während die Schwachen sich ihre Chance, ein Minimum an Ansprüchen lautwerden zu lassen, eben nur durch Befolgung ihres Non-violence-Prinzips erkaufen können* oder mindestens erkaufen zu können glauben, also nur dadurch, daß sie sich zur Harmlosigkeit bekennen – daß im Unterschiede dazu *die Eigentümer der Macht stets über die Freiheit des Methodenwechsels verfügen.* Angewiesen auf Non-violence sind diese ja wahrhaftig nicht, vielmehr ist, sich einmal auf

Gewaltlosigkeit als eine Art von Spiel zu beschränken ein Vorspiel, das sie sich erlauben können, da sie ja, sobald es sich herausstellt, daß Rosenbouquets und Sightseeing Buses und Bubble gums nicht ausreichen, stets auf »more violent« Mittel zurückgreifen können; und nicht nur »zurückgreifen«: Denn *die Anwendung von Non-violence durch die Inhaber der Macht ist ja immer schon eo ipso die Möglichkeit von Handgreiflichkeit,* jeder nicht geschlagene Schlag enthält die Maxime »Wer nicht hören will, muß fühlen« ja bereits in sich.

Obwohl es so aussieht, als könnten wir revolutionäre Aktionen in der westlichen Welt allein dann mit Aussicht auf Erfolg beginnen, wenn wir uns der Hilfeleistung derer vergewissern, deren Herrschaft wir anzugreifen, zu erschüttern oder gar umzuwälzen hoffen, gilt doch als *Regel: Aktionen, für die wir die Erlaubnis oder gar die Unterstützung der von uns Bekämpften in Anspruch nehmen, mißglücken; und zwar dann am gründlichsten, wenn sie durch solche Hilfe zu glücken scheinen.*

Anmerkungen

1 Siehe d. Verfassers »Der sanfte Terror«, in: »Merkur«, März/April 1964.

2 Die Beliebtheit dieses Wortes ist kein Zufall. Diejenigen Schriftsteller, die ihre Schriften bereits selber »Texte« nennen, die kommen, ohne sich das klar zu machen, ihren Verlegern bereits praenumerando entgegen. Sie verpflichten sich, noch ehe sie ihr Schweigegeld erhalten haben, zum Schweigen.

3 Natürlich ist die Tatsache, daß sie nicht wissen, oder vorgeben, nicht zu wissen, daß das längst schon wieder geschehen ist, ein Beweis dafür, daß das schon wieder geschehen ist.

Konkret 02/93, S. 47

Eike Geisel

Die ganz normale Sonderbehandlung

Während hierzulande weiterhin Ausländer malträtiert und totgeschlagen werden, haben die Deutschen mal wieder ihr Interesse an einer Gruppe besonders pflegeleichter Inländer entdeckt: den Juden. Ein Blick auf einige Judensternstunden der deutschen Presse

»Spiegel«

Eine epochale Eiszeit entdeckte der »Spiegel« im vergangenen Herbst. Da brannte es gerade lichterloh in Deutschland. Doch die »Spiegel«-Redakteure fröstelten und veröffentlichten als Aufwärmer ein Sonderheft über »Juden und Deutsche«. Wie sich in den nachfolgenden Wochen zeigen sollte, war dieses Heft die Initialzündung für eine kollektive Manifestation des guten Willens. Angesichts malträtierter und ermordeter Ausländer entdeckten die Deutschen einmal wieder ganz besonders heftig ihre meist ebenfalls ermordeten, aber pflegeleichten Inländer: die Juden.

Die »überwiegend jüdischen Autoren«, wie die Hamburger Redaktion in feinsinniger Anspielung auf ordinäre Nürnberger Bruchzahlen die diversen Verfasser charakterisierte, ließen die alte Geschichte von der deutsch-jüdischen Schicksalsgemeinschaft zwischen Plato und Nato erneut Revue passieren. Je toter die Juden sind, so konnte man aus diesem Sonderheft erfahren, desto lebendiger wird der Dialog mit ihnen. Vor allem die rund achtzig im »Spiegel-Spezial« annoncierten Neuerscheinungen zur deutsch-jüdischen Geschichte kündigten von der Lebendigkeit, die der eine Gesprächsteilnehmer aus dem Dialog mit dem anderen, dem toten Partner, schöpft. Und bisweilen treibt dieses Zwiegespräch geradezu komische Blüten: »Der vorliegende dritte Band«, hieß es etwa über ein neues Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, »behandelt die Themenbereiche: Kulturelle Herausforderungen, Alltagskultur, Essen, Trinken, Handel; Deutschland und die Juden nach 1945.« »Jüdisches Leben auf dem Lande« versprach ein anderer Titel, und man fragte sich unwillkürlich: Eine neue Alternativbewegung? Jüdische Joghurts? Juden auf dem Lande – aber in welchem? Das konnte man möglicherweise aus einer Art Reiseführer für ein noch ganz unbekanntes neues Bundesland erfahren. Denn im Herbst 1992 wurde auch ein »Wegweiser durch das jüdische Rheinland« als Neuerscheinung angezeigt. Das jüdische Rheinland – bloß, wo liegt es? Gab es hier einen Touristenführer mit den Adressen von koscher geführten Hotels? Fand man darin die Anschriften der jüdischen Stadtverwaltungen, Schulen, Krankenhäuser, Gefängnisse und Universitäten? War das Rheinland etwa schon wieder besetzt – oder handelte es sich bei dieser Neuerscheinung nicht eher um einen Michelin für den Mars?

Erfreulicherweise waren die Titel anderer Neuveröffentlichungen präziser gehalten. Als »Aspekte jüdischen Lebens« kündigte der Berliner Nicolai-Verlag die Autobiografie »Ich war Hitlerjunge Salomon« an. Da wußte man gleich, was man schon immer geahnt hatte: Auch bei den Pimpfen gab es die deutsch-jüdische Symbiose. Die Hitlerjugend war keinesfalls bloß ein Aspekt deutschen Lebens gewesen. Und der Dietz-Verlag, bei dessen gedruckter Auskunft: »Das schützende Tabu ist gebrochen« man raten durfte, ob es sich dabei nicht vielleicht um eine Erfolgsmeldung handelte, ließ mit einer seiner Neuerscheinungen die ganze Republik wissen: »Onkel Max ist jüdisch«. Für Onkel Max mußte man sich einfach erwärmen.

Den Grund der epochalen Kälte sahen die Herausgeber des »Spiegel-Spezial«, die nun den publizistischen Wärmestrom andrehten, in der »Menschheitserfahrung Holocaust«. Mit dieser schönen Formel gaben sie zu verstehen, daß die Deutschen generös auf das Privateigentum an Auschwitz verzichteten. Aber wie alles auf der Welt, so hat auch dieses Geschenk an die Menschheit zwei Seiten: »Das Ergebnis der Menschheitserfahrung Holocaust«, hieß es im Editorial, »bleibt ... zwiespältig: Sie hat das absolut Böse sichtbar gemacht und insofern die Gewissen geschärft – aber gleichzeitig Eiseskälte hinterlassen.« Ob »die Gewissen geschärft« wurden, mag dahingestellt bleiben, sicher ist jedenfalls, daß die gewissen Journalisten scharf darauf waren, die im Herbst 1992 einsetzende Kampagne zur Pflege des deutschen Ansehens in der Welt anzuleiten.

Wo es vorher noch Antisemiten gab, sah der »Spiegel« nun Personen mit »judenkritischer Ansicht«, sozusagen intelligente, nachdenkliche Zeitgenossen. Dieser Charakterisierung zufolge müßte die SS als Vereinigung von Personen mit lebenskritischen Ansichten gelten. Und des Kanzlers »judenkritische« Äußerungen, er lasse sich die Wiedervereinigung nicht vom Jüdischen Weltkongreß vermiesen, dürften nicht mehr korrekt als dumpfes Ressentiment bezeichet werden.

Abschließend hieß es im Editorial der Sondernummer, durch die Geschichte seien »die Grundlagen der Überzeugungen von Juden *und* Deutschen« erschüttert. Wie felsenfest freilich die kritische Judentheorie des Hamburger Magazins ist, das hatte es schon vor einigen Jahren unter Beweis gestellt, als es angelegentlich der Theateraufführung »Ghetto« mit Erleichterung von der »Wahlverwandtschaft« zwischen Henkern und Opfern sprach. Von einer anderen Fortsetzung dieser deutsch-jüdischen Symbiose, einer Art Schicksalshaft, die regelmäßig mit dem Titel »Deutsche und Juden« beschworen wird, berichtete der »Spiegel« wenige Wochen, nachdem er seine Leser auf die Geschichte des deutsch-jüdischen Doppelgängertums eingestimmt hatte: »Ein jüdischer Emigrant bricht mit dem Tabu der Holocaust-Forschung: ... Stella –

eine Jüdin auf Judenjagd im Berliner Untergrund«. So wurde die Serie eines amerikanischen Journalisten eingeleitet, der kein Tabu gebrochen, sondern den längst bekannten Fall einer Berliner Gestapo-Greiferin recherchiert hatte. »Meet the ultimate betrayer« lautete die frivole, gleichwohl von deutschen Hintergedanken gänzlich freie Reklame für das Buch in den USA. Wohingegen im »Spiegel« endlich der Wahrheit von der Mitschuld eine Gosse gebahnt wurde. Es hieß dort: »... die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen (!) Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt ... worden.«

Das war die gar nicht mehr verschämte Steigerung einer deutschen Fußnote, nämlich des bislang in eine Frage gekleideten Vorwurfs, warum die Juden sich damals nicht gewehrt hätten, warum sie wie Schafe zur Schlachtbank gegangen seien. Anstatt die Frage zu beantworten, warum die Deutschen wie eine Hammelherde hinter ihren Führern hergetrottet waren, phantasierte vor einiger Zeit ein Berliner Professor, wie vorbildlich die Juden sich verhalten hätten, wenn sie, statt sich abtransportieren zu lassen, ein Sit-in veranstaltet hätten: dann wäre das System am »massiven passiven Widerstand« zerbrochen. Wenn sich freilich tatsächlich einer zur Wehr setzt angesichts der illuminierten Dämlichkeit, mit der Hunderttausende guten Gewissens durch die Straßen trotten, dann bricht eine hysterische Reaktion aus, als habe eine Jüdische Armee Fraktion bereits den Innenminister exekutiert. Denn Juden sollen gefälligst, wenn sie nicht tot sind, leiden, mahnen und warnen, aber nicht zurückschlagen, wie in Rostock.

»Stern«

Auf die Lichterketten folgten die Judensternstunden. Wollten die moralischen Glühwürmchen unter der Anleitung von Redaktionen und Werbeagenturen aus dem Ausland zeigen, daß es gute Deutsche gibt, so kam es nun darauf an, auch sich selbst zu zeigen, daß sie gute Juden haben. Die mißbrauchen weder das Asylrecht, noch liegen sie in Vorgärten, sondern sie spielen Klavier und haben hübsche Feiertage. Und wie der »Stern« seinen Lesern im Dezember erklärte, handelt es sich bei den Juden nicht nur um zivilisierte Menschen, die keinesfalls im Supermarkt klauen, sondern meist um illustre Persönlichkeiten: »Zum Beispiel Einstein...«

Was nach innen als Abwehr und Aufklärung verstanden wurde, sollte auch demonstrativ nach außen zur Imagepflege dienen. Das Ansehen Deutschlands und die Judenfrage hingen ja schon öfter zusammen, nicht erst seit Kinkels Stippvisite in Sachsenhausen. Am 6. Dezember 1938 sagte Göring vor hohen Nazifunktionären: »Der Jude ist mir hierbei völlig gleichgültig. Nicht gleichgültig ist mir das Ansehen der Partei im Volke und das Ansehen des Volkes dem Ausland gegenüber.« Im Unterschied zu damals ist dem »Stern-Extra« »Juden in Deutschland« der Jude hierbei nicht gleichgültig, im Gegenteil, er wird untersucht wie ein exotisches Tier.

Der »Stern« (Nr. 52/92) kündigt sein Juden-»Extra« allerdings mit einer plumpen Lüge an: »Zerstörte Gedenkstätten, geschändete jüdische Friedhöfe – der Antisemitismus in Deutschland erfährt eine beschämende Renaissance.« Dabei weiß jeder, in Wahrheit hat er nie aufgehört. Neu ist nur, daß die Juden, wenn sie angegriffen werden oder wenn ein Denkmal zerstört wird, eher unter sich bleiben, als daß die Öffentlichkeit einen Einzelfall zu ihrer Angelegenheit machte. Erinnert sich noch jemand an das traurige Häuflein jüdischer Demonstranten, die gegenüber den Friedensfreunden hilflos auf den Umstand hinwiesen, daß im Golfkrieg Israel bedroht war und nicht Dresden? Als in Berlin das Denkmal zur Erinnerung an die Deportation der Juden durch einen Bombenanschlag beschädigt wurde, da kamen eine Handvoll Leute, um gegen den Naziterror zu demonstrieren. Immerhin stand das Monument einige Monate unbeschädigt, in Rostock hätte es, wie man von der Gedenktafel weiß, die französische Juden dort anbrachten, keine 24 Stunden gestanden. Doch frei nach dem Motto »Rostock ist überall« plazierte der »Stern« als Titelfoto seiner Judenbeilage ein Bild des zerstörten Berliner Mahnmals mit der Unterschrift: »Ehemalige jüdische KZ-Häftlinge demonstrieren in Rostock gegen Ausländerhaß und Antisemitismus.« Rostock – das waren prügelnde Polizisten gegen jüdische Demonstranten und nicht ein alter Mann und drei jüngere Leute.

Der »Stern« wollte, so der Untertitel, »über ganz normales jüdisches Leben in Deutschland heute und über ein stilles Phänomen« berichten: Über »das wachsende Interesse der Bundesbürger am Judentum«. Womit in der Form einer Diagnose festgestellt war, was der »Stern« selbst beförderte: die Sonderbehandlung, die wohlmeinende natürlich. Nun ist, was hier »ganz normal« heißt, zumeist ein Hochsicherheitstrakt, vom Kindergarten bis zum Synagogenbesuch, und was in Anlehnung an kohlensäurearmes Tafelwasser ein »stilles Phänomen« genannt wird, meist ziemlich lautstark. Doch die penetrante Neugier, mit der die Illustrierte sich einzelner Juden annahm, förderte nur Trivialitäten zutage. Eine Jüdin, deren größter Wunsch es ist, mal einen Weihnachtsbaum schmücken zu dürfen – womit sie sozusagen endgültig eingemeindet ist – , ist ebenso interessant wie eine Nichtjüdin, deren heimliche Sehnsucht dem Bauchtanz gilt. Wer einmal einen selbstgebastelten Seder-Abend in Deutschland über sich ergehen ließ, der weiß, es ist wie nach Weihnachten, da kommt einem der Besuch bei McDonald wie eine würdevolle Zeremonie vor.

Daß auch bei Juden die Wiederentdeckung der Religion vom Wunsch politischer Bankrotteure nach Trost geprägt ist, konnte man im »Stern-Extra« ebenfalls nachlesen. Voller Bewunderung für die Stärke der jüdischen Religion, die, wie alle Religionen, ins subjektiv Religiöse abgerutscht ist, wurde von Irene Runge, der »Tochter jüdischer Kommunisten in der DDR«, berichtet. Sie sei »links und atheistisch« aufgewachsen, und jetzt sei sie zum Judentum zurückgekehrt. Daß dies

nicht so leicht ist wie den Marxismus zu vergessen, erfuhr der Reporter auch. Irene Runge sagte, zum Lernen »brauchen wir die Frommen. Denn wir versiegen. Die Orthodoxie nicht.« Wie schnell ihre eigene ehemalige Orthodoxie versiegt war, verriet der »Stern« nicht. Mit demherrlichen Satz über Gysi: »Gregor, du giltst als der bestangezogenste Mann der DDR« hatte sie auch ganz persönlich einen Beitrag zum Zusammenbruch des Sozialismus geleistet.

Die philosemitische Neugier auf die Juden unterstellt deren Identität, weshalb der »Stern« auch ausführlich vom jüdischen Brauchtum, von Riten und Feiertagen berichtete. Als hätten die Leser überhaupt eine Ahnung von ihren eigenen Feiertagen, als wüßten sie, was etwa Karfreitag anderes wäre als ein Tag, an dem die Betriebe und Kaufhäuser geschlossen sind. Aber gerade den sogenannten Sinn wieder zu finden, ist der Zweck der Übung. Es soll nicht zum hundertstenmal – und wie immer ergebnislos – darüber aufgeklärt werden, daß es sich bei jüdischen Riten nicht um Voodooh handelt, daß Juden an Pessach bei der Herstellung von Matze kein Blut christlicher Kinder, sondern Mehl und Wasser verwenden; auf all dies kommt es nicht an. Sondern die vorgeblich homogene Identität der Juden wird als Spiegel benutzt, mit dem man sich selber einer Einheitlichkeit versichern möchte, die man längst eingebüßt hat, wenn sie denn überhaupt je vorhanden gewesen war. Der folkloristische Blick auf Brauchtum und Riten der Juden ist nur ein Vehikel der eigenen Retribalisierung. Und eigentlich wollte der »Stern« auch nur dazu beitragen, daß man durch den neidvollen Blick auf die Juden endlich herausfindet, was deutsch sei. Es widersprach dem »Juden-Extra« also überhaupt nicht, daß eine Hausmitteilung im selben Heft die Entstehung eines »zeitgeschichtlichen Gesamtkunstwerks« ankündigte: die Fotoaktion »Deutsche sehen Deutsche«. In einer »umfassenden visuellen Demoskopie« soll Auskunft gegeben werden, » wie wir uns in einem Deutschland gefühlt haben, das als wiedervereinte Nation ... eine neue Identität sucht«.

Wie der »Spiegel«, so präsentierte auch der »Stern« eine Umfrage, von der sich allenfalls sagen ließe, sie hätte in Holland oder in Dänemark nicht stattfinden können. Wer dort Passanten mit der Frage belästigt, ob ihrer Meinung nach Juden zu viel Einfluß hätten, bekommt die gebührende Antwort: eine aufs Maul.

Unter der Überschrift »Zum Beispiel Einstein...« konnte man schließlich die 36 Gerechten der deutsch-jüdischen Geschichte besichtigen, eine sinnige Fortsetzung der Porträtgalerien à la »Ich habe abgetrieben« oder »Ich bin schwul«. Unter den Porträts berühmter jüdischer Künstler und Wissenschaftler fehlt ein Bild Adornos mit einer passenden Unterzeile. Er hatte in Erinnerung an die infame Galerie der Nazis unter dem Titel »Juden sehen dich an« vor der gutgemeinten Wiederholung, vor dem Verweis auf die großen Leistungen von Juden gewarnt. »Propaganda aber«, schrieb er in diesem Zusammenhang, »ist die rationale Manipulation des Irrationalen ... das Vorrecht der Totalitären.«

»Zeit«

Zum »Spezial« und zum »Extra« gesellte sich das »Dossier«. Auch die »Zeit« stellte im Dezember fest, »ein Wissensdurst sei vorhanden bei der nichtjüdischen Bevölkerung«. Die Redaktion stillte diesen Durst mit einem drögen Dossier und einem jubelnden »Magazin«-Beitrag über Ignatz Bubis. Neben den vielen Kerzen war er die strahlende Erscheinung des zuendegehenden Jahres geworden. Nach Galinskis Tod hatten alle aufgeatmet. Der Chef der Firma Mahnen & Warnen, dem immer der Geruch von Zyklon B angehaftet hatte, war ersetzt worden durch eine dynamische und vor allen Dingen telegene Persönlichkeit. Bubis trat genau in dem Augenblick in Erscheinung, als die mediale Inszenierung des besseren Deutschland eines talkshowfähigen jüdischen Funktionärs bedurfte. Dafür, daß er, der bald auf jedem Kanal und zu jeder Tageszeit zu sehen war, nicht den bekannten Genscher-Effekt auslöste, waren ihm alle dankbar. Die anständigen Deutschen statteten ihm in Gestalt der Autorin Eva Demski nun Dank ab.

Unter der schon immer falschen Annahme, der Antisemitismus in Deutschland sei Ausfluß der fehlenden persönlichen Beziehungen zwischen Nichtjuden und Juden, fragte im Juden-»Dossier« der »Zeit« eine Journalistin: »Wer kennt schon einen Juden in Deutschland?« Und aus dem »Zeit-Magazin« tönte es überschwenglich zurück: Ich.

Eva Demski war ganz hingerissen von dem neuen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden und leistete ausführlich Abbitte dafür, daß sie ihn nicht schon immer als guten Juden angesehen hatte. Zur Strafe für ihren Sehfehler machte sie Bubis zum Büttenredner der deutschen Judenheit. Im Frankfurter Häuserkampf sei Bubis, schrieb sie, »einer unserer Hauptfeinde« gewesen. Jetzt aber saß ihr einer gegenüber, von der Art, wie sie und Millionen anderer Frauen sich schon immer einen Politiker gewünscht hatten: ein echter Mensch. Weg mit der Politikverdrossenheit. Da saß kein kalter Funktionär, allerdings auch, wie sie pikiert anmerkte, kein Kultur-, wenngleich doch immerhin ein Sympathieträger: »Bubis sitzt ruhig da«, kupferte sie aus einem bekannten Filmdrehbuch ab, »schaut gerade ins Gesicht des Gegenübers und antwortet«. Nein, nicht was der geneigte Leser jetzt vielleicht denken mag, nein, nicht in die Augen, Kleines. Denn Bubis erzählt, er »erzählt farbig, aber nicht leicht«, sozusagen mit einem schweren Buntton. »Bubis macht es sich nicht leicht«, wiederholte Frau Courths-Demski, »deswegen sind seine Zuhörer bereit, seine Sätze anzunehmen«. Es käme »nie das Gefühl des Überdrusses auf, den man bei Politikern so schnell empfindet, jenes Gefühl, mit dem man Wortstanzen und Empfindungstalmi wahrnimmt.« Mit dem Gespür fürs Echte und Unverfälschte ging sie nach dieser Passage aus Gefühl und Hertie kurz zu Jacobs-Kaffee und borgte sich dort eine Formulierung aus: der Vorsitz im Zentralrat sei die »Krönung seines Lebens« teilte sie uns mit.

Das standardisierte Menscheln der Autorin bestätigte im nachhinein, wie begründet die Vermutung von Faßbinder gewesen war, der Frankfurter Häuserkampf sei ein deutschnationaler Klassenkampf gewesen. Frau Demski spürt, läßt sie uns wissen, »ein gewisses Zögern«, eine Art Beißhemmung, wenn es um die antijüdische Sache geht, zu der sie dann doch noch kam: »Mein unbehagliches Gefühl«, notierte sie im betroffenen Tagebuchstil, der Literatur vortäuschen soll, »ich könnte meine vielleicht sentimentalen, fortschrittskritischen und nostalgischen, sicher aber von ferner Kapitalismusschelte beeinflußten Argumente nicht scharf und logisch genug an seine Adresse bringen, wächst«. Von ferner Kapitalismusschelte beeinflußt? Diese so liebevoll charakterisierte Sozialrüffelei bezeichnete Bebel einmal als Sozialismus der dummen Kerls. Oder sagte er Kerlin?

Wie man erfahren konnte, hatte Frau Demski Bubis schon länger im Visier: »Vor Jahren habe ich ihn einmal in der Oper beobachtet und mir, weil ich über das Bild, das er bot, so erstaunt war, den Eindruck notiert.« Da muß ein Jude nur mal nicht in die Synagoge, sondern in die städtische Oper gehen, und schon ist eine literarische IM zur Stelle, um festzuhalten, was er dort treibt. Ganz fakultätsfremd sei er da im Tempel der Nichtjuden: »Von der manchmal sehr verführerischen, immer etwas gewissensbelasteten Süße von Wagner bis Wenders weiß er wahrscheinlich gar nichts. Dafür hat er kein Wahrnehmungsorgan, glaube ich.« Das hatte Richard Wagner den Deutschen auch schon mal erklärt, das mit dem Organ.

»Am Anfang unserer Gespräche scheint es«, gestand Frau Demski sich und uns, »als glaubten wir beide an die Kraft der Vernunft«. Am Ende des Gesprächs, sicher aber nach diesen Auskünften, wird Bubis überzeugt gewesen sein, daß seine Forderung nach abschreckenden Strafen berechtigt war.

Eike Geisel schrieb in KONKRET 1/93 über den hilflosen Antisemitismus

Konkret 02/93, S. 50

Otto Köhler

Der Judenreferent

Wenn die Deutschen einen brauchen, der ihnen Schuldgefühle ausredet oder ihnen versichert, daß hinter den Nazis eigentlich Kommunisten stecken, dann nehmen sie gern den Professor Michael Wolffsohn

Noch ist der alte Mertes nicht dort, wohin Nachrichtenverfälscher gehören, da ist ein junger Übermertes schon da: Andreas Bönte hat schon vor dem Mertes-Übertritt zum Springer-Fernsehen Sat1 die Moderation von »Report«-München übernommen und das Jahr 1993 mit einem energischen Plädoyer für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eröffnet. Mit der Parole »Alles Lug und Trug« entzog er der gründlich vergangenen DDR ihr antifaschistisches Grundverständnis (»Rechtsextremismus hat es auch in der DDR gegeben«) und entdeckte in ihr den Drahtzieher der bundesdeutschen Neonazis – seit den fünfziger Jahren.

»In einer großen antisemitischen Welle wurden 1959 überall in der Bundesrepublik Judenfriedhöfe geschändet«, enthüllte »Report« und präsentierte den allerbesten Zeugen, den es dafür gibt: Professor Dr. Michael Wolffsohn, den Mann, den Ignatz Bubis nicht ohne historischen Bezug als »Judenreferenten« der deutschen Medien qualifiziert hatte, saß im Studio. 1947 in Israel geboren, lebt er seit 1954 in Deutschland. 1981 wurde er Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München.

Intelligent ist er wirklich nicht, aber sehr anstellig. Durch die Gnade seiner späten Geburt ist Wolffsohn den Mordfabriken der Nazis entkommen und will als Nachgeborener »nicht Coupons vom Märtyrertum der Vorfahren abschneiden« – merke: Juden sind Coupon-Schneider, die von allem und jedem profitieren wollen, und Wolffsohn ist nicht der erste jüdische Antisemit.

Dieser freundliche, gefällige und zu allem zu gebrauchende Mann also saß beim Bayerischen Rundfunk im Studio und war der Zeuge, der gerade benötigt wurde. Denn »Report« verkündete: In einer »großen antisemitischen Welle« hätten »Stasi und auch KGB« schon 1959 »überall in der Bundesrepublik Judenfriedhöfe geschändet«. Beweis? Bitte sehr: »Akten, die der Zeithistoriker Michael Wolffsohn und seine Mitarbeiter gefunden haben, belegen: die Bundesregierung wußte darüber Bescheid.« Akten? Über den Bildschirm rollte schnell ein Brief, aus dem ein Satz herausgehoben wurde, von dem es im Brief hieß, »ein Funktionär« habe ihn geäußert – »Report« fälschte sich daraus einen »Stasi-Offizier« zurecht. Wortlaut des kenntlich gemachten Satzes: »Die antisemitischen Zwischenfälle in Westdeutschland verlaufen ganz nach Wunsch. Westdeutschland ist vor der gesamten Weltöffentlichkeit als faschistischer und militaristischer Staat bloßgestellt worden.«

Ein Satz, der nichts beweist, denn selbst, wenn er authentisch wäre und auch wenn es diesen Funktionär mit Namen und Anschrift gegeben hätte, könnte er einfach nur bedeuten, daß der sich sarkastisch auszudrücken verstand. Doch der Brief verrät über die Quelle dieses Satzes nur: »Es handelt sich durchweg um sorgfältig ausgesuchtes und überprüftes nachrichtendienstliches Material.«

Der Brief trägt die Absenderangabe »Bundesministerium für Verteidigung« und ist an den Legationsrat Dr. Brand im Auswärtigen Amt gerichtet, aber er stammt – wie die Unterschrift verrät, die nur erkennt, wer »Report« auf Video festhielt und sich in Zeitlupe nochmal anschaut – von des BND-Chefs Reinhard Gehlen rechter Hand, von General Gerhard Wessel, einem Mann, der so vertrauenswürdig ist wie sein Chef, Hitlers ehemaliger Ost-Spionageführer.

Was von dem damals sicherlich sorgfältig ausgesuchten nachrichtendienstlichen Material über kommunistische Drahtzieher der antisemitischen Schmierereien von 1959 zu halten ist, das Wolffsohn so beflissen auf den »Report«-Tisch legte, hat der Ex-Verfassungsschutzpräsident Günther Nollau 1978 in seinen Memoiren (»Das Amt«) beschrieben. Nollau über die Hakenkreuze und den Spruch »Deutsche fordern: Juden raus«, mit denen 1959 die Kölner Synagoge beschmiert worden war: »Unser Amt untersuchte den Fall. Noch ehe wir fertig waren, behauptete Gehlens Organisation, die Hakenkreuze seien von der illegalen KPD geschmiert worden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben nichts, was geeignet war, diese Information zu bestätigen. Meine Organisation hatte in der KPD Dutzende von Vertrauensleuten: ich ließ alle befragen. Keiner kannte Anweisungen der Partei, Hakenkreuze zu malen.«

Nollau ließ Tausende von Flüchtlingen aus der DDR befragen. Einziges Ergebnis: Die Hakenkreuze hatte es auch in der DDR gegeben – wohl kaum auf Anweisung der Stasi. Schließlich wurden zwei junge Kölner überführt, die Schmierereien an der Kölner Synagoge begangen zu haben – die anderen waren Nachahmungstäter, die sich in einem solchen Fall immer schnell finden. Nollau: »Selbst diese eindeutigen Tatsachen veranlaßten Gehlens BND nicht, von seinen Falschmeldungen abzurücken, und ein Teil der damaligen Regierungsmitglieder unterstützte ihn dabei.« Das Fazit des damals obersten Verfassungsschützers gilt noch heute: »Wer hierzulande Kommunisten als Täter hinstellt, findet offensichtlich allemal Glauben, zumal er dann nicht zu erklären braucht, warum es in unserem Lande, wenn auch vereinzelt, noch nazistische Spinner gibt.«

Daß die Fälscherzentrale in Pullach seit der Wende in Bonn wieder besonders aktiv ist, dafür gibt es viele Anzeichen. Dem Journalisten Peter-Ferdinand Koch, der für sein Buch über die »Hitler-Tagebücher« (»Der Fund«) beim BND über dessen Beziehungen zum »Stern« recherchierte, jubelte die Zentrale Papiere unter, aus denen hervorgeht, der »mächtige Fälscher-Apparat der DDR« habe einen aus dem Jahre 1941 stammenden Brief des ehemaligen IG-Farben-Direktors und späteren Flick-Beraters Otto Ambros gefälscht, um einen verdienten Industriellen in die Nähe der SS und des Konzentrationslagers Auschwitz zu bringen. Dieser Brief habe sich als eine »Totalfälschung« der DDR herausgestellt. Aber seltsam, der Brief lag schon 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß vor, als es noch längst keine DDR gab. Natürlich ist er authentisch.

Und der junge, vielversprechende CDU-Abgeordnete Stefan Schwarz, der Nachrichten verbreitet, denenzufolge Serben Kinder lebendigen Leibes schmoren und moslemischen Frauen Hunde-Embryos in die Gebärmutter pflanzen, der somit Mengele und die Nazis in Jugoslawien entdeckte, damit deutsche Militärs nach sechzig Jahren zur Abwechslung mal gegen sie marschieren können, bekannte in einer RTL-Schrei-Sendung ungeniert, daß er seine Weisheit vom BND beziehe – ehe er unter Protest den Raum verließ.

Der Bundeswehrhistoriker Wolffsohn mußte beim öffentlich-rechtlichen Bayernfunk nicht davonlaufen. Dort weiß man sein Talent zu schätzen. Nachdem mit seiner Hilfe sorgfältig dokumentiert war, daß schon die Rechtsextremisten von 1959 in Wirklichkeit Kommunisten waren, fragte »Report«: »Stasi und Rechtsextremismus ein abgeschlossenes Kapitel?« Wolffsohn gab brav die richtige Anwort: »Aufgrund der historischen Erfahrungen und Dokumente ist zu fragen und zu prüfen, ob nicht Stasi-Drahtzieher hinter den Kulissen die rechtsextremistischen Schandtaten von heute mitsteuern.«

»Report« hat sich nichts vorzuwerfen – politisch liegt die Sendung richtig. Bei Wolffsohn, der sich immer noch als Historiker versteht, ist allerdings zu fragen, wie es bei solchem Umgang mit »Quellen« mit seiner wissenschaftlichen Seriosität bestellt sein mag – neuerdings wird so etwas in deutschen Landen evaluiert. Doch für eine Bundeswehr-Universität ist das, was Wolffsohn zu bieten hat, allemal ausreichend. Hauptsache, das Ergebnis der wissenschaftlichen Bemühung paßt, und daran läßt er’s nicht mangeln.

»Keine Angst vor Deutschland« – so heißt das Hauptwerk des Bundeswehrhistorikers Wolffsohn. Und wie überaus günstig, daß der unentwegt bekennende »deutsch-jüdische Patriot« hierzulande so viele Freunde hat, Freunde mit ersten Adressen wie der Königstraße 51 in Breitbrunn. Dort residiert die »Deutschlandstiftung e.V.« des Alt-Antisemiten Kurt Ziesel. Helmut Kohl erregte einen Skandal, als er bei seinem Israel-Besuch 1983 diesen Frühnazi und Neochristdemokraten ins Land einschmuggelte. Neun Jahre später, im Frühling 1992 nahm Ziesel Revanche. Er dekorierte – als Aushilfsjuden vom Dienst – Michael Wolffsohn mit dem »Konrad-Adenauer-Preis« der »Deutschlandstiftung e.V.« Formuliert war das so: Wolffsohn bekomme den Preis »in dankbarerWürdigung« seines »wissenschaftlichen und menschlichen Wirkens« als »deutsch-jüdischer Patriot«, der in der »Versöhnung« zwischen Deutschland und Israel »gegen die Strömungen eines unbelehrbaren Zeitgeistes« seine »Aufgabe« als »Professor der Neueren Geschichte« sehe.

Professor Wolffsohn paßt zu Ziesel. Denn er gehört – Bundeswehrdozenten sind dort immer willkommen – zur Einsatzgruppe Zitelmann, die als militanter Arm Ernst Noltes in großangelegten Säuberungsmaßnahmen das deutsche Geschichtsbild zu reinigen versucht (vgl. KONKRET 2/91). Wolffsohn lebt – wie viele Mitglieder der Truppe – mit Zitelmann in einer glücklichen und erfüllten Rezensentenehe. Lobt Zitelmann in der »Süddeutschen Zeitung« Wolffsohn für seine Fähigkeit »allzu verbreitete Stereotypen und Klischees« zu entlarven, preist Wolffsohn in der »Welt« seinen Zitelmann als »kenntnisreichen Hitler-Biograph]en«, weil der doch tatsächlich den »Revolutionär« Hitler wiederentdeckte. Und so lobt und preist sich, was zusammengehört. »Keine Angst vor Deutschland« – Wolffsohn sieht seine Hauptaufgabe darin, das Ausland zu beruhigen: Nicht mehr den »Platz an der Sonne« erstrebten die Landsleute, nicht mehr den »Lebensraum« im Osten, nein, »die Menschen« im »neuen Deutschland« suchten nur, so kalauert er das Ausland still, »ihr Plätzchen an der Sonne, im Süden«, und brauchten dazu am jeweiligen Strand »kaum mehr Platz als eine Ölsardine in der Dose«. Und die Vereinigung dieser »Menschen« im »neuen Deutschland« sei ungefährlich: »Die Westler wollen weiter Kiwis, die Östler endlich Bananen essen.« Die Deutschen hätten, so schreibt er auf Kanzler-Deutsch, ihre »Lektion gelernt«.

»Keine Angst vor Deutschland« – seit er dieses Buch veröffentlichte (im Straube-Verlag, der auch den bayerischen Neo-Rep Klaus Zeitler herausbrachte) ist Wolffsohn auf sämtlichen Fernsehkanälen vom Aushilfsjuden zum Juden vom Dienst aufgestiegen. Dieser Mann, der schon lange aus der Jüdischen Gemeinde ausgetreten ist, wird allüberall in Talkshows, Brennpunkten und Ichstellemichs als wahrer Sprecher der deutschen Judenheit präsentiert – pflegeleicht, bequem und für ganz wenig zu allem zu haben.

Keine Angst vor Deutschland – wirklich nicht? »Für mich ist eine Welt zusammengebrochen«, klagte Wolffsohn am 8. November ‘92 in der ARD. Vor kurzem habe er noch sein Buch »Keine Angst vor Deutschland« aktualisiert. Doch was er heute habe sehen müssen – das entmutige ihn doch sehr. Was war passiert? War es die »Deutsche Oktoberrevolution« (Wolffsohn) der »Wir-sind-ein-Volk«-Rufer, die im September 1991 Hoyerswerda erreichte? Waren es die Brandfackeln von Rostock? Nein, das alles ängstigte ihn nicht. Es war die Demonstration der 300.000 gegen die Ausländerfeindlichkeit

in Berlin. Wolffsohn empörte daran nicht die Heuchelei, mit der die Verfassungsfeinde, die den Asylparagraphen abschaffen, zur Teilnahme an dieser Demonstration aufriefen, ihn verdroß nicht, daß Helmut Kohl mitmarschierte, ihn erregte nur, daß einige der 300 Gegendemonstranten mit Eiern und Steinen warfen. Nicht die Mörder und Mordlustigen von Hoyerswerda, Rostock und anderswo machten ihm Angst, nur die 300 von Berlin. Jetzt erst verlangte er, daß die »demokratischen Politiker« sich zusammenfinden müssen, »um diese militanten, terroristischen Randgruppen dahin zu bringen, wohin sie gehören, nämlich hinter Schloß und Riegel«.

Die Veranstaltung der 300.000 von Berlin – von Wolffsohn als Dauerkommentator der ARD begleitet und bundesweit denunziert – war für ihn »ein großer Fehlschlag«. Berlin – nicht Rostock, nicht Hoyerswerda und wohl später auch nicht Mölln – Berlin allein war »ein rabenschwarzer Tag für das demokratische Deutschland«. Jetzt forderte er plötzlich »schnelle Maßnahmen«. Und »das Gewaltmonopol des Staates«, das sich in Rostock verdrückt hatte, hier wollte er es »wirksam werden lassen«.

Dieser »deutsch-jüdische Patriot«, dessen deutschnationale Welt nicht in Rostock, sondern in Berlin zusammenbrach, bekommt seinen Lohn von denen, die von Anfang an aus ehrlichem Haß gegen eine durchrasste Gesellschaft die Großdemonstration von Berlin ablehnten. Peter Gauweiler, der rechte Extremist in der CSU, hat Wolffsohn für den einflußreichen Posten des Kulturreferenten der Stadt München vorgeschlagen.

Otto Köhler forderte in KONKRET 1/93 »Stalingrad den Stalingradern«

Konkret 02/93, S. 52

Diedrich Diederichsen

Trümmerarbeit

Pornographie, Nazi-Rockbands, »Cop-Killer«-Rapper – Aufruf zu, Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalt? Kunst? Rechts? Links? Alles dasselbe? Alles verschieden? – Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten auf der Frankfurter Tagung »Spielhölle – Ästhetik und Gewalt«, die vom 26. bis 29. November 1992 in Frankfurt/M. stattfand

Ich saß einmal in einer Runde, die über das Thema »Ästhetik und Gewalt« diskutierte und darüber, ob man dazu eine Veranstaltung machen sollte. Die Zuspitzung dieses Titels reichte von Themen wie »Prinzipielle Gewalt des Ästhetischen« über »Falsche Ästhetisierung von Gewalt« bis zu »Ästhetische Flucht aus gewalttätigen Verhältnissen«. Sensible Kunstverwalter sagten natürlich Sätze wie: »Ist nicht schon die Geburt ein Akt der Gewalt?« Diese Unklarheit, der man bei dieser Veranstaltung dadurch aus dem Weg ging, daß man sich auf bestimmte kulturelle Produktionen einigte, die in letzter Zeit solche Diskussionen provoziert haben, verstärkt sich noch dadurch, daß gleichzeitig mit »Ästhetik und Gewalt« allenthalben der alte Klassiker »Ästhetik und Ethik« überall wieder diskutiert, um nicht zu sagen: begangen, wird.

In den Kreisen, die ich mal soziologisch unsauber Bohème oder »in ›kreativen‹ Berufen beschäftigte Fraktion des neuen Kleinbürgertums« nennen will, schien in den 80er Jahren Einigkeit darüber zu bestehen, daß Fragen der Ästhetik wichtiger seien als politische, ethische und moralische, bzw. daß diese in jenen aufgehoben seien, wie etwa bei Foucaults Lebenskunst-Begriff. Man scheint sich heute ebenso einig, daß eine solche Einschätzung nicht mehr tragbar ist. Überall kann man Ansätze beobachten, die zeigen, daß die Bohème um neue und tragfähige Politikbegriffe ringt. Um aber nicht die letzten zehn Jahre umsonst gelebt und vor allem nicht umsonst gedacht, publiziert und kulturelles Kapital angehäuft zu haben, konfrontiert man sein altes Paradigma mit möglichen neuen, natürlich in der Hoffnung, so viel wie möglich vom alten herüberzuretten. Ein Grund für die Ästhetik-Debatten der 80er lag darin, daß »Kultur« (also das von Ästhetik so wie Politik von Ethik zu Regelnde – wenn man deutschen Idealismen folgt) einen wirtschaftlichen Boom erlebte, den technologische Entwicklungen forcierten. Dieser Kulturboom wurde auch dahingehend interpretiert, daß kulturelle Kommunikation gewisse politische Auseinandersetzungen aufgehoben oder gar intensiviert habe. Das Underground-Kultur-Universum begriff sich als ein gegen Establishment und Mainstream abgeschirmtes internationales Netzwerk. Persönliche Entwicklungswege, Übertritte vom ethischen ins ästhetische oder vom politischen ins kulturelle Universum schienen – wenn auch meist als Karriereschritte erkennbar – solche Überlegungen zu erhärten. Daß eine Politik der Lebensstile, auch und gerade bei den Radikalen Linken, zuletzt an Popularität gewann, zeigt etwa das Taufer-Folkerts-Dellwo-Interview in KONKRET 6/92. Es funktioniert nicht, die De-Politisierung zerknirscht zurückzunehmen und nur ein besserer Mensch werden zu wollen. Die beobachtbare Re-Politisierung der Bohème stinkt nach Zurückweichen vor einem Legitimierungsdruck, denn die De-Politisierung hatte neben schlechten auch gute Gründe (z. B. den ideologischen Anti-Amerikanismus der Linken, ihren Anti-Pop-Affekt, ihren Dünkel, ihren Elitismus, ihre weinerliche Vergreistheit etc. – eben die Bausteine ihres latenten Rechtsrucks).

Es wäre zu einfach, in der Ästhetik-Epoche der 80er Jahre bloß Ästhetizismus oder Eskapismus zu lesen. Aber es ist richtig, daß sie unmittelbare politische Handlungsfähigkeit nicht zuließ. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden allerlei Zusammenhänge gebastelt, die den Schluß nahelegen sollten, daß es doch eine politische Dimension gebe, und um diesen Nachweis zu erbringen, war man auch dazu bereit, mit dem klassischen Gegner sozusagen antagonistisch zu kooperieren: mit Zensurinstanzen und Jugendschutz zum Beispiel, die ganz versessen darauf waren, solche Zusammenhänge zu liefern. Die Kennmarke war der Begriff der Gewalt, gekoppelt mit Pornographie, Menschenverachtung, Rassismus. Nicht selten argumentierten die Instanzen des Gegners »links«. Vor kurzem gab es eine Debatte, die von einer Saarbrücker Grünen-Politikerin ausgelöst und von einem ziemlich ahnungslosen »taz«-Redakteur aufgegriffen wurde, die ganze Musikrichtungen diesen Vorwürfen aussetzte: Linksradikale Bands wie Napalm Death und Pinochet-Unterstützer wie Slayer wurden derselben Vergehen angeklagt. Die Grünen-Politikerin trifft sich sowohl mit ihren Gegnern als auch mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften an einem Punkt: Mangelnde sachliche Information und im Überfluß vorhandene emotionale Erregung führen zu einer bestimmten Vertrauensseligkeit gegenüber ästhetischen Vereinbarungen – hier: laut und hart = gewalttätig; dort: laut und hart = rebellisch oder gar = links. Natürlich ist beides falsch.

Diese Kombination von Ignoranz gegenüber dem Kontext von Gewaltdarstellungen mit moralischer Entrüstung über sie ist es, die auch einen bestimmten Gewaltbegriff hervorgebracht hat, an dem sowohl Gegner als auch Anhänger kontroverser Kultur dieser Art festzuhalten scheinen. Dieser Gewaltbegriff ist nicht nur zu eng (er beschränkt sich darauf, Gewalt als akute, offene Gewalt zu beschreiben), er ist auch falsch, weil offene wie strukturelle oder symbolische Gewalt nicht nur nicht identisch sind mit ihrer Darstellung, nicht nur ein Verhältnis sind statt einer Substanz, sondern auch oft das Gegenteil, Gegenbild oder Gegenmittel zu diesem Verhältnis; natürlich aber auch ein Gegenteil, das in einer gewissen Komplizenschaft sich befindet. Deswegen ist es irreführend, solche »graphic violence«, wie man im angloamerikanischen Sprachraum sagt, von ihrem Kontext zu lösen: Ich plädiere dafür, das ästhetische Phänomen, von dem die Rede ist, lieber

Drastik zu nennen. Und dann im Einzelfall davon zu reden, welche Beziehung drastische Kultur zu ihren Gegenständen hat.

Begriffliche Paarungen wie »Ästhetik und Gewalt« scheinen mit dem Hintergedanken gebildet zu werden, über die Herstellung eines Zusammenhangs jeweils die Zusammenhänge, aus denen die Begriffe stammen, aus dem Auge zu verlieren. Das ist an sich schon wieder eine ästhetische Operation. Ästhetische Produkte sind resultativ und können nur existieren, wenn sie ihren Entstehungszusammenhang ausblenden (darüber kommen sie auch nicht hinweg, wenn sie hin und wieder ausgewählte Aspekte ihrer Entstehung thematisieren). Es liegt im Interesse der Künste, sich ein besonderes Verhältnis zur Gewalt zuzusprechen (wie auch ein besonderes zur Politik). Sie verschaffen sich dadurch eine Legitimation, die jenseits des ästhetischen Feldes liegt und darum so wertvoll ist, daß dafür auch in Kauf genommen wird, sich über das jeweils Illegitime zu legitimieren. Dagegen ist gar nichts einzuwenden: Das Ästhetische ist immer noch einer der wenigen Kanäle, zu denen man sich relativ leicht Zugang verschaffen kann. Das Problem ist nur, daß die sich mit Gewalt paarende Ästhetik, indem sie ihr Problem mit der »graphic violence« thematisiert, ihr Verhältnis zur strukturellen Gewalt und ihre eigenen gewalttätigen Binnenverhältnisse, also die Gewalt, die bei der Produktion von Stimulanz ausgeübt wird, ausblendet.

Vor dem Gesetz ist die Darstellung von Gewalt an sich noch kein Problem. Sie wird zu einem Problem erklärt, wenn sie Gewalt »verherrlicht« oder »verharmlost«: Wenn etwa zum Ausdruck gebracht werde, daß Zerstückeln erregend und schön sei oder wenn der Zerstückler ungestraft davonkommt, also offene Gewalt folgenlos bleibt. Mit einer bemerkenswerten Begründung hat jüngst der Bundesgerichtshof ein Urteil kassiert, das den Film »The Evil Dead« aus dem Verkehr gezogen hatte: Es handele sich bei den Opfern der Verstümmelungen deutlich erkennbar nicht um Menschen, sondern um Zombies, und, so führt der BGH aus: »Hätte der Gesetzgeber die Verherrlichung und Verharmlosung von Gewalt gegen Zombies unter Strafe stellen wollen, hätte er das in den Gesetzestext geschrieben.« Es ist zwar nett von der höchsten Instanz, daß sie einen furiosen Film wieder zugänglich macht, aber doch seltsam, daß sie auf den ältesten Trick von Künstlern hereinfällt, sich der Zensur zu entziehen: den, die dargestellten Geschehnisse zu Märchen zu erklären. Nicht ganz unproblematisch auch die Differenzierung von Menschen und nicht ganz so richtigen Menschen. Schließlich sind ja auch die Zombies von menschlichen Schauspielern dargestellt worden. Und schließlich gibt es ja zur Zeit auch wieder Debatten darüber, wann lebende Menschen richtig leben und wann sie nicht mehr ganz so richtig leben und ihr Leben daher weniger schützenswert sei.

Abgesehen davon geht es aber noch um ein ganz anderes Problem: Künstlerische oder ästhetische Darstellung von etwas ist immer gleichzeitig dessen Verharmlosung wie dessen Verherrlichung. Verharmlosung, weil es ein Entkommen gibt, das kein Mitleiden und keine Katharsis aufwiegen können, und Verherrlichung, weil das Dargestellte nie seinen Charakter des Inszenierten vergessen machen kann, weil stets die um der Wahrnehmbarkeit, also der Ästhetik willen getroffenen Entscheidungen, die Form, das Resultat zu sehen und zu hören sind und nicht die Prozesse, die auch bei ästhetischen Produktionen von der Gewalt gesellschaftlicher Verhältnisse bestimmt sind. Verherrlichung und Verharmlosung sind geradezu Kriterien des Ästhetischen. Kunst oder Kultur liegt dann vor, wenn ein Zusammenhang oder ein Verhältnis mich entkommen läßt und ich das von Anfang an weiß. Alles andere, was mit ästhetischen Produkten geschieht, von ihrer Herstellung bis zu ihrer Rezeption, läßt sich diskutieren, kritisieren und bewerten. Dieser fundamentale Zusammenhang nicht. Er ist den ästhetisch unprofessionellen, aber gedanklich präzisen Gesetzestextern aufgefallen, die das Gemeinsame einiger exponierter Kunstwerke zu beschreiben hatten und nicht bemerkten, daß das, was sie beschrieben haben, das Gemeinsame aller Künste, wenigstens im traditionellen Sinne, trifft.

Wenn man das nicht weiß oder nicht berücksichtigt, entwickelt man zu den dargestellten Vorgängen in drastischen ästhetischen Produkten ein besonderes Verhältnis. Man sieht sie nicht im Zusammenhang einer ästhetischen Strategie, sondern isoliert sie und bezieht sie auf ihr Korrelat in der Wirklichkeit (wo es sie meistens so wenig gibt wie Zombies). So kurz schließen alle Personen, denen ein intertextueller Zugang nicht zur Verfügung steht: verwirrte, junge oder in ästhetischen Dingen ungeübte Personen. Tun sie das aber eine gewisse Zeit lang und unter entsprechender Beobachtung durch die Medien, dann verselbständigt sich ihr Irrtum und gewinnt ein Eigenleben. So geschehen beim Gewaltbegriff der Splatter- und/oder Death-Metal-Kultur.

Drastik war aus zwei Gründen ein Merkmal von gegen- und subkulturellen Formen der letzten 30 Jahre. Zum einen, weil damit vom gesellschaftlichen Zwangskonsens, den seit etwa dieser Zeit die Massenmedien totalitär verwalten, ausgeblendete Lebenstatsachen zur Sprache gebracht werden konnten. Zum anderen, weil unabhängige und ökonomisch schwache Kulturindustrielle immer gezwungen waren, durch Drastik Wettbewerbsnachteile zu kompensieren, und weil ihre mangelnde Perfektion als Spur »authentischer« Produktion mehr oder weniger bewußt nachgefragt wurde. Konkurrenzkämpfe verschärften diese Bedingungen und sorgten dafür, daß befreiende und die Konkurrenzverhältnisse nur bestätigende Elemente immer schroffer aufeinandertrafen. Die Konsumenten/Rezipienten drastischer Produkte hatten immer weniger Gelegenheit zu »lesen«, was sie genossen. Auf der anderen Seite war ihnen irgendwie klar, daß nur unter

solchen Produktionsbedingungen noch Spuren von gesellschaftlicher Wirklichkeit darstellbar waren.

Diese Produktionsbedingungen und die Gewalt, die in ihnen selbst herrscht, haben längst von den privilegierten Zirkeln der ästhetischen Avantgarde auf alltäglichere Bereiche übergegriffen. Das hat einerseits mit der Ausbreitung von Arbeitsverhältnissen zu tun, in denen sog. Kreativität, Einfallsreichtum, Stimmung und gute Laune, Optimismus, Innovativität, das beliebte Querdenkertum und auch eine gewisse Aufmüpfigkeit gefragt sind, sowie mit den darin herrschenden Konkurrenzkämpfen um die beste Laune, Stimmung, Kreativität und Aufmüpfigkeit; zum anderen damit, daß, je perfekter und nivellierender die technischen Bedingungen sind, desto mehr sog. Authentizität in diesem Konkurrenzkampf verlangt wird: möglichst echtes Leid. Das Modell für diesen Zusammenhang ist der Cum-Shot in der Pornographie. In dem Maße der Verfügbarkeit von Pornographie stieg die Bedeutung von symbolischen Echtheitsbeweisen, die deutlicher als alle Gewaltdarstellungen von den Gewaltverhältnissen in der Kulturindustrie sprechen.

Diese Entwicklung: Veravantgardisierung der Bürowelt einerseits, Installierung des Konkurrenzkampfes, Version Mittelklasse, also des individualisierten Konkurrenzkampfes, Gruppenbildung aus taktischen, nicht solidarischen Gründen, Absterben der Kollektivität bei gleichzeitiger Steigerung sog. Kreativität – diese Entwicklung beschleunigt verschiedene auseinanderstrebende Vektoren. Den Zugang zu Verfeinerungstechniken einerseits, die nicht nur im Konkurrenzkampf eingesetzt werden, sondern auch sozusagen bei sich selbst – was einen Boom von Empfindungswelten hervorbringt, die früher alleiniges Eigentum der Bourgeoisie waren. Zum anderen die Erfahrung, daß diese Verfeinerung nur dann belohnt und akzeptiert wird, wenn sie sich durchsetzt, das heißt, wenn man das frisch entwickelte Eigene gegen ein Anderes, von dem man sich dezidiert unterscheidet, absetzt und sich gegen es durchsetzt.

Seit den späten 70ern spricht man über »Ästhetik und Gewalt« im Zusammenhang mit Jugendkultur. Normalerweise würde man sagen: seit Punk-Rock, aber Punk ist nur eine von vielen Spielarten der neuen Drastik gewesen. Alles, was wir heute diskutieren: Splatter, Hardcore, Death-Metal und auch Gangster HipHop begann in den späten 70ern und setzte sich im Laufe der 80er durch. Was haben diese so unterschiedlichen Formen von Drastik gemein?

In einer Musik wie der, die Charles Mingus oder John Coltrane in den frühen und mittleren 60ern gespielt haben, sahen europäische linke Kulturtheoretiker genauso wie amerikanische schwarze Nationalisten die höchste Entwicklungsstufe einer Kollektivität, die die einen als spezifisch schwarze Kollektivität, die anderen als Vorschein einer Utopie verstanden. In diesen Kollektivitätsbegriff war ein Arbeitsbegriff eingeschrieben, der ästhetische Produkte als prinzipiell unwiederbringliche, verschwenderische und freizügige Ergebnisse eines Prozesses begriff, der selbst durchaus mühselig sein konnte. Die schönen Momente waren bestimmte Freilassungen, Höhepunkte, die auf Dramaturgien basierten. Gleichzeitig enthielt bei aller Feierlichkeit die Musik von Mingus, Coltrane oder Cecil Taylor Elemente von Distanz, Coolness, Ironie, von einem Sich-Lustigmachen schwarzer Kollektivität über die Effekte abendländischer Funktionsharmonik und weißer Identität und Individualität.

Das Mißverständnis dieser Coolness steht am Anfang einer langen Reihe europäisch-bürgerlicher Mißverständnisse afro-amerikanischer Kultur. Coolness kam in Europa nicht an als Spott über europäische Kultur, sondern als eine attraktive neue Form des bourgeoisen Habitus, als auch und gerade für nichtbourgeoise Jugendliche zugängliche Form der bourgeoisen ästhetischen Einstellung. In dem Maße, wie die Coolness falsch ankam, kam aber auch die Musik falsch an. Schon bei der frühen britischen Rezeption konnte man eine Konzentration auf einige spezifische musikalische Effekte beobachten, die man als geil empfand. Diese Effekte zählten, nicht der Prozeß ihrer Entstehung.

Diese besondere Bedeutung der Effekte korrespondiert mit dem Auseinanderfallen aller traditionellen Kollektivitäten und dem Entstehen neuer. Seit den frühen Tagen des Rock'n'Roll kann man beobachten, daß das kleine Nebengeräusch, der unwillkürliche technische Effekt, die Spur einer technischen Mangelhaftigkeit oder eine ostentativ eingesetzte technische Neuerung für den sozialen Erfolg einer Musik wichtiger waren als der Song. Der wichtigste Effekt, der sozusagen die Pop-Musik, wie wir sie kennen, erfand, war die mangelhafte Stimme: die vielen erst durch die Recording Technology der 60er möglich gewordenen kleinen, kaputten Stimmen wie die von Lennon, Dylan und Ray Davies und Neil Young. Effekte dieser Art dienten als Totems, um die sich neue Stämme, also neue kleine Kollektivitäten organisieren konnten.

Eine weitere Entwicklung, die sich in den 60er Jahren erst zart andeutete, war die tendenzielle Arbeitslosigkeit in technologisierten Arbeitswelten. Doch schon im 60er Jahre-Splatter zeichnete sich deren erste Stufe ab: die tendenzielle Arbeitslosigkeit der Körper. Der nicht mehr tayloristisch vermessene und eingespannte Körper wurde sozusagen entlassen und entdeckte sich neu. Herschell Gordon Lewis und Professor Barnard begannen mit ersten Organentnahmen. Dieses neue Körperbild und das Eigenleben der Effekte sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Kultur der Drastik, wie wir sie dann von Punk bis Techno, von »Robocop« bis »Terminator« verfolgen können. Ihr zugrunde liegt die Massenentlassung von Körpern und später ganzen Menschen aus Arbeitsverhältnissen, Kollektivität und Solidarität, mit anderen Worten: die falsche Realisierung von Freiheit, wie sie Neil Young beschreibt, wenn er über die Kinder von Crack-Müttern singt: »That is one more kid that will never go to school, never get to fall in love, never get to be cool, keep on rockin in the free

world.« Neil Young veröffentlichte das pünktlich zum Fall der Mauer und sagte präzise, was die neue technokapitalistische Freiheit zerstört: Das Soziale (school), seinen unvorhersehbaren Sonderfall (to fall in love) und die Möglichkeit des Widerstands durch Habitus (to be cool).

Kollektivität und noch allgemeiner: das Soziale sind politisch-ökonomisch wie technologisch bedrohte Zusammenhänge. Das in diesem Zusammenhang Wesentliche an ihnen ist, daß sie die Individuen in Räumen organisieren, in denen es Wege gibt, auf denen es zu unvorhersehbaren Begegnungen kommen kann. In dem Maße, in dem diese Räume im metaphorischen wie im wörtlichen Sinne zu flachen monadisierten Konsumbeziehungen werden, bekommt der Effekt ein zusätzliches Eigenleben. Er dient nicht mehr nur als Totem-Sound oder -Logo, sondern wird zum individuellen Trip. In den späten 80ern häuften sich Bands, die aus bereits effektorientierter Musik der 60er und 70er wieder einzelne Effekte isolierten, die sie wiederholten, verschärften oder mit anderen in neue Zusammenhänge setzten. In dieser Musik, von Spaceman 3 bis zu My Bloody Valentine, aber auch in vielen Bereichen des HipHop und der zeitgenössischen Tanzmusik, kommt gleichzeitig die Zerschlagung alter kollektiver Kulturen und eines Aufgehobenseins in Gegen- und Jugendkulturen zum Ausdruck, zum anderen aber auch deren radikal neue Möglichkeiten.

In der schwarzen Kultur hatte die Zerschlagung der community-stabilisierenden Kollektivität noch wesentlich dramatischere Folgen als in den hiesigen Fußgängerzonen-Demokratien (deren Status quo mittlerweile allerdings auch bedroht erscheint). Im HipHop werden gleichzeitig bis dato eher unbeobachtete Kunst- und Kulturtechniken urbaner afro-amerikanischer Tradition: gereimte Sprachwettbewerbe, Schmähreime, parodistisches Sprechen etc. zur Mainstream-Kultur mit starker politischer Wirkung. Die Kritik der liberalen Amerikaner an HipHop äußert sich in der Regel als Kritik an Gewalt und benutzt dabei etwa denselben substantialistischen Gewaltbegriff wie Helmut Kohl, wenn der Rechtsradikalismus nicht »Rechtsradikalismus«, sondern »Gewalt« nennt. Als ginge die nicht immer noch vom Staate aus. Aber auch dieser undifferenzierte Gewaltbegriff nimmt natürlich auch etwas richtig wahr, nämlich wie sich Gewaltverhältnisse heutzutage in marginalisierten Kulturen auch durch Gewaltdarstellungen abbilden bzw., allgemeiner, durch eine Ästhetik des Risses und der Diskontinuität, des Mißtrauens gegen die Leistungsfähigkeit des Signifikanten und die Wahrheit der Massenmedien. Eine zeitgenössische Kulturtechnik, die sich weltweit in Jugendkulturen beobachten ließ, verbindet sich im HipHop mit spezifisch afro-amerikanischen Traditionen des Widerstands, des Mißtrauens und des Spotts.

Auch dabei sind natürlich Mißverständnisse vorprogrammiert. Sie sind das Material, aus dem die internationale Popkultur besteht, und das nicht nur zu ihrem Nachteil. Solche Mißverständnisse sind der einzige massenkulturelle Trend, der den Segregationstendenzen der Weltwirtschaft einerseits und der Entwicklung der Arbeitswelten andrerseits etwas entgegensetzt, etwas, das kein sogenannter Kulturaustausch leisten kann. Aber die Mißverständnisse, die mittlerweile zu Nazis mit Malcolm-X-Kappen oder zu langhaarigen Lederjackenträgern, die im TV doitsche Kultur verteidigen wollen, geführt haben, sind über externe Sinnzuweisungen nicht zu kontrollieren. Meine Einschätzung der Chancen dieser Entwicklungen lassen mich im Prinzip noch die irrsten Applikationen begrüßen, nicht zuletzt, um dem gewöhnlichen Kulturpessimismus entgegenzuwirken, in dem es sich die Linke bequem gemacht hat und der viele Linke nach rechts hat driften lassen. Aber es ist natürlich nicht abzustreiten, daß die reine Versorgung mit Energie durch von Marginalisierten produzierte oder ihnen abgeschaute Kultur nicht per se ein interessantes Ergebnis, sondern auch grauenhafte Mißverständnisse hervorbringen kann.

Diskontinuität und Riß, aufgereihte Effekte – das alles sind Momente einer Reflektion von Zusammenbrüchen, notdürftig zusammengekittet durch gerade verfügbare Konzepte von Identität, wie beim Gangster Rap, von Nation, wie beim moslemischen Rap, oder von Politik, wie beim Malcolm-X-inspirierten Rap. In hiesiger Jugendkultur war aber die Musik der Effekte und Einzelereignisse immer auch eine Musik, die den Zusammenbruch affirmierte (u.a., weil sie ihn nicht zu fürchten hatte, aber auch, weil sie ihn auf einer molekularen, psychischen, familiären, perspektivischen Ebene längst erlebt hatte und dafür einen entsprechenden Ausdruck suchte). Die Unterscheidung zwischen gutem und schlechtem Zusammenbruch spielte dabei keine Rolle, also die, die man früher »Sozialismus oder Barbarei« nannte. Daß in einer Zeit, in der die erste Möglichkeit auf absehbare Zeit ausfällt, die Affirmation des Zusammenbruchs problematisch wird, berechtigt zwar nicht dazu, ihn nicht mehr zu thematisieren, aber es ist nötig, einen Blick auf die sozusagen molekulare Reaktion zu werfen, die hierzulande stattgefunden hat.

»Molekulare Reaktion« ist eine Anspielung auf einen Begriff des kürzlich verstorbenen Anti-Psychiaters und Anti-Kapitalisten Felix Guattari, der die Folgen, Weiterentwicklungen und Perspektiven der Gegenkulturen von 68 »molekulare Revolution« taufte. Lange vor den heutigen Verhältnissen haben molekulare Reaktionen gegen die molekularen Revolutionen der 68er stattgefunden, die sich manchmal – wie bei der Warenaffirmation der New Wave-Kultur – noch als strategisch berechtigt empfanden, mit denen in späteren Jahren aber keine Erinnerung mehr daran verbunden war, was man durch solche strategischen Korrekturen verändern und wie man eine Bewegung durch noch kleinere und feinere Verästelungen verbessern und erweitern wollte. Gothic-Träume, Plattencover mit Sütterlinschrift und reaktionäres und rechtsradikales Gedankengut in deutschen poststrukturalistischen Kreisen, die aus der Linken hervorgegangen sind

(Matthes & Seitz!), sind nur Symptome einer molekularen Entwicklung, die die Voraussetzung dafür geschaffen hat, daß für jedes Entgrenzungs-, Befreiungs-, Spontanitäts-Ereignis heute mindestens zwei Lesarten vorliegen, wovon die eine »Barbarei« ist. Die Ursachen und die Energie dieser Entwicklung aber liegen in der falschen Aufhebung von Bindungen, die nicht mehr durch bessere Verhältnisse ersetzt werden konnten. Man hatte Waffen, die für den Kampf im Sozialen und für das Soziale entwickelt wurden, aber man hatte nicht damit gerechnet, daß man auch dem Sozialen den Stecker rausziehen kann, indem man anderswo etwas einschaltet. Die Konsequenz auf der molekularen Ebene war die langsame Verelendung der »Befreiung« und ihrer Semantik, auf der molaren die immer spektakuläreren Erfolge rechter Gramsci-Leser – von der »Jungen Freiheit« bis zur »FAZ« – im Kampf um kulturelle Hegemonie.

Die Ästhetik des Risses und der Diskontinuität ist im HipHop keine Bejahung des Zusammenbruchs, sondern ein Arbeiten mit dessen Trümmern. Die im Gangster-Rap beschriebenen und genossenen Gewaltdarstellungen knüpfen an die erwähnten Traditionen städtischer männlicher Kultur an und sind auch darin natürlich geprägt von Gewaltverhältnissen, aber selbst darin versuchen sie eher noch Zusammenhänge herzustellen als Zusammenbrüche zu affirmieren. Der Zusammenhang an sich ist allein kein Wert, aber dieser Unterschied ist entscheidend, wenn man Phänomene wie Splatterfilme und Death Metal einerseits, die, mehr oder weniger akkurat und mehr oder weniger gut, vorhandene Gewaltverhältnisse als Zusammenbruch darstellen, und Rap, der in allen seinen Spielarten Zusammenhänge stiften will, welcher Art auch immer, nicht verwechseln will. Hinzu kommt, daß selbst die schlimmsten Gangster-Rapper sich gemäß einem Modell verstehen, einem Entwicklungsmodell, wie es die Karrieren von Malcolm X oder Iceberg Slim vorführen: die berühmte Reihe Gangster – Moslem – Politiker. Dies sind nur Andeutungen von der Komplexität der Bedeutungen des Gangster-Rap. Beurteilen und kritisieren kann man immer nur in Zusammenhängen. Schwarze Intellektuelle, die gewisse Gangster-Raps als erste Schritte von Bewußtseinsbildung in zerstörten Communities beschreiben, lehnen dieselben Produkte ab, wenn sie im großen Rahmen von der US-Mainstream-Kultur rezipiert werden und so zu Re-Stereotypisierungen führen. Günther Jacob brachte das Problem, bezogen auf den hiesigen Rahmen der HipHop-Rezeption, auf den Punkt, als er sagte: Man kann zu Vergewaltigungsphantasien nicht tanzen. Damit meinte er natürlich: man sollte nicht. Man kann nämlich, und das ist – in a nutshell – das ganze Problem. Wer sich beim Tanzen nicht das Textblatt aushändigen läßt, kann nur musikalisch keinen Unterschied feststellen.

In der Drastik-Kultur als der Zuspitzung der Effekt-Kultur sind Kommunikation und Austausch nicht mehr das, was wir als solche gewohnt sind. Was in dieser Kultur unternommen wird, ist, mehr oder weniger absichtlich, der Versuch, etwas an deren Stelle treten zu lassen. Daß, was unter den Verhältnissen diverser Zusammenbrüche und Medienrevolutionen sich entwickelt, immer auch von diesen Zusammenbrüchen spricht, ist klar. Um die Produkte kritisieren zu können, muß man mit ihren Rahmen arbeiten: Was innerhalb dieser Community funktionieren kann, funktioniert in jener nicht. Da gibt es keine Generallinie. Noch wichtiger ist aber vielleicht, zu rekonstruieren, wie auf eine molekulare Revolution eine molekulare Reaktion folgen konnte. Nur auf dieser Ebene ist sinnvoll von Gewalt zu sprechen. Auf einer Ebene, wo man zunächst eben an das klassische Wort von Brecht erinnern muß: Was ist schon die Ermordung eines Mannes gegen seine Einstellung? Heute muß es natürlich heißen: Was ist schon Crack-Sucht gegen eine Entlassung?

Diedrich Diederichsen schrieb in KONKRET 6/92 über den Einfluß der RAF auf die Pop-Musik

Konkret 02/93, S. 56

Eckhard Henscheid

Jesus, Jens, Schreiber usf.

Ein aktueller Blick aufs akute Gesocks

Die folgende Anzeige war am 12. Dezember 1992 im »Schwäbischen Tagblatt« zu lesen:

Neu – Walter Jens: Die sieben letzten Worte am Kreuz

Eine bibliophile Kostbarkeit, Bleisatz auf schwarzem Bütten, sieben Farbbildtafeln und sieben Schwarzweißbilder (einzeln eingeklebt), mit integrierter CD im Passepartout-Rahmen. Ein Buch in sorgfältiger buchbinderischer Verarbeitung, weitgehend in Handarbeit gefertigt. Inhalt der CD: Walter Jens spricht seine Texte im Wechsel mit den sieben Sätzen von Joseph Haydns opus 51. Es spielt das Münchener Kammerorchester unter Hans Stadlmair.

Sodann zitiert die Anzeige halbfett:

»Nicht platte Aktualität ergibt sich aus der Verschränkung von Haydns kostbarer Musik mit den Worten von Walter Jens, die das Kreuzigungsszenario in die blutige Nähe unseres 20. Jahrhunderts rücken ... sondern eine doppelte Vergrößerung: Die Sätze Joseph Haydns erscheinen durch die sie umhüllenden Worte wie expressive gesteigerte Klangskulpturen, ihre harmonische Schönheit gibt Schründe frei. Die Rede des heutigen Betrachters der Passion Jesu gewinnt im Wechsel mit der und durch die Musik eine kathartische, emotionale Kraft des Mitleidens. Das ganze ein Melodram des leisen, des bedächtigen Gedenkens letzter Worte im Angesicht der Gewalt von Menschen an Menschen.«

Wolfgang Schreiber, Süddeutsche Zeitung

Der Anzeigentext endet:

Walter Jens: Die sieben Worte am Kreuz 1992 64 S. 16 x 24 cm, geb. mit Fadenheftung Schutzumschlag – ISBN 3-89391-803-5 (ohne CD) DM 118, – . ISBN 3-89391-804-3 (mit CD) 158, – . Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. ars una Literatur und Wissenschaft. Heimgartenweg 7 8027 Neuried bei München. Tel. (089) 753342 – Fax (089) 754 370

*

Gewaltig endete so das Jahr. Aber ob das alles wahr sein darf?

Ob eins wirklich 69einhalb Jahre alt werden muß, um gegen das Ende zu auch noch diesen neutestamentarischen Compactdisc-Haufen in die Welt zu setzen? Ob einer tatsächlich Großschriftsteller, Rhetorikprofessor und PEN-Präsident gar sein und gewesen sein muß, um, vor nix mehr sich grausend, auch davor nicht länger zurückzuschrecken? Muß einer wirklich die klassische Antike samt deutscher Aufklärung von Aristophanes bis Lessing intus haben und lebenslang vor sich her tragen, muß so einer partout mit dem Segen der – wessen denn sonst – SPD ein Heine-Preisträger und Büchner-Alternativpreis-Preisträger gewesen sein, auf daß er, der neben Bruder Küng zweite Teil der weltberühmten schwäbischen Dioskuren, auf den Ausklang hin diese wahrhaft bleisatzschwere bibliophile Kostbarkeit ins Passepartout des sonst eher leishals verwehenden Jahres stemmt, ja letztlich stemmen muß?

Von Schreibers Wolfgang fast zu schweigen. Aber nur fast. War die »Süddeutsche« nicht in eisgrauen Vorzeiten mal eine halbwegs lesbare und vernünftige Zeitung, wenn schon keine aufgeklärte und aufklärende, so wenigstens das vertrauenbildende Gerücht dessen? Wenn schon nicht gleich kathartisch, so doch hin und wieder mit uns emotional mitleidend.

Aufklärung 1992: Der wie zwischen Jens und Schreiber aufgedreht abgekartete Unfug der als kritische Gesinnung sich camouflierenden und beteuernden Bigotterie, welche den altneuen frommen Seelen aus Tübingen wie München da angedreht wird, rotzfrech als heiteres Melodram vom Angesicht der Gewalt von Menschen an Menschen in eben dieses hohnlachend.

So soll’s sein.

Was noch soll man sagen zu diesem Dreifach-Schleim aus den geläufigen Gurgeln der Schreiber, Jens und ars-una-Wissenschaft? Das der Scham so aufgeräumt wie aufgemöbelt schon Entrückte nur noch zitieren – als der Menschheit säkulares Kainsmal späteren Geschlechtern zu Spaß und Lehr’? Eine Horde eher schönbergisch denn haydnhaft vorgehender Klageweiber einberufen?

Oder doch besser gleich das Reichsnotwehrerschießungskommando G. Bastian unsel. zur Sache schreiten lassen, die blutige Nähe unseres 20. Jahrhunderts expressivis verbis et armis con amore sowie con passione vorzuführen?

Sieben Schwarzweißbilder vor dem Hintergrund eines riesigen farbigen: Ein wahrhaft eindrucksvolles Outing, jawohl, als spätabendliche Selbstpreisgabe hat er uns da jesusmäßig vorgelegt, der Tübinger Tycoon und Seniorschmock, auf schwarzem Bütten und deshalb jenseits der platten Aktualität, auf seine hochreifen Tage der darüber allerdings nicht mal allzu frappiert staunenden Gottesnation vorzuführen, wie man noch acht Jahre vor der nächsten Jahrtausendwende mit erbaulichem Traktätchen-Nippes und im Verbund mit der SZ und mit op. 51 jenen das – wahlweise mit oder ohne CD-Aufpreis – Geld aus der Tasche zieht, die es allerdings – und insofern hat er recht, der alte Aufklärungsapostel – auch gar nicht besser verdient haben.

Allerdings, ob vor dieser greisen Einsicht eins, noch einmal, wirklich ein dreiviertel Leben lang Antike, Humanismus und lateinisches Mittelalter lehren muß, ehe er diesen werweiß letztwörtlichen Seich als jüngster Platzwart Jesus' frömmelnd von sich sprotzt? Sollte da eins nicht doch besser schon mit 30 abtreten? Andersrum: Sollte man nachwachsende junge Menschen da nicht besser gleich auf den Talkmaster hin studieren lassen, der »Totalität der Kulturindustrie« (Horkheimer/Adorno) wenigstens ex negativo vergleichsweise halbwegs resistent zu trotzen?

Expressiv gesteigerte Klangstrukturen, nein, -skulpturen: Man muß den Jens-Schreiber-Jesus-Dreck wirklich einmal komplett abschreiben, um eine Ahnung von den in ihm freigelegten Schreiberschen Schründen zu verspüren, den Supernovas, den Schwarzen Löchern im Weltraum dieses simultan etwas in Schräglage über dem Neckar schwebenden Geistes und seines Talmi-Heilands. Wer lacht da noch über den Rinser- und den Sölle-Quatsch? Den unlängst geburtstagsmäßig wiederbelebten Böll-Kitsch? Nein, dieser allerjüngste paranazarenisch neogolgathanische Oberscheißdreck im Wechsel mit der und durch die so ungeschützte wie tantiemenfreie Musik: der kann sich sehr stramm riechen lassen.

Darf man ihn ihnen verargen, den beiden Jesus-Spießern? Gewiß, etwas scheint da evolutionsontogenetisch aus dem Ruder seines eigenen Lebensleims gelaufen zu sein, bei unserem unbegreiflichen PEN- und Heine-Lessing-Dunkelmann. Aber andererseits hat ein kostbar bibliophiler Messias wie er gerade jetzt, da dieses Leben sich neigt und die ewige Nacht sich ankündigt, gerade in seinen schon exaltiert rücksichtsfreien und vollends gerontokratischen Narreteien auch wieder etwas recht Überzeugendes und Erhellendes, und auch ein Ausbund von Journalismus wie Schreiber leuchtet glatt und voll ein, doch, diese ganze schon schlaraffisch dummbrummende Geistesgaunerbrühe, so sich da von der Schwäbischen Alb bis zu den Voralpen hin wälzt, die gefällt uns ja sehr gut, uns, die wir ja doch von einem späten und fernen und metachristlichen Gott als »Sammler von Menschengreueln« (Karl Kraus 437,31) bestimmt und eingeteilt sind, uns, denen so bekümmert wie zuweilen beklommen beschieden ist, an den krähenden Sünden anderer reuig unsere eigenen zu ermessen – und die wir aber ja letztlich gar nicht schlecht, sondern weidlich davon leben.

Beim Feueratem Jensens und beim Barte Schreibers: Eigentlich fehlt mir in der neuen ars-una-Edition ja nur und allerdings doch sehr, daß, nun Polen eh offen, im Zuge einer noch unerbittlicheren und unbefangeneren Haydn-Spezialversion der kulturschlammgestählte Justus Frantz noch dirigiert und ein davon wiederum hingerissener Helmut Schmidt den Orgelpart heruntergeigt.

Arsch una compactdiscitur: Der Herr Jesus wird aber jetzt schon eine rechte Freude haben mit dem Kreuzigungsszenario, nein, -scenario seiner vorerst letzten Kreuzbeiständer.

Nein, F. Beckenbauer hat überhaupt nicht recht mit seinem jüngst vorgetragenen Statement, in W. Jens habe man einen gänzlich »unerheblichen« (Beckenbauer) Denker zu erkennen. Aber auch die Vokabel Arschgeige trifft es ja nicht vollends. Dazu ist das Jens-Haydnsche Gesamtkunstwerk zu einerseits posaunenhaft, andererseits doch zu klangskulpturenexpressiv und faxig.

Eckhard Henscheid schrieb in KONKRET 2/92 über den Heine-Preisträger R. von Weizsäcker

Konkret 02/93, S. 58

Klaus Walter

Pater Dany und die Prollhools

Über keine deutsche Band wird soviel geredet wie über die rechtsradikalen Böhsen Onkelz aus Frankfurt. Vorläufiger Höhepunkt des Geisterbahn-Palavers war eine Pressekonferenz, zu der Multikulturdezernent Daniel Cohn-Bendit und sein Freund, der Kabarettist Matthias Beltz Onkelz und Presse geladen hatten. Und das am Tag der Frankfurter Lichterkette!

Smells like dynamite! Das riecht auch der Oberbürgermeister und untersagt seinem grünen Dezernenten, die Onkelz-Show in städtischen Räumen abzuziehen. Eine solche Diskussion sei das falsche Signal zur falschen Zeit, meint Andreas von Schoeler ganz richtig. Schließlich sollten abends hunderttausend Frankfurter Kerzen den Asylbeschluß in mildes vorweihnachtliches Licht tauchen. Und diese kollektive Vergeßlichkeitsduselei, so mußte Schoeler befürchten, könnte durch eine womöglich aus dem Ruder laufende Onkelz-Debatte empfindlich gestört werden.

Also mußte Onkel Dany in den grünen Konferenzraum umziehen. Damit war die vorab schon hübsch »umstrittene« Veranstaltung im Handumdrehen noch zehn, fünfzehn Grad heißer geworden, der geplante kathartische Tabubruch lag dicker denn je in der Luft.

Klar, daß Cohn-Bendit sich die Chance nicht entgehen läßt: Es sei am Rande des Erträglichen, daß der OB diese Debatte unmöglich mache. Das hört man gern, denn wer Debatten verbietet, der verbietet auch Menschen, oder?

Und wo er schon auf gefährlichem Terrain wandelt, da setzt er noch einen drauf. Mit seinem Freund Matthias Beltz, so DCB, habe er vor über zehn Jahren das ehemalige RAF-Mitglied Hans-Joachim Klein aus der Illegalität zurückgeholt! Wie das manchmal so ist bei Pressekonferenzen – Sätze werden gesagt und verschwinden umgehend in der Tiefe des Raumes, ohne ihr volles Gewicht zu entfalten. Also wie war das? Was will er uns damit sagen? Jochen Klein war in den frühen 70ern einer der nicht allzu vielen Jung-(Sub-)Proletarier des RK (Revolutionärer Kampf) in Frankfurt und ein glamouröser dazu, nach allem, was man so hört. Irgendwann tauchte er unter und ward erst wieder auf Fahndungsplakaten gesehen. Dany Cohn-Bendit, Matthias Beltz und andere haben ihm also dann später einen Weg aus der Illegalität geebnet. So weit, so respektabel. Was in aller Welt aber hat diese Tatsache mit den Böhsen Onkelz zu tun? Wollen die Onkelz in den Untergrund gehen? Waren sie womöglich bereits dort? Wollten sie womöglich mit einer riesigen Lichterkette ganz Frankfurt in Schutt und Asche legen? OK, das konnte gerade noch mal verhindert werden.

Wieso und warum Jochen Klein plötzlich durchs grüne Konferenzzimmer spukte, wird wohl ewig ein Rätsel bleiben. Ich kann nur vermuten, daß es mit den eigentlichen Beweggründen für diese Diskussion zu tun hat: der umstrittene Diskurs, der geile Culture-Clash, der spektakuläre antizyklische Akt wider den Fraktionszwang, das feuilletonfreundliche und telegene Denkverbotedurchbrechen (und sei es bloß for the sake of Denkverbotedurchbrechen). (Vielleicht erleben wir auch nur eine besonders exotische Variante der Sorte »Streitkultur«, wie sie in den anderen Parteien längst an der Tagesordnung ist: die FDP lädt Jörg Haider ein, die CDU läßt David Irving über die »Auschwitzlüge« plaudern.) Dieses Motiv jedenfalls überlagert vor allem bei Beltz irgendwelche greifbaren, benennbaren politischen Ziele. Gibt es doch kaum was Schöneres, als die eigene Verwandtschaft ein bißchen zu schocken (aber immer nur so weit, daß sie hinterher kapieren kann, daß es ein heilsamer Schock war). Das von DCB vage benannte politische Motiv der Veranstaltung – er wollte irgendwie über die Onkelz an irgendwie »gefährdete Jugendliche« rankommen – geriet jedenfalls umgehend in Vergessenheit.

Viel spaßiger ist es doch, wie man früher gesagt hätte, den Böhsen Onkel in dir und mir zu entdecken, oder, wie man heute sagen würde, zu outen. Zu diesem lustigen Spiel nehme man die derzeit überall greif- und abrufbaren falschen Argumente gegen die Böhsen Onkelz im besonderen, gegen Rechtsrock im allgemeinen, gegen Rock im noch allgemeineren und gegen Kunst überhaupt. Schließlich sind diese »Diskussionen« stets bevölkert von hilfreichen und zuverlässigen Statisten. So kann man die Uhr danach stellen, wann der erste zu berichten weiß, daß die Täter von Hünxe sich mit dem »Bomberpilot« der Böhsen Onkelz in Killerstimmung gebracht hätten. Diese Lektion hat sogar der ansonsten eher dummbeutelige Onkelz-Manager begriffen und erwidert völlig korrekt, daß man dann ja getrost sämtliche Metal-Texte verbieten könnte. Also, noch mal: –

Nein, selbstverständlich fällt nicht jeder Konsument skandinavischer Tierpornos zwangsläufig über den Fox-Terrier seiner Nachbarin her; –

nein, selbstverständlich haben die wenigsten »Psycho«-Gucker eigenhändig Frauen unter der Dusche aufgeschlitzt; –

nein, selbstverständlich haben die wenigsten Guns’n’Roses-Fans schon mal eine weidende Kuh erschossen, wie Axl Rose das schon mal getan hat.

Nein, die Kunst und das richtige Leben verhalten sich nicht zueinander wie Ursache und Wirkung.

Im grünen Konferenzzimmer im Römer übernimmt an diesem Lichterkettendienstag Fritz Rau, der Elder Statesman unter den Konzertveranstaltern, die Rolle des Advokaten des himmlischen Friedens. In Ehren ergraut malt Rau ein

apokalyptisches Bild der fatalen Attraktionen, die von den Böhsen Onkelz ausgehen. Das Wort »Haß« tauche da überall auf, sogar von Haß auf Deutschland sei die Rede, und so gar keine positiven Botschaften. Wenn sie jemals wieder auftreten wollten, dann sollten die Böhsen Onkelz sich umtaufen, so hätte das schließlich auch Saulus gemacht, der als Paulus noch ziemlich groß rauskam. Sollte diese Diskussion je einen anderen Zweck gehabt haben, als den, der rechten Rockband Böhse Onkelz ein paar Auftrittsverbote zu ersparen, so ging es spätestens jetzt ausschließlich darum.

Matthias Beltz nutzt die wie bestellten Rau'schen Stichworte zu einem Irrsinnsslalom durch die Geschichte der okayen Gewalt in der Kunst: Er hält ein mitgebrachtes LP-Cover der slowenischen Band Laibach in die Luft, das ein stilisiertes Hakenkreuz zeigt, und erinnert daran, daß Leute wie Zadek und Heiner Müller mit Laibach gearbeitet haben. Markus Lüpertz und Rainald Goetz werden mit irgendwie Gewaltfreundlichem herbeizitiert, selbst Marius Müller-Westernhagen habe mal ein Lied geschrieben, in dem ein Polizist geschlagen wird. Und – Beltz how low can you go? – zu Hippiezeiten habe es doch eine Band mit dem schönen Namen Blood, Sweat & Tears gegeben! Als selbst dieser Kalauer kein Hohngelächter hervorruft, läßt Beltz schließlich die leidgeprüften offiziellen Kronzeugen der Onkelz-Debatte auftreten: Ton, Steine, Scherben. Die hätten ja schließlich auch »Macht kaputt, was euch kaputt gemacht« gesungen, wobei sich ein mildes Erinnerungslächeln auf vielen älteren Gesichtern breitmacht, das es post festum ganz egal sein läßt, wer damals was zu welchem Zweck kaputt gemacht haben soll, irgendwie Hauptsache, daß. Einmal in Fahrt vergißt Beltz auch nicht zu erwähnen, daß man ihn »mal als BKA-Agenten bezeichnet« habe! Wer? Wann? Warum? Egal.

Der spukige Auftritt von ein paar Antifas, die ein Transparent entrollen, einen Aktenschrank umwerfen und wieder gehen, bestärkt Beltz & Cohn-Bendit in ihrem Denk-verbotedurchbrechen - auch - gegen - linke -Denkverbote-Ansatz und bestätigt den Konzertveranstalter David Lieberberg stellvertretend für den Rest der Welt in seiner Verurteilung von jeglicher Gewalt, sei es Türkenmorden von rechts oder Aktenschränkeumwerfen von links, »wie wir es gerade erlebt haben«. Michel Friedmann, der jüdische Kultursprecher der CDU, kommt zu spät, will aber die Onkelz bei der Lichterkette sehen und erklärt ihnen, wie sie ausländerfreundliche Songs zu schreiben hätten. Angesichts solcher Zumutungen reagiert Onkelz-Boß Stephan Weidner genervt, klagt über Verschwörungen und intellektuellen Scheiß. Womit er natürlich recht hat, wie fast immer in den letzten Wochen, wenn in Rehab-Talk-Shows liberale Onkels Onkelz-Umerziehungsprogramme vorschlagen: Da läßt er einfach den Prollrocker raushängen, und seine Fans freuen sich.

Der eigentliche Irrsinn solcher Diskussionen liegt im vollkommenen Geschichtsverlust der ehemaligen Linken. Auch wenn Beltz und Cohn-Bendit seit zwanzig Jahren kein Rockkonzert mehr gesehen haben und somit auch nicht wissen, was sich da geändert hat, müßten sie doch noch erinnern, daß Rockmusik nicht über schieren Worttransport funktioniert. Muß man ihnen wirklich erklären, daß – zumal im Metal, zumal im Punk, zumal im Osten, zumal in dieser Situation – ein paar freundliche Worte zwischen den Songs und ein paar Flugblätter nichts ausrichten gegen die Dynamik und Geschichte der Band und erst recht nichts gegen die Geschichte der Fans? Muß man ihnen wirklich erklären, daß Fans Musik schon immer zu ihren eigenen Zwecken genutzt haben, gerne auch gegen den Sinn des Erfinders? (Nur zwei Beispiele, die auch älteren Lesern bekannt sein dürften: Lennon schrieb zwei Versionen von »Revolution«, eine für die Pazifisten, eine für die anderen; Springsteen grämte sich, daß sein »Born in the USA«-Viet-Vet-Melodram als Nationalhymne (miß-)verstanden wurde.)

Und ausgerechnet zwei Protagonisten der »antiautoritären Revolte« stellen sich vor, daß ein paar beschwichtigende Onkelz-Worte von der Bühne einen Haufen Saulus-Hools in Paulus-Hools verwandeln können, wie Fritz Rau sagen würde. Leute, die an einen derart schlichten Bekehrungsmechanismus glauben, stellen sich ein Böhse Onkelz-Konzert offenbar vor wie ein Adorno-Seminar (und selbst die – erinnert ihr euch noch? – verliefen mitunter unplanmäßig).

Pater Dany im Teenage-Riot

Daß Matthias Beltz und Dany Cohn-Bendit sich um die Rehabilitierung und Wiedereingliederung der geouteten Onkelz-Millionäre (die Verkäufe der letzten LP gehen auf die 500.000 zu) verdient machen, ist ein ganz besonderer historischer Treppenwitz. Denn die Geschichte der Böhsen Onkelz ist auch die Geschichte eines konsequent zu Ende gedachten Frankfurter Mißverständnisses. Die Onkelz waren nämlich eine der wenigen Frankfurter Punkbands der ersten Stunde. (Remember: Punk und Skin waren damals – und sind auch heute – nicht antagonistisch. Es gab eine starke linke Skintradition in England, die hier mitrezipiert wurde. Es gab das antirassistische Ska-Revival mit schwarz/weißen Bands wie den Specials, das rassi-stische Skins zu hijacken versuchten. Die Rechten favorisierten Madness, gegen deren Willen, einfach, weil die weiß waren. Madness zeigten bei dieser Gelegenheit, daß und wie man sich gegen eine Vereinnahmung von Rechts wehren kann, wenn man denn will, Herr Weidner.) Punk in Frankfurt bestand 77/78 zu einem guten Teil aus Hippie-Bashing auf dem Flohmarkt. Korrekte, identitätsstiftende Abgrenzung – wie eben Punks überall auf der Welt Hippies geärgert und bekämpft haben. Mit dem entscheidenden Unterschied, daß Hippies in Frankfurt politischer und dadurch langlebiger waren als in anderen deutschen Großstädten.

Bis Ende der 70er stellten Hippies (»Spontis«) das dominierende und attraktivste Gegenmilieu in dieser Stadt. Länger als anderswo waren sie im Besitz von Politik *und* Musik, Sex, Schönheit, Drogen, Straßenfights, Medien, Infrastrukturen, Locations und allem, was man so braucht, wenn man den gesellschaftlichen Konsens verläßt. Länger als anderswo hielt sich in Frankfurt auch unter halbwegs vernünftigen Leuten das Gerücht, Punk sei faschistisch (schon der kurzgeschorenen Haare wegen). Erst Ende der 70er sprach sich in dieser Szene herum, daß die beste Musik, Mode, Politik, Drogen etc. jetzt bei Punk (zu diesem Zeitpunkt bereits »New Wave«) zu haben sind. Und selbstverständlich nutzten diese Leute ihre Erfahrungen, um gleich eine Struktur aufzubauen. Ausgerechnet in der von Cohn-Bendit und Joschka Fischer mitbetriebenen Karl Marx-Buchhandlung wurden die ersten Punksingles verkauft, was groteske Culture-Clashs und die Festschreibung von Mißverständnissen zur Folge hatte. Ausgerechnet im internationalen Sponti-Zentrum im Gallusviertel organisierten Musiker von Toto Lotto (aus dem arty Sponti-Flügel) »Punk&Reg-gae-Discos«. Im Gallus-Zentrum, später in der Batschkapp, seinerzeit noch Abspielstätte für alternative Theatergruppen, wo jener Matthias Beltz erste Schauspielübungen unternahm, etablierten sich Punk/New Wave-Abende. Ein Teil der alten Sponti/Hippieszene entdeckte also ein neues, attraktiveres Milieu, absolvierte eine paradigmenwechselnde Wiedergeburt und behauptete auf diese Weise seine subkulturelle Hegemonie.

Diesen gewaltlosen subkulturellen Putsch meint Stephan Weidner, wenn er sagt: »Hippies haben Punk kaputtgemacht, in eine politische Richtung gedrängt.« Für ihn und die anderen Punks der ersten Stunde war Punk primär Anti-Hippie, Anti-Hippie-Establishment. Und in Frankfurt war das Hippie-Establishment links und linksintellektuell, also waren diese Punks gegen Linke und gegen Intelligenz. Carefully designteBiertrinker-Dumpfkopf-Nofuture-Attitüdenvon englischen Punkbands kopierten sie so gründlich, daß es eben keine Attitüden mehr waren, sondern das ganze, richtige, öde Leben. Wo andere deutsche Punkszenen eigene Sprachen, Intelligenzen, Organisationsstrukturen etc. entwickelten, hat sich die Frankfurter Urpunkszene ex negativo definiert: keine Sprache, keine Intelligenz, keine Politik, keine Organisation. Klassischer Fall von Kind-mit-Bad-ausschütten. Oberhalb dieser Szene richtete sich in Frankfurt ein überaltertes, post festum ungründlich konvertiertes New Wave-Establishment ohne künstlerische oder politische Bedeutung ein. Keine einzige Frankfurter Band hat seit 77 etwas für Deutschland Relevantes produziert, bis zu den Onkelz. Nirgendwo sonst war die alte Spontilinke so lange so dominant als Immer-Noch-Jugendkultur und konnte ihre Ablösung durch eine nächste Generation verhindern. In Frankfurt hat das funktioniert, die wenigen Punks ließen sich auf ihre eigene schmale Nebenlegende (»dumpfe, faschistoide Prollhools«) festnageln und dadurch (fast) abschaffen.

Überlebt und als Wiedervereinigungsgewinnler triumphiert haben die Onkelz: »Wir waren schon immer etwas kräftig, am Tresen waren wir zu Haus.« Über die Jahre haben sie auf ihrem Level weitergemacht, hatten ihre Fans hinter der Mauer und im deutschen Skinuntergrund (schon auf den ersten Platten danken die Onkelz ihren OstFans). Bis zur Wende. Da waren es halt die Onkelz, auf die sich aktive und passive depravierte Jugendliche in Ost und West geeinigt haben, bis zum Platz fünf der Charts.

Alice In Chains

»Ich hasse die deutsche Mentalität«, hat Weidner neulich gesagt. Das glaube ich ihm, denn er haßt diffus rechtsanarchistisch sowohl den klassischen autoritären deutschen Spießer als auch den verspießerten post-68er. Ironie der Geschichte, wenn ausgerechnet verhaßte Exponenten dieser Kaste die Onkelz gesellschaftsfähig machen. Noch lustiger ist es allerdings, wenn die Mutter des deutschen Illustriertenfeminismus sich der Frankfurter Jungs annimmt: »Sie sind einfach genau die Jungs, für die sich die Demokratie angeblich so brennend interessiert: Jungs, die es schwer hatten; Jungs, die mal Scheiße gebaut haben; Jungs, denen das heute leid tut und die einfach spannenden Rock machen.« So leitet Kumpel Alice Schwarzer in »Emma« 1/93 ein steinerweichendes vierseitiges Interview-Soziodram mit dem ever so mißverstandenen Stephan Weidner ein. »Die Böhsen Onkelz«, so Alices antizyklische Erkenntnis, »produzieren keine starken Töne gegen Schwache, sondern wütende Schreie gegen Starke und Selbstgerechte; Texte voller Zweifel, Schmerz und Sehnsucht.«

Das ist der vorläufige Rekord im talkshowlinken Denkverbotebrechen. Es brauchte eine Frau wie Alice Schwarzer, um den weichen, antiautoritären Kern der (ex-)faschistischen, männerbündelnden Böhsen Onkelz freizulegen. Ich frage mich bloß, ob sich Stephan Weidner nicht doch ein bißchen für seine neuen Freundinnen und Freunde schämt (wenn schon nicht umgekehrt).

Klaus Walter ist freier Autor und Radio-DJ und lebt in Frankfurt

Konkret 02/93, S. 61

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Genüsse wie Ficken, Lecken, Blasen sowie Phänomene wie Azur und grüner Rasen können mich solange im Arsche lecken, als eine Menschheit, mit einem Gesamt-IQ von zirka dreihundert Milliarden, einem halben Dutzend Hochreligionen inclusive Gottessohn, Profeet sowie Messias in Warteschleife, 971488 Knästen, sechs, siebentausend Symphonien, 3,9 Trillionen Schuß Munition und acht Billiarden Mark Schulden unter einer Decke steckend, weder den Eigentümer noch den Haftpflichtversicherer des Shetlandverseuchers aufzusagen weiß.

Lieb und tapfer, K.A., daß du die Glatzen aus dem Vorurteilssumpf des Status confessionis ziehest, um so mehr, als du ja keinen Schopf zu fassen kriegst und die Jungs an den Ohren aus dem Modder hebeln mußt. Hast du sie aber heraussen, so sehn wir, o du uns die Tomaten von den Guckern zupfender Vollosoph, daß unter der Spitze gleich Glatze ein ganz anderes als der von uns eingebildete Eisberg, nämlich das im Takt mit den Gedemütigten und Beleidigten pumpernde Herzerl sich befindet. Dies also pumpernde Herzerl aber trägt die Glatze nur, um uns zu veräätschen, die Bomberjacke zum Schutz gegen die Kälte unsres Vorurteils, die Springerstiefel zum Davonlaufen vor der üblen Nachred, den Brandsatz, um unser Unbewußtsein um die Imaginiertheit seiner Dämlich- oder Verwerflichkeit zu erhelln und das Schlagholz, um damit auf jene Finger, die auf irgendwelche Restglatzen jenseits unserer Liberalitas skinae zeigen, klopfen zu können, und zwar, kein Wunder: auf unsereinen seine.

Nun ist das natürelemoa, K.A., sowohl ein Scherz, wie ich dir, du lieber Keks, einen Vorschlag Richtung ernste Krüml mach. Will sagen: Deine Glatzentheorie interessiert mich echt. Laß uns, Kumpl, Kußmaul, feudlfeuchts, in den gemeinsamen Grübeltunnel donnern, ich zeig dir da dann auch meine Glatze, die prall ist wie die Eichel und die wortlos schreit nach deinen Fingern, Süßer du, als der ich dich an deinem Texte erkannte.

Tja, gestern noch Feuerkopf und im Exil geholfen, verdorbene Greisenregimes wie Fliegen vom Tische zu fegen, aber heut schon nicht mehr weiter wissen, beziehungsweise dann doch vorwärts im Kitsch der frühen (O Gott, laß du den Kommunismus siegen) und der jüngeren Jahre (Gorbi, ich mach mir Sorgi) und nicht vergessen, das jugendlichbrutale »Friede den Hütten, Krieg den Palästen« in die alle verdorbenen Greisenregimes, ja das ekelerregendste Salmonellennest vor Neid auf diese Verdorbenheit verblassen lassenden hochmögenden Fettsackzeile »Irgendein Loch brauchen *wir* doch« zu transmutieren, das ist schon 50 Kilo Büchnerpreisgeld wert.

Also, es war deswegen kein Protokollführer zugegen, weil er die Vernehmung des SS-Mannes Anton Mallot, beschuldigt von Peter Finkelgruen des bezeugten Mordes an seinem Großvater Martin F., »im Krankenhaus« durchführte. Und es war auch »kein Mord«, sondern »Totschlag« und der »ist verjährt«. Und den »Herren« von »Titel-Thesen-Temperamente« (ARD), die in einem Beitrag über Peter Finkelgruens Dokumentation »Haus Deutschland oder die Geschichte eines ungesühnten Mordes« (Rowohlt Verlag) berichteten, habe er »alles dazu gesagt«, aber das, »was denen nicht gepaßt« habe, sei »herausgeschnitten« worden. Ralph Giordanos Äußerung in der »Frankfurter Rundschau«, er habe ihn am Bildschirm als »emotionslosen Ochsenfrosch« wahrgenommen, »dem die Untat ins Gesicht geschrieben stand«, sei ihm neu, er werde aber den emotionslosen Ochsenfrosch, dem die Untat ins Gesicht geschrieben stand, womöglich als Beleidigung werten. Sagt mir am Vormittag des 11. Januar 93 der Dortmunder Oberstaatsanwalt Klaus Schacht. Völlig entspannt sowie losgelöst von der Erden.

Proletarier aller Gegenden der Welt! Ihr habt nichts zu verlieren als die von Nerzen, Militären und Sozialarbeiterpfaffen in den Schlenderzonen und an den Binnenseeufern der Ausbeuterzentren gezündelten Mitleidsmidnightslichterketten. Löscht sie! Macht Licht!

Lieber Dr. hc. TucholskyOssietzkyKästnerMorlock Fritz Rumler! Muß das sein beim Deutschlandmagazin, daß paar Schritt von deinem Büro zwei sinnlos in die Krawattenzwangsjacke behemdete Grünhörner im Fotöi des Hauses fläzenden Nazitwens einzig deswegen in edlem »Sie« die tolldreiste Frage stellen »Wen wollen Sie denn jetzt erreichen«, um sich goebbelssch (»Ist das irgendwie schlimm, wenn man unter der Reichskriegsflagge singt?«/»Warum soll man am 20. April keine Konzerte machen, ist das ein Volkstrauertag?«) ins Schulbubenantlitz rotzen zu lassen und müssen diese eine Nazigäng mit einer Kult-Band verwechselnden Lighthirnis auch noch den Hausschwanz rausholen und das Sprüchlein aufsagen »Herr Himmlerenkel, Herr Auschwitzlügenzurechtbieger, Herr Kanakenklatscher, wir danken Ihnen für dieses

Gespräch«??

Konkret 02/93, S. 62

Dietmar Dath

Spiel ohne Grauen

Stephen King hat in seinem neuen Roman »Das Spiel« leider seinen besten Trick vergessen

Damals ging Josua daran, zu Gott zu sprechen, an dem Tag, an dem der Herr die Amoriter vor den Söhnen Israels zu Fall brachte, und Josua sprach vor den Augen Israels: Sonne, steh still über Gibeon, und Mond über der Tiefebene von Ajalon!
Josua 10, 12

Don't look up in the sky
You're gonna die of fright!
AC/DC, The Razor's Edge

Wenn es um Genreliteratur geht, also Tarzan, Conan, die Hobbits, Perry Rhodan, die Bibel, Sherlock Holmes und Dracula, verläßt man sich am geschicktesten auf einschlägige Sekten und die Fragen, die von denen dann artikuliert und ans jeweilige Werk herangetragen werden.

Deren für die Beobachtung der Größen des Genres zuständige Literaten haben nämlich gelernt, das Geräusch höher zu achten als die Meinung, die der Autor mitteilen möchte; sie geben der Binnenstruktur und ihren Anknüpfungspunkten an das gesamte Genregeflecht die Ehre und den Vorzug vor solchen Trivialitäten wie »erzieherische Absicht« oder »zerquältes Schriftstellerbewußtsein«.

Ein solcher Literat (und, nebenbei, ein großartiger Schriftsteller) ist Stephen Kings Freund Harlan Ellison, und wenn ich nicht alles mißverstanden habe, was Ellison über »Steve« geschrieben hat, seit sie einander beobachten, dann hat »Bitchin' Harlan« keine Gelegenheit ausgelassen, seinen Freund vor dem Verfassen eines Buchs wie *Gerald's Game* zu warnen, das dieser jetzt dennoch geschrieben hat. *Gerald's Game* (und der deutsche Titel *Das Spiel* macht die Schwächen des Buches eher noch beißender, ich komme noch darauf zu sprechen) ist das, was Ellison in seiner Theorie der »Speculative Fiction« einen »ungedeckten Scheck« nennen würde. Lob von »Publisher's Weekly«, auf das sich der Klappentext blind verläßt, würde selbstverständlich nichts anderes besagen.

Potentielle Untiefen wie die, ob King überhaupt noch Genreliteratur produzieren kann und nicht bereits in jenem Hotel eingesperrt ist, wo die Westernlügner aus Sachsen, Monstererfinderinnen und Frauenrechtlerinnen und die Religionsstifter mit der Laserkanone (also »Winnetou«-May, »Frankenstein«-Shelley und »Scientology«-Hubbard) ihr tristes Dasein als Dauerinternierte der Bestsellergeschichte heruntergammeln, seien hier großzügig umschifft.

Zumindest einen Kniff hat King nicht verlernt: Der Plot ist Dreck, das Geräusch die Hauptsache. Unsterblich sicher war sein Griff stets, wenn es darum ging, noch die blindesten Klischees durch Unterbieten zu zertrümmern – wer denkt als liebend-dankbarer King-Leser nicht gerne zurück an das Ufo im Wald (*Tommyknockers*), den bösen Nachbarshund (*Cujo*), das pubertäre Trotzköpfchen (*Carrie*) oder die blöde Karre, die nicht (und wenn doch, dann pfui Teufel) anspringt (*Christine*) und den besten Einfall überhaupt: über 1000 Seiten damit zu besiegen, daß man 9/10 der Weltbevölkerung an einer Abart der Grippe (!) draufgehen läßt (*The Stand*), hinter allem aber ein Bösewicht steckt, der auch noch »Der schwarze Mann« heißt (abermals *The Stand*).

So, also nach der unverächtlichen Losung »Stirb! Niveau, elender Blutsauger!«, verfährt King auch beim Grundriß von *Gerald's Game*: Ein »Corporate Lawyer« in mittleren Jahren und seine Frau fahren in den schwarzen Wald zur Ferienhütte, damit er sie dort fesseln kann, weil das das einzige ist, was ihn noch über die Impotenzschwelle lupft. Das Unglück will es, daß in der über Jahre so mißbrauchten Ehefrau im entscheidenden Moment die getretene eigene Würde zuckt, sie tritt ihn, er fällt vom Bett, das Herz setzt aus, Gerald ab.

Und Jessie liegt gefesselt auf dem Bett, mitten im Märchenwald. An dieser Stelle führt King wohl das abgeschmackteste Klischee ein, das er je veredelt hat: irgendwo bellt ein Hund. King-Leser wissen aber, daß so etwas Billiges von King nicht kommt, ohne daß er die Gelegenheit nutzt, sich an der Literaturgeschichte für den Niedergang einer derartigen Formel in der denkbar bösesten Weise zu rächen – denn der Hund kommt näher.

Das macht den Unterschied: das Geräusch, in diesem Fall Hundekrallen auf Holzboden. Weitere Zutaten sind zahllose Stimmen im Kopf der gemarterten Jessie (die man aber nicht mit Freudianischen »Persönlichkeits-Instanzen« verwechseln darf, wir erinnern uns hier an das Motto zu *It*, das über Kings Gesamtwerk heimleuchten müßte: Es *gibt* das Übernatürliche) und ihre Kindheit, in der sie vom Vater mißbraucht wurde, sowie ein Monster, das Jessie mal eben in ihrem Schlafzimmer besucht, während sie dort langsam stirbt.

Das ganze ineinandergefügt mit den üblichen Kameraschwenks, tektonischen Waghalsigkeiten und bebenden Gemeinheiten/Gemeinplätzen, die einen weniger pfiffigen Kritiker mal verführt haben, King den »Meister der

postliterarischen Prosa« zu nennen. Auch die ständige Gegenwart einer zentnerschweren Botschaft schadet *Gerald's Game* noch nicht unbedingt. Die Botschaft ist, und da gibt es nichts zu begrinsen, denn er bringt sie mit Ernst und Geschick, Zorn und scharfen Spitzen vor: Frauen geschieht unaussprechliches Unrecht, und es wäre besser, wenn man das ausspräche, damit die Formel von der »Unaussprechlichkeit« nicht länger als preiswerte Rechtfertigung im Umlauf bleibt.

Große erzählerische Verdienste erwirbt sich King in *Gerald's Game* sogar gerade da, wo er langjährige Leser wie mich daran erinnert, daß Botschaften vielleicht nicht ausreichen für einen satten, feisten King, daß sie aber sein Gewinn und Wert sein können, wo sie im Text beweglich bleiben – so bringt er beispielsweise die gerade für einen Horror-Autor nicht selbstverständliche Erkenntnis unter, daß Psychologie ganz und gar keine Geheimwissenschaft ist: daß jeder lügt, der vorgibt, das Wechseln der Perspektive von Täter zu Opfer zu Zuschauer und retour sei, ebenso wie der Wunsch nach Rache oder der von diesem leider nur Zentimeter entfernte Mobwunsch nach Lynchverbrechen, eine ganz unglaublich komplexe Angelegenheiten. In Wirklichkeit sind sie alle, Täter, Opfer, Lynchmob, Zuschauer, nur allzu leicht zu »begreifen« (das wäre auch einmal eine gelungene Antwort an all die Psychologen, die fordern, man müsse sich in Pogromhorden erst mal langwierig »reinversetzen«), wie folgende Kinderstimme aus *Gerald's Game* zeigen kann:

»Verlegenheit wurde zu Scham, Scham wurde zu Angst, aber als sie die Bluse überstreifte und zuknöpfte, spürte sie noch ein anderes Gefühl darunter. Dieses Gefühl war Wut, und es unterschied sich nicht sehr von der bohrenden Wut, die sie Jahre später empfinden sollte, als ihr klar wurde, daß Gerald wußte, es war ihr ernst mit dem, was sie sagte (nämlich mit ihrer Forderung, sie aus den Handschellen zu befreien, D.D.), aber so tat, als würde er es nicht bemerken. Sie war wütend, weil sie es nicht *verdient* hatte, daß sie Scham und Angst empfand. Schließlich war *er* der Erwachsene, *er* war derjenige, der den komisch riechenden Glibber auf ihrer Unterhose gemacht hatte, aber so lief es nicht. So lief es *ganz und gar nicht.«*

Der Einfall schließlich, das Verbrechen an der Tochter während einer Sonnenfinsternis geschehen zu lassen (mit wohltuender Gewissenhaftigkeit hat King wieder mal genau recherchiert und eine passende Sonnenfinsternis über Maine im Jahr 1963 rausgesucht), wollte mir zunächst gezwungen scheinen, bis mich eine Bekannte darauf hinwies, daß genau das der wichtigste Grusel an diesem Buch ist: Es geschieht dir, aber keiner sieht es. Der Täter hat die Finsternis auf seiner Seite wie der biblische Josua.

In diesem Kontext glimmt es mehr als krank, wenn ein Tätername, Gerald, in der deutschen Titelübersetzung von einer (diesmal nur teilweisen) Sonnenfinsternis geschluckt wird; von *Gerald's Game* bleibt uns nur *Das Spiel*, so als wäre hier die Frau Mitspielerin, nicht Spielzeug.

Aber King hat die Übersetzer auf anderer Ebene zu solchen Untaten geradezu eingeladen, und da wird's denn nötig, darüber zu sprechen, warum dieses Buch ein schlechter Horrorroman und ein nur mäßiger Mainstreamroman ist.

Der letzte Satz Rachels aus *Pet Sematary*, das Lächeln des Jack Torrance in *The Shining*, die Fürsorge der Mutter in *Carrie* und das Gesicht im Suppenteller in *The Stand* sind optische, sozusagen retinale Höhepunkte Kingschen Schreckens – warum? Weil sie alle den Zug des »Vergewaltigers in der Familie« reproduzieren, der Kings entscheidender Beitrag zum Traditionsstrom des »supernatural horror in literature« (Lovecraft) ist: Vertrautheit oder das Verlangen danach wird mit menschenfressender Bosheit beantwortet.

Jeder ist böse, und drastisch gesagt hat King immer, daß die Austauschbarkeit von »Böse« und »Jeder« die absolute Garantie dafür ist, daß sie dich kriegen. Insofern also hätte ihm der Moment, da Gerald stirbt, zu einem weiteren retinalen Terrorblitz geraten können, und fast, haarscharf fast, klappt das auch. Man lese folgenden Abschnitt, für sich genommen:

»Gerald atmete nicht. Statt dessen verdrehte er die Augen in den Höhlen und entblößte gelbliche Augäpfel, die wie das Weiß blutiger Eier aussahen. Die Zunge schnellte mit einem geräuschvollen Furzen aus seinem Mund. Ein Strahl trüben, orangeroten Urins schoß aus seinem erschlafften Penis, und ihre Knie und Schenkel wurden von fiebrigen, heißen Tropfen überschüttet. Jessie stieß einen langgezogenen, gellenden Schrei aus. Dieses Mal merkte sie nicht, daß sie an den Handschellen zerrte oder sie dazu benützte, sich so weit wie möglich von ihm wegzuziehen, wobei sie die Beine unbehaglich an sich zog. *›Hör auf, Gerald! Hör auf damit, sonst fällst du noch vom B.....*

Zu spät. Selbst wenn er sie noch hätte hören können, was ihr rationaler Verstand bezweifelte, wäre es zu spät gewesen. Sein gekrümmter Rücken bugsierte den Oberkörper über die Bettkante, und die Schwerkraft erledigte den Rest.«

Scheint zu klappen, alles dabei: der eigene, vertraute Ehemann. Wenn nicht der Schönheitsfehler wäre, daß King diesen Gerald ein paar Seiten vorher so beschreibt: »Er hakte den Daumen in den Bund seiner Unterhose wie ein alberner Revolverheld. Die Boxershorts rutschten ziemlich schnell nach unten, sobald sie einmal über seinen nicht gerade unscheinbaren Rettungsringen waren. Und da war es nun. Nicht das formidable Instrument der Liebe, das ihr erstmals als Teenager in den Seiten von *Fanny Hill* begegnet war, sondern etwas Kümmerliches und Rosiges und Beschnittenes; vierzehn Zentimeter vollkommen unspektakulärer Erektion.« Die Assoziation »perverser Jude« mag King nicht beabsichtigt haben, aber ...

Der kompositorische Bärendienst, den King sich damit erweist, daß er sein Böses zum sowieso dicken, sowieso trunksüchtigen (wie er Gerald außerdem beschreibt), sowieso nicht vertrauenerweckenden Individuum, also bereits so ›fremd‹ macht, daß wir von ihm eh nichts Gutes erwarten, ist kaum zu ermessen. Totale Bauchlandung, um es in seinen eigenen Worten zu sagen. Und dann ist da noch das Monster, dessen »Geheimnis« ich hier verraten muß. Einen nicht unwesentlichen Anteil am Schrecken des Buches hat der Umstand, daß Jessie auf ihrem Bett nicht einfach verendet wie ein Tier, sondern obendrein Besuch bekommt, von dem sie, als sie ihn das erstemal sieht, gleich weiß, daß er sie beim nächsten Besuch töten wird. Sie *muß* einfach freikommen. Wie sie es schließlich schafft, das gehört zum tatsächlich Grausigsten, was dieses Buch zu bieten hat. Aber die blama-ble Enttäuschung der Angelegenheit ist die mehr als blöde Antwort, die King diesmal auf die Frage: »Wer ist das Monster« herausdruckst.

Eine andere Bekannte meinte, es wäre besser gewesen, wenn uns King im Unklaren gelassen hätte. Harlan Ellison hätte vermutlich verlangt, daß das Monster wirklich Jessies lang verstorbener Vater ist, den sie erst in ihm vermutet. Aber die tatsächliche Identität des finsteren Gastes ist ein herber, krummer, mieser und fadenscheiniger Quatsch: Es handelt sich um einen körperlich und geistig behinderten Perversen, der Gräber schändet, männliche Tote vergewaltigt und außer einem sinistren Grinsen kein Rätsel birgt.

Und über diesen Mickerling, mit dem sich die Vergewaltiger der uns umgebenden Welt sicher für alle Psychopharmaka und Freisprüche dieser Welt nicht würden identifizieren wollen, läßt King seine Jessie schließlich triumphieren. Das ist schlicht schwach.

Zu Recht hat King einmal in *Danse Macabre* ausgeführt, daß der Horrorschreiber ein verschworener Komplize des Status Quo sei, ein Konservativer. Das macht ja nichts. Ein feministisches Buch hat niemand erwartet. Aber wer seine Monster denunziert, darf sich nicht wundern, wenn sie keinen mehr erschrecken. Gerald und den Irren will man einsperren, aber doch nicht vor ihnen davonlaufen, gerade dann nicht, wenn man das gestandene Mannsbild sein möchte, als das sich Jessies Vater sieht.

Das Problem der Glaubwürdigkeit ist es nicht, das ich ansprechen möchte. Glaubwürdigkeit ist was für Lügner, hierinteressiert der Text. Und der spielt sichim *Spiel* nicht genügend auf, dementiertsich, nimmt sich laufend zurück für eine Versicherung, die jedem Schreckgespenst das Genick brechen muß: Es ist alles nicht so schlimm.

Glaubwürdigkeit ist ja ein Wert einer Art Kritik, die etwa Lovecraft vorwirft, daß seine »Alten Götter« bloß zylindrische Schnecken auf drei Beinen sind. Solche Vorwürfe sind das Ergebnis echten Schreckens, der sich feige hinter Kategorien geistlos autorfixierter Literaturkritik verschanzt, und also ein Beweis der Qualität des Kritisierten. Monster wie der Irre dagegen sind ungedeckte Schecks.

Wir freuen uns deshalb lieber auf das nächste Buch Kings, das dieser Tage auf deutsch erscheint; er hat angekündigt, das Problem »weibliche Hauptfigur« nicht mehr aus den Augen zu lassen. Schließlich hat ihn das Thema »Schreckliche Kindheit« auch erst ein paar Fehlschläge gekostet, bevor eine ragende Grandiosität wie *It* entstehen konnte.

Harlan Ellison paßt auf.

Stephen King: Das Spiel; Heyne-Verlag, 26.80 Mark

Dietmar Dath ist Kevillist und schreibt für »Heaven Sent«

Konkret 02/93, S. 64

Georg Seeßlen

»Wichtig war, etwas zu tun«

Versuch, zu verstehen, warum das deutsche Fernsehen einen Film über den jüdischen Widerstand gegen den Faschismus nicht senden kann

Schön ist, daß ein solcher Film entstehen kann, ein Film gegen den Mythos zur Zeit, gegen die Phantasie vom Opfertod der Juden, in einer Zeit vor der Zeit, so entfernt aus der Geschichte, daß alles schon gar nicht mehr wahr sein soll, nur eine Metapher noch, ein Stück Nebenreligion. Ein Film, der wieder Geschichte einfordert, der auf der Konkretheit von Trauer und Schuld besteht. Ein Film, der Menschen zu Wort kommen läßt, wenigstens das. Ein Film, der Nelly Sachs' Gedicht fortsetzt, das als Motto das erste Bild von »Mir zeynen do!« füllt, und in dem es vom Cherub heißt:

Seine Hände aber halten

die Felsen auseinander

Von Gestern und Morgen

Wie die Ränder einer Wunde

die offen bleiben soll

Die noch nicht heilen darf

Schöner wäre, wenn dieser Film die Menschen dieser Republik erreichte, auch jene, die abends um halb neun in der Wohnküche von nationaldummer Fröhlichkeit auf dem Bildschirm sich die stumpfen Gemüter ausfackeln lassen.

Am *schönsten* wäre, wenn es auch zu diesem Film das Gespräch geben könnte, zum Beispiel jene Fragen betreffend, wie sich das Filmen zu Menschen und zur Geschichte verhält, was ein Bild aus einem Leben macht, und wie der Autor in seiner Montage wirkt.

Aber so sind die Zeiten nicht. Statt dessen haben wir ein Fernsehen, in dem es in diesem Jahr statistisch gesehen nur zwölf Tage gibt, an denen keine »Volksmusik« gesendet wird, das sich aber einen Film über den jüdischen Widerstand gegen den Faschismus nicht einmal in Nachtzeiten zumuten will. Einen Film nebenbei, der sich in strenger Gliederung den Regeln des klassischen Interviewfilms fügt, darin aber einen sehr eigenen Rythmus findet, einen Film, den man eher zu gut als zu wenig verstehen könnte, und vielleicht ist dies schon der Skandal, vielleicht macht dies schon den Film unsendbar, daß er sich den erzählenden Personen unterordnet, daß er sie liebt, daß er die Macht des Mediums nicht ausstellt, daß er sich Zeit nimmt.

Zweifellos ist es bereits das Thema, das die Medienmacht verschreckt. Vielleicht aber geht die Verstörung noch ein wenig tiefer, vielleicht wird hier nicht nur gegen die Regeln unserer Geschichtsauffassung, unserer medialen Geschichtsvernichtung, gegen unsere aktuelle Mythologie verstoßen, sondern auch gegen Konventionen der Wahrnehmung selbst, die sie umfassen, dagegen, wie wir uns von der Wirklichkeit noch zu sprechen gestatten.

Es beginnt mit einem Schwenk über die Stadt Bialystok; viel Grün ist da, aber auch häßliche Wohnbauten. So sieht es jetzt aus. Es ist widersprüchlich genug, und der Film wird nicht allein Geschichten / die Geschichte / Geschichte dazu liefern, sondern uns auch immer wieder auf die Tatsächlichkeit dieser Stadt hinweisen. Wie ist das geworden? Was wurde darunter zerstört? Was lag davor?

Ein kämpferisches Lied leitet die Antworten ein. Ein Lageplan ist zu sehen. Von einigen kleinen Häusern zieht die Kamera zurück, entfernt uns immer weiter, der Titel erscheint: »Mir zeynen do! Der Ghettoaufstand und die PartisanInnen von Bialystok«. Drei Wege, Überblick und Distanz zugleich zu gewinnen: das Panorama, der Plan, der Abstand. Damit wurde schon verstoßen gegen die Dramaturgie der Medienmacht, die verlangt, den Zuschauer am Anfang hineinzuziehen, ihn zu ergreifen und ihn erst am Ende, wenn er verdaut und bearbeitet ist, auch so zu entlassen. Ingrid Strobl aber beginnt mit dieser Distanzierung, sie mündigt ihre Zuschauer.

Noch einmal gibt es so etwas wie ein Motto, vielleicht eine Klammer zwischen dem Gestern und dem Morgen: »Wichtig«, sagt eine Partisanin, »war nicht unser Leben. Wichtig war, etwas zu tun.« Dann führt die Autorin in die Geschichte der Stadt, in der vor dem Krieg die Hälfte der Einwohner Juden waren. Geschichte, mit wenigen Bildern erzählt: die Teilung Polens durch den Hitler-Stalin-Pakt, der Einmarsch der deutschen Armee, die Massaker durch die SS. Geschichte aber auch mit allen Brüchen und mit allem Mißtrauen: Den »Dokumenten« wird in Strobls Film wenig Zeit gegeben, sie sind flüchtiger als Menschen.

So ist der Rahmen gegeben für die Mosaik-Arbeit der *Oral History* des Widerstands. Die Autorin stellt die Erzählerinnen und Erzähler vor und ihre Geschichte nach dem Einmarsch der Deutschen. Dann weiß sie sich zurückzuziehen.

Wahrscheinlich zu früh für die Verhältnisse des deutschen Fernsehens kommt Parteilichkeit ins Spiel. Ist es ein Skandal, daß sich der jüdische Widerstand gerade auf die linkszionistischen Organisationen stützte? Haben wir »links« nicht gerade erledigt? Und wollen wir uns etwa hinterrücks, historisch, noch einmal davon betreffen lassen? Medien müssen Macht repräsentieren, sonst sind sie langweilig. Der Blick ist die Macht und das Erblickte das Opfer. Das »Problem« dieses Films ist zum Beispiel, daß Frage und Antwort, der Film und die Gefilmten in etwa das gleiche historische Bewußtsein haben. Die beiden klassischen Modelle der cinematographischen *Oral History* greifen nicht, nämlich: der Schüler fragt, und der Lehrer antwortet. Der natürlichen Dummheit wird mit zivilisierter Weisheit geantwortet. Oder aber: der Professor fragt, das Volk antwortet. (Der Professor weiß, daß es immer noch Antworten hinter der Antwort gibt, denn das Volk weiß nicht, wie viel es weiß.) Der weiße Bwana fragt, und der edle Wilde antwortet (Edler Wilder pflegt kaputten Bwana zu trösten: Ich Natur, du Sprache). Der zivilisierten Dummheit wird mit natürlicher Weisheit geantwortet. Diese bizarren Verhältnisse gibt es in diesem Film nicht. Die Kamera ist auf Augenhöhe, das heißt hier auch: Solidarität. (Die Einstellung ist die Einstellung, sagt Godard, und warum sollte man diese Aussage immer nur an rechten Beispielen verifizieren?)

Nicht, daß wir ohne Mythen wären. Eine der Erzählerinnen ist Verfasserin eines Buches über den Ghettoaufstand und die Partisanen. Während uns die Autorin über sie berichtet, sehen wir sie in einer Gemeinschaftsküche in ihrem Kibbuz. Dann aber ist die Kamera wieder auf Spurensuche in Bialystok. Kann eine Kamera materialistisch bleiben oder muß sie selbst wider den Willen ihrer Autorin Metaphysik produzieren? Das letzte Bild des Films zeigt eine Straße, die nach oben führt.

Schönheit entsteht, um mit Brecht zu sprechen, in der Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten. Die Kamera, die Kadrage, das Licht, die Farben, all das ist nicht nur Medium, sondern auch ein Problem. Als wäre die Lüge schon vor der Sprache da. Und als wäre aufklärerisches Sprechen am Beginn vor allem jenes Mißtrauen gegenüber der Sprache, das eine nicht unfatale Strenge hervorbringt. Die Aufklärung im Film beginnt mit dem Widerstand gegen die Dramaturgie der heiteren Apokalypse, wie sie in allen populären Medien gepflegt wird. Die Kamera in »Mir zeynen do!« bleibt bei einer Einstellung, wenn sie die Erzählerinnen und Erzähler aufnimmt, ein Gegenüber wird ernstgenommen; auch das widerspricht der Fernsehästhetik, die während eines Gespräches den einen oder anderen Zoom, den einen oder anderen Zwischenschnitt verlangt, damit Bewegung ist, damit man stets die Macht des Zugriffs spürt, damit die Macht des Blicks und die Ohnmacht des Erblickten gesichert ist: das kriegerische Sehen.

Die Produktion des Mosaiks der *Oral History* durch verschiedene Formen der Erzählung – einmal als Erzählen eines Menschen in die Kamera, das andere Mal als Gespräch mit der im Bild anwesenden Autorin – wird auf der Sprach-Ebene durchbrochen durch Zwischenkommentare der Autorin, historische Zusammenhänge betreffend, und auf der Bild-Ebene durch bestimmte Cluster von Bildern, zentriert etwa um die Holzhäuser von damals, die mit einer besonderen Zärtlichkeit aufgenommen sind. Dieser Metaphern-Subtext von Haus und Straße findet sich auch in den filmischen Zwischenspielen, in denen die Erzählung verlassen und eine Art Reflexion durchgeführt wird. Eine andere Art des Gedenkens. So entstehen verschiedene Kapitel, in denen jeweils andere Personen im Mittelpunkt stehen, bis sich am Ende alle Fäden treffen, das Kollektiv sichtbar wird, zu dem die einzelnen sich gefunden haben. In diesen Zwischenspielen, dem Innehalten in Trauer, das auch erklärt, was unter anderem die Schönheit eines Liedes, eines Textes, eines Bildes ausmacht, macht sich, zu Recht, auch die Autorin sichtbar und erklärt die andere Seite der Trauer, die Trauer der Nicht-Opfer, die nachgeborene Trauer. Haus und Straße, die Verflechtung der Möglichkeiten, zu Hause und gefangen, unterwegs und vertrieben zu sein, Hiersein und Fortkommen, sind optische Leitmotive dieses Films, der Diskurs und Gesang zugleich ist.

Das Haus ist Heimat und die Straße Schicksal, poltert der Idealist. Nein, werfe ich ein, das Haus ist Haus, und als solches gibt es Licht und Wärme und Ordnung, und die Straße ist eine Straße, schnellster Fluchtweg und gefährlichster. So spricht man über den Film, über sich und die Welt.

Ein Film ist kein Leitartikel und keine Untersuchung. Er ist Idee und materielle Präsenz zugleich; er wird, wenn er »verstanden« wird, immer auch empfunden. Wir müssen nicht romantisch glotzen, wenn jemand seine Mittel so bewußt einsetzt wie Ingrid Strobl, aber wir können auch nicht draufschauen wie in einem Theaterstück. So sind wir sehr nahe an Menschen, ihnen ausgeliefert, wie sie uns ausgeliefert sind. Ein Ausweg ist Solidarität.

Tun wir nicht so, als wäre ein solcher Film von der Medienmacht zu akzeptieren. Er spricht nicht nur anders, er tut es auch in einer anderen Sprache. Er spricht nicht vom mythischen, mehr als vergangenen, nie dagewesenen Widerstand – er spricht von einem historisch konkreten Widerstand und zugleich von den Möglichkeiten des Widerstandes heute oder morgen.

Dies also macht die Unsendbarkeit des Filmes aus: Auf der ersten Ebene (das Dargestellte): –

Der Widerstand war links, er war politisch; auch wenn er »vergebens« war, so war er doch nicht nur moralische Geste und ideales Opfer. –

Der Widerstand war gewaltsam, er war bewaffnet, er war taktisch. –

Der Widerstand war weiblich. (So darf es nicht sein: Ist die Frau politisch, so darf sie nicht gewaltsam sein; ist die Gewalt weiblich, so darf sie nicht politisch sein. Und ist politische, weibliche Gewalt dann doch historisch möglich, dann soll sie,

um Himmels willen, nicht so menschlich und uns nah sein.)

Auf der zweiten Ebene (die Darstellung): –

Der Widerstand erzählt seine eigene Geschichte. Er wird nicht in den Mythos der Kontinuität eingearbeitet. (Ja, hätte man so etwas wie »Die weiße Rose« daraus gemacht, reine Unschuld, reines Opfer, der Widerstand als Gestus der Kindheit, ja, hätte man nur die Geschichte in die Form eines Märchens gebracht!) –

Das Medium bildet keine Autorität aus; die Erzählung triumphiert nicht über das Erzählte; Ingrid Strobl ist, auch wenn sie im Bild ist, nicht Verkörperung jenes Fernseh-Mythos des Erzählers, der schon in seinen Gesten deutlich macht, wen das Medium beherrscht und wem es dient.

Auf der dritten Ebene (das Darstellen): –

Die Montage ist nicht suggestiv, sondern rhetorisch. –

Die Einstellung ist kein Zugriff, sondern vermittelt Autonomie. (In anderen Zusammenhängen könnten wir über die unendlich schwierige Aufgabe, Intimität und Distanz zugleich zu erfahren/erzeugen, die auch diesen Film, notgedrungen, fast verzweifelt bewegen muß, sprechen. Aber die Zeiten, wie gesagt, sind nicht so.)

Ganz offensichtlich ist also »Wir zeynen do!« nicht in den endlosen Fluß der Bilder und Nachrichten integrierbar, der uns das törichte Glück vermittelt, nach allen Richtungen in Zeit und Raum, in Emotion und Meinung , ununterbrochen »informiert« zu sein. Es ist ein Film, der zugleich gegen den historischen und gegen unseren alltäglichen Faschismus gerichtet ist, gegen das Vergessen und gegen die Blindheit. Ingrid Strobl müßte es einerseits als Kompliment auffassen, daß das deutsche Fernsehen ihren Film nicht senden will. Aber andrerseits produziert dieses neurotische elektronische Medium zu viel Öffentlichkeit, als daß wir es als geschlossene Anstalt betrachten dürften. Wenn ein Film über den jüdischen Widerstand gegen den deutschen Faschismus (ein Film, dessen Rang jede(r) Besucher/in eines Volkshochschulseminars über die Semiologie des dokumentarischen Films erkennen kann) nicht dort erscheint, wo »Massenkommunikation« stattfindet, vermute ich, für den Augenblick, eine umfassende Komplizenschaft.

So einfach ist das also? Eine soziale Maschine, die zu bestimmten Zwecken und mit bestimmten Regeln arbeitet, nimmt nicht an, was ihren Zwecken und Regeln widerspricht. Ein Publikum, das nicht sehen und hören will, was den Konsens gefährdet, nimmt nicht an, was außerhalb der industriellen Sinnstiftung liegt. Natürlich ist es nicht so einfach. Nicht ganz. Da sind immer auch sehr konkrete Menschen in sehr konkreten Situationen am Werk. Gott strafe sie.

»Mir zeynen do! Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok«. Ein Film von Ingrid Strobl, 1992, 90 Minuten (Video/Betacam/SP). Produktion und Verleih: KAOS Film- und Video-Team, Genter Straße 6, Köln 1. Der Film wird demnächst in Hamburg, Berlin, Reutlingen, Köln, Oldenburg und Marburg aufgeführt. Bitte beachten Sie die Hinweise in der Lokalpresse

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 6/91 über vier Kino-Märchen

Konkret 02/93, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Dem Herausgeber des »Spiegel« sind sie draufgekommen, daß 1942 ein Beitrag von ihm im »Völkischen Beobachter« erschienen ist. Anstatt nun darauf hinzuweisen, daß dieser Artikel völlig harmlos war (und keineswegs in jenem völkischen Kampfstil verfaßt, der Augsteins Kolumnen der letzten Jahre kennzeichnet), ließ der Verfasser erklären:

Der Artikel ist ohne Wissen Rudolf Augsteins in die Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachters gelangt. Augstein selbst war zum Zeitpunkt des Erscheinens als Kanonier auf dem Weg nach Woronesch am Don.

Ist es nicht schön, in einem Land zu leben, wo man noch heute den Vorwurf einer unschicklichen Handlung dadurch loswird, daß man sich der Teilnahme an einem Verbrechen rühmt? Wie konnte Augstein ein Feuilleton für die Parteizeitung schreiben, wo er doch mit dem Umbringen von Bürgern eines überfallenen Landes viel zu beschäftigt war?

Der Rektor der Universität Wien beehrt sich mitzuteilen:

Nach Peter Handke (1991) und Hans Lebert (1992) geht der Grillparzer-Preis 1993 zu gleichen Teilen an die antifaschistischen Publizisten Stephan Eibel, Ralph Giordano und Herbert Kuhner, deren reiches essayistisches Schaffen von unermüdlicher Humanität gekennzeichnet ist.

Unermüdliche Humanität – wie macht man das nun wieder? Kein Wunder, daß ich es nicht zu einem reichen essayistischen Schaffen bringe.

Der Preis ist mit DM 90.000 dotiert, wurde von der Stiftung F.V.S. zu Hamburg für herausragende Leistungen, vornehmlich auf dem Gebiet der österreichischen Literatur, zur Verfügung gestellt und wird von der Universität Wien vergeben. Die Wahl des Kuratoriums fiel einstimmig

nämlich dreistimmig

auf Eibel, Giordano und Kuhner, weil sie seit vielen Jahren in Lyrik und Polemik – vorrangig NS-kritischer Richtung – als beispielgebende Stimmen der Vernunft konsequent und mutig an einer Sensibilisierung der Wortwahrnehmung arbeiten, in der sich Erkenntnis und Erfahrung zum demokratischen Ausdruck der Zeit verdichten.

In der konsequent und mutig sensibilisierten Wortwahrnehmung sollen sich Erkenntnis und Erfahrung zum Ausdruck, ja zum demokratischen Ausdruck der Zeit verdichten? Was ein schamloses Gequatsche. Aber noch ist nicht Schluß, denn der Preis für Lyrik und Polemik – vorrangig NS-kritischer Richtung – , den ein alter Nazi gestiftet hat, braucht noch einen angemessenen Festredner:

Die Laudatio hält der Herausgeber Dr. h.c. Rudolf Augstein,

dem der Preisträger Giordano vor einem Jahr in der »Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung« in einem Essay – vorrangig NS-kritischer Richtung – nachgesagt hat, daß sein Magazin, der »Spiegel«, ziemlich antisemitisch sei. Doch das ist längst verziehen – Preisträger schlägt sich, Preisredner verträgt sich.

Daß der Laudatio die Blüten nicht mangeln, übt der Herausgeber Dr. h.c. schon mal zu Hause mit einem Leitartikel:

Den Dänen nachgeben hieße, eine ganze Pandorabüchse von Sonderwünschen entsiegeln. Griechenland wird seine Geldgier vertagen ..., die Populär-Politiker Mitterrand und Kohl, beide Gemsen, die sich verstiegen haben, können nur noch versuchen, irgendwie auszubügeln, was kaum noch zu bügeln ist.

Wer Gemsen bügeln zu lassen versteht, dem sollte es auch gelingen, geldgierige Judenbuben für Sensibilisierung der Wortwahrnehmung mit der Entsiegelung einer Pandorabüchse von demokratischen Ausdrücken der Zeit zu belobigen, oder?

Pastorin Vollmer bittet:

Man stelle sich einmal vor, Alice Schwarzer hätte nur die Auf und Abs der Frauenbewegung als Klangkörper für ihren langen Atem gehabt.

Ich habs versucht, ich hab die Auf und Abs (oder waren es Aufs und Ab?) der Frauenbewegung immer wieder als Klangkörper für einen langen Atem imaginiert, bei Gott, Frau Pfarrer, ich habs versucht, aber gesehen habe ich bloß viele Dicks und Doofs der Frauenbewegung als Verstärker endlosen Geredes. Komm ich dafür in die Hölle?

Der Bundestrainer Hubert Vogts klagt an:

Ich frage mich: Wo ist die deutsche Mentalität geblieben? Früher haben wir nach 60 Minuten alles niedergekämpft. Und heute? Liegt es daran, daß heute alle wichtigen Positionen von ausländischen Stars besetzt sind? Liegt es daran, daß wir nicht mehr die klassische deutsche Manndeckung spielen?

Sowohl als auch, Herr Bundestrainer: Es liegt daran, daß kein Manndecker namens Berti mehr die Achillessehnen des jeweils besten ausländischen Stürmers in höchstens 60 Minuten so zerkloppt, als habe der eine passive Rolle im »Kettensägen-Massaker« gespielt.

Eine Woche vor Mölln schrieb der Leiter des innenpolitischen Ressorts bei der »FAZ«, Friedrich Karl Fromme, in einem Leitartikel diese Sätze:

Die Polizei drückt nicht einmal ein halbes Auge zu, wenn es um Straftaten Rechtsradikaler geht. Die Gerichte setzen Freiheitsstrafen zur Bewährung aus, wie es der erkennbare Wille des Gesetzgebers war, bis zur Grenze von zwei Jahren. Schwer erträglich wäre es, wenn ein normaler Betrüger Bewährung bekommt, ein Jugendlicher, der aus Haltlosigkeit ein Asylantenheim angegriffen hat, aber seine anderthalb Jahre abbrummen muß.

Dies vorweg, man wird sehen warum. Drei Wochen nach Mölln erscheint irgendwo ein Artikel über

Orientierungslose DKP-Mitglieder und Anhänger auf dem Schleichweg von links nach rechts.

Als Verfasser zeichnet Peter Schütt, von 1971 bis 1988 Mitglied des Parteivorstands der DKP. Und wo erscheint seine jüngste Denunziation? In Frommes »FAZ«. Und nicht im Traum, dessen bin ich mir sicher, käme der Schleicher Schütt auf die Idee, seine Überschrift auf sich selbst zu beziehen. Der Fall Schütt ist aber nicht der einzige dieser Art. Drei Wochen vor Mölln, dessen Terrain Friedrich Karl Fromme dadurch hatte vorbereiten helfen, daß er den Landsleuten Mut machte, Asylsuchende als »ungebetene Gäste« zu behandeln, schrieb einer:

Schon oft habe ich mich gefragt, wie der »Völkische Beobachter« ausgesehen hätte, wenn er nach 1945 hätte weiter erscheinen dürfen. Wahrscheinlich hätten Verlag und Redaktion versucht, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, ohne allzu viel Substanz aufzugeben. Wichtigste Aufgabe der Zeitung wäre gewesen, die ehemaligen Parteigenossen in die neue Zeit zu begleiten und ihnen das Gefühl zu geben, daß in der Vergangenheit nicht alles so schlecht war, wie es rückblickend dargestellt wurde.

Haargenau so war es, mit der Variante freilich, daß die »Frankfurter Zeitung«, die von den Nazis dem »Völkischen Beobachter« eingegliedert worden war, nach ihrer Ausgliederung nicht mehr »Völkischer Beobachter«, sondern »Frankfurter Allgemeine Zeitung« hieß. Aber alles, was er über Anpassung, Rettung der Substanz und Verteidigung nationalsozialistischer Errungenschaften schreibt, der Henryk Broder, das stimmt aufs Wort. Und wer hat ihm diese Polemik gedruckt? Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«! Denn nicht sie hatte er bei seiner Beschreibung eines fortgeführten »Völkischen Beobachters« im Sinn, sondern das »Neue Deutschland«, und es ist die DDR, von der er in der Zeitung, die so aussieht, wie der »Völkische Beobachter« ausgesehen hätte, wenn er nach 1945 weiter hätte erscheinen dürfen, sagt, dort sei 40 Jahre lang »Nationalsozialismus mit menschlichem Antlitz« praktiziert worden. Peter Schütt und Henryk Broder, der Dichter und der Denker – es gab Zeiten, da konnten sie zusammen nicht kommen, zu tief waren die politischen Gräben in diesem zerrissenen Land. Erst jetzt, da überall zusammen wichst, was zusammengehört, haben sie sich gefunden, als zwei wahlverwandte Charaktere, in der »FAZ«. Werdet glücklich, ihr Guten!